FANTÔMAS

magazin für linke debatte und praxis

Prekäre Zeiten

Sonderbeilage zu **ak** – analyse + kritik 4,50 € Nr. 6 – Winter 04/05



Fantômas 6. Prekäre Zeiten – Eröffnung

Begriff und Sache selbst der Prekarität haben Konjunktur, und wir riskieren nicht allzu viel, wenn wir sagen: Das bleibt noch lange so. Will man sich in solch heikler Lage orientieren, ist es ratsam, Leuten zuzuhören, die sich dort schon kundig machen mussten.

Protokolle solcher Gespräche und Selbstgespräche bilden den Schwerpunkt dieses Hefts. Ein Vorbild dafür stammt aus dem vergangenen Jahrhundert und wurde „militante Untersuchung" genannt. „Militant" nicht im Sinn der Rauferei, sondern weil das im Gespräch erworbene Wissen kein akademisches, sondern ein politisches war, Ausgangspunkt von Organisation und Selbstorganisation wurde und werden soll.

Was *Fantômas* 6 hier vorlegt, ist nur ein prekärer Aufriss, der eines mit Sicherheit nicht beansprucht: Vollständigkeit. Wir haben erste Erkundigungen angestellt, die aber mit Bedacht. Dazu gehört, dass wir auch mit Leuten aus nächster Umgebung gesprochen haben. Nicht, weil wir außerhalb des eigenen Milieus kontaktscheu wären, sondern weil zu dem, was uns an Prekarität interessiert, gerade gehört, dass sie erstens auch uns selbst trifft und weil zweitens nicht wenige von uns zu denen gehören, die ihre unsicheren Zeiten und ihren prekären Alltag auch freiwillig aufgesucht hatten.

Damit ist eine der Thesen genannt, denen unsere Untersuchung folgt: dass Prekarität auch etwas ist, das gewollt wird. Deshalb gehen wir jedenfalls in mancher Hinsicht zu einer Kritik der Prekarisierung auf Distanz, der es nur darum geht, in – vorgeblich! – sicheres Gelände zurückzukehren. Darum fangen wir mit Beiträgen in erster Person an. Schon da wird deutlich, dass es nicht eine, sondern viele prekäre Situationen gibt, die einer Frau aus Kolumbien zum Beispiel, die in Frankfurt als Hausangestellte lebt, im Unterschied etwa zu der von Frauen in den unsicheren Arbeitsverhältnissen des ostdeutschen Handels. **Franziska Schreyer** hat sich auch in einem Chat-Room umgetan, in dem MigrantInnen mit Green Card ihre Prekarisierungserfahrungen austauschen. **Michael Sander** reflektiert (s)eine Situation, in der „prekär zu leben eine Folge eher ästhetisch motivierter Entscheidungen" ist. Das berührt sich mit dem, was **Efthimia Panagiotidis** und **Vassilis Tsianos** berichten, für die zumindest eine Zeit lang politische Aktion und ökonomische Reproduktion zusammenfallen.

Auch derart gesprächsweise Untersuchung kommt ohne Theorie nicht aus. **Iris Nowak** spitzt ihren Beitrag auf die Frage zu, „ob die Fassung so unterschiedlicher Lebensweisen und Unterdrückungsformen mit einem einzigen Begriff – Prekarisierung – überhaupt kritische Erkenntnisse mit sich bringen und handlungsfähig machen kann." **Marcel van der Linden** setzt sich mit Realität und Fiktion des „Normalarbeitsverhältnisses" auseinander. **Erika Feyerabend** schreibt vom Umgang mit denen, die infolge ihres Alters oder einer Erkrankung einer Prekarisierung ausgesetzt werden, die sie auf ihr „nacktes Leben" zu reduzieren droht. **Boris Kanzleiter**, **Dora de la Vega** und **Mercia Andrews** untersuchen in Serbien, Argentinien und Südafrika prekäre Verhältnisse, die früher als solche weitab der unseren beschrieben worden wären. Prekarisiert zu werden heißt auch, sich darüber nicht mehr so sicher sein zu können, bei allen bleibenden Unterschieden und jedenfalls der Tendenz nach.

Sehr viel länger schon als andere linke Gruppen hat sich die **Sozialistische Selbsthilfe Mülheim** strategisch auf einen prekären Alltag eingelassen. Das Gespräch mit GenossInnen der SSM eröffnet deshalb die Beiträge, die sich der entscheidenden Frage linker Selbstverständigung stellen: Was tun, wie kämpfen in unsicheren Zeiten? Derselben Frage gehen **Dirk Hauer**, **Mag Wompel** und **Werner Rätz** in einer Mail-Diskussion und wir in einem Gespräch mit **radikalen Linken** nach, die ExpertInnen in Sachen prekärer Alltagsorganisation sind. Wie in jedem Heft bezieht **die Redaktion** selbst Position zum eigenen Thema – diesmal aber erst am Schluss des Hefts, mit Bezug auf die voranstehenden Beiträge.

Das künstlerische Konzept dieser Ausgabe hat das Berliner Künstlerduo **bankleer** gestaltet. bankleer macht in seinen Interventionen, Projekten und Performances Prekarisierung sowie die Produktions- und Arbeitsverhältnisse im neoliberalen Kapitalismus zum Thema. Was zum Beispiel bei der Aktion „Raus aus der Arbeit, rein in die Realität!" so alles passiert ist, steht im Interview auf Seite 61f.

Unser nächstes Heft erscheint im Frühjahr 2005 und setzt sich mit „innerer und äußerer Landnahme", mit Kolonialismus, Imperialismus und Empire auseinander. Beiträge dazu sind ausdrücklich erwünscht, schreibt einfach an fantômas@akweb.de.

Dass *Fantômas* und ***ak** – analyse + kritik* – Halbjahresmagazin und Monatszeitung für linke Debatte und Praxis – selbst prekäre Projekte sind, wird niemanden wundern. Wie in jedem Jahr deshalb auch diesmal der dringende Appell: SpenderInnen gesucht! Im Klartext: ohne die 25.000 Euro, die ihr Jahr für Jahr aufbringt, müssten wir, der **Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik**, den Laden dicht machen. Mit eurer Hilfe machen wir weiter wie in diesem Jahr, nur eben noch etwas mehr und noch etwas besser. Versprochen!

Spendenkonto: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, Kontonummer 13150204, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20.

wie gehts?

fragt nach dem „subjektiven faktor“ und bringt dabei gelebte erfahrung ins spiel. nirgend anders als dort beginnt bewegung, die – der möglichkeit nach – alle verhältnisse umzuwerfen vermag, in denen aus subjektivität ein faktor wird, der in rechnung gestellt wird.

- ☐ *sander* über lebens- und arbeitsweisen, die ständig neu erfunden werden müssen.
- ☐ *müller* + *becker* über 5,5-stunden-kräfte auf abruf.
- ☐ *schreyer* über migrantische prekarität, mit green card.
- ☐ *rivera* über migrantische prekarität, ohne green card.
- ☐ *panagiotidis* + *tsianos* über ihr polit-ökonomisches prekariat.

Gestaltungsfragen

Vom Aufenthalt im fortgesetzten Provisorium eines Lebens

Von Michael Sander

Wer zwischen Leben, Arbeit und Politik nicht trennen kann, fügt sich noch im Widerspruch gesellschaftlichen Zwängen und zehrt doch von Überschüssen, die über diese Gesellschaft immer schon hinaustreiben, von ihr nicht zu bändigen sind. Auch das hat, wie alles heute, seinen Preis: den zum Beispiel, immer neu anfangen zu müssen, von Zwischenstand zu Zwischenstand.

Prekär, also ungesichert, offen, andauernd provisorisch und randständig ist meine Situation, seit ich mir darüber Rechenschaft ablege. Man kann diese Prekarität als gewählt bezeichnen, sofern ich mein Leben unter den gegebenen Umständen gerade so führen möchte. Ich wollte keinen Beruf, keine Karriere, keine Teilhabe. Was ich gelegentlich davon habe, ist so flüchtig und zufällig, dass es den „Tatbestand" nicht erfüllt. Andererseits ist meine Prekarität nicht gewählt, weiles diesen aufgeladenen Moment einer Wahl nie gab, sondern nur ein pragmatisches Umgehen mit den uns allen bekannten Anrufungen und Zumutungen der Gesellschaft. Prekär zu leben ist für mich deshalb zuerst eine Folge eher ästhetisch motivierter Entscheidungen, in denen es dennoch Konstanten gibt: die Auflehnung gegen den Staat, von dem ich umstellt bin, und gegen die Anforderungen, die an mich gerichtet werden.

Familie und Studium

Ich arbeite seit fünf Jahren als selbstständiger Innenarchitekt und Designer. Nach dem Abitur habe ich zunächst Kunstgeschichte studiert, doch trieb mich die Betulichkeit der dort versammelten höheren Töchter und Söhne schnell zur Innenarchitektur, die war praktischer ausgelegt als Kunstgeschichte, nicht so ingenieursmäßig wie Architektur, aber dennoch „irgendwie kreativ". Nach sieben Jahren brach ich 1989 auch dieses Studium ab, fing 1997 wieder an und schloss 1999 mit Diplom ab. Damals war ich 38.

Seitdem habe ich ein eigenes Büro und hatte bis vor einem halben Jahr auch Aufträge in loser Folge, an denen ich meist zwischen einem halben und einem ganzen Jahr gearbeitet habe. Aktuell gibt es eine Flaute infolge einer Reihe geplatzter Projekte, eines zu engen Kreises potenzieller AuftraggeberInnen und fehlender bzw. unzureichender Akquise, weil dafür lange einfach die Zeit und die Notwendigkeit fehlte. Jetzt kümmere ich mich um neue Aufträge und mache dabei dasselbe, was ich auch in einem Projekt und was ich überhaupt seit 26 Jahren tue: das erst erfinden, was ich tun könnte, und wenn es klappt versuchen, die Fäden zusammenzubringen. Statt des einen „Berufs" eben Jobs und Projekte, in denen ich unterschiedliche Rollen darstelle, immer auf der Grenzlinie zwischen noch erträglicher Zumutung und der Not, Umsatz zu machen. Dieses dauernde Erfinden, Vorspielen und Nachholen dauert noch heute an, bei jedem Projekt, auch bei denen, die nichts mit Architektur und Design zu tun haben.

Ich habe manchmal viel und manchmal gar kein Geld, meist reicht es ganz gut. Immer wieder gibt es leicht panische Situationen, denn allzu oft darf man bei diesem Spiel nicht Pech haben, und mit zunehmendem Alter werden die Räume enger. Das hat auch mit dem neoliberalen Durchmarsch der letzten 20 Jahre zu tun: Einerseits wird die Prekarität, für die ich meine Qualifikationen und Taktiken nutze, nun verallgemeinert, andererseits werden die Ränder und Nischen, die man dafür braucht, systematisch auf ihr „Verschlankungspotenzial" geprüft. Seit alle zu UnternehmerInnen ihrer selbst gemacht werden, sind aus den Nischen Existenzgründungsvorschläge geworden.

Ich komme aus einer kleinbürgerlichen Aufsteigerfamilie. Mein Stiefvater hat sich ins mittlere Management bei IBM hochgekämpft, meine Mutter diese Karriere getragen, erst als „Mutter & Hausfrau", später als Finanzsachbearbeiterin, immer mit dem verbissenen Wunsch nach Aufstieg. Sein Vater war ein alter Nazi, Wehrmachtsoffizier, NSDAP-Mitglied und Nachkriegsgewinnler im kleinen Maßstab, meine Mutter stammt aus einer bekannten jüdischen Kaufmannsfamilie aus Berlin. Das Seltsame ihrer Begegnung war meinen Eltern nie bedeutsam; sie haben kein Geschichtsbewusstsein, nur Psychologie.

Leben, Arbeit, Politik

Wir sind sehr oft umgezogen, ich habe acht Mal die Schule und damit den Freundeskreis gewechselt und später diesen Umzugsrhythmus beibehalten; bis heute bin ich 25 Mal umgezogen. Deshalb sind mir Freundschaften sehr wichtig geworden, ich bin zu einigem bereit, sie zu erhalten. Ich war sehr gut in der Schule, so dass meine Auflehnungen immer auch die eines Musterschülers waren. Ausdrücklich

„links“ wurde ich mit 17, mit dem Auszug aus der Wohnung meiner Eltern und dem Einzug in eine Sponti-Wohngemeinschaft. Die Linke schien mir die Umgebung zu sein, die wenigstens gelegentlich einen Hauch meiner unklaren Vorstellungen von einem poetischen Leben zu teilen schien, selbst wenn ich auch da eher Randfigur blieb, als „Ästhetiker“ und „bourgeoiser Günstling“.

Dabei hab ich seit dem Auszug von meinen Eltern gearbeitet, in diversen Jobs, wie alle in der Szene. Wenn es irgend ging, habe ich die Jobberei natürlich romantisiert, wobei mir die Literatur und die Theorie half, die Dichtungen von Rimbaud oder Rilke, politische Theorie künstlerischer Avantgarden wie die der Surrealisten und Situationisten, dann die Poststrukturalisten, Foucault, Deleuze und momentan natürlich die Diskussionen um immaterielle Arbeit und Empire. Mir ist das schon bewusst: Einmal ist das die passende „Szene“-Literatur und -Theorie, zum andern denke ich allerdings, dass dort diskutiert wird, was im Moment an gesellschaftlicher Transformation tatsächlich stattfindet – eher als anderswo.

Am besten gings mit dem Job, den ich über 20 Jahre lang immer wieder gemacht habe, ohne Vertrag und Steuer: Ich war Bestatter für zwei Institute, die auf Überführungen verstorbener MigrantInnen ins Ausland spezialisiert waren. Es waren die diversen zugespitzten Situationen, der Hauch von Asozialität und der relativ gute, schnelle Verdienst, die mich so lange gebunden haben. Schon während dieser Zeit hab ich allerdings immer auch als Möbeldesigner, Grafiker, Fotograf und Künstler gearbeitet, mal miserabel, mal gut bezahlt. Seit ich 1999 mein Büro gegründet habe, fahre ich allerdings keine Leichen mehr. Außerdem hab ich jetzt eine minimale soziale Absicherung über die Künstlersozialkasse.

Zwischen Arbeits- und Freizeit trenne ich dabei nicht, auch nicht zwischen Arbeits-, Wohn- und Lebensraum, auch nicht, was die Gegenstände, Werkzeuge und Interessen der Arbeit und „dann“ des Lebens angeht – was übrigens im Umgang mit dem Computer auf den Punkt kommt.

Immaterielle Arbeit

Dass ich dabei auch zwischen Arbeit und Politik nicht trenne, bestimmt allerdings auch die Politik. Das Gerede über Arbeiter, Arbeiterklasse und die „Notwendigkeit, in die Fabrik zu gehen und dort die Klasse zu organisieren“ fand ich immer schon hohl, wenn es von Leuten kam, die ähnlich lebten wie ich. Nach der Spontizeit war ich nur noch dezent aktiv, 1989 war dann erst mal Schluss, so wenig konnte ich während des Durchmarschs von Einheit, Heimat, Nation und Rassismus mit der deutschen Arbeiterklasse anfangen. Es reichte mir, wenn ich ihr und ihren Vorarbeitern, Meistern und Managern im Rahmen meiner Projekte begegnete, immer in Ablehnung und immer auch uneins mit mir selbst. Sie war und ist mir genauso fremd wie meine Auftraggeber: Für beide spiele ich den Architekten, und beide merken an unterschiedlichen Punkten, dass etwas nicht stimmt. Ich achte darauf, dass diese Irritation sich möglichst nicht aufklärt und eher als charmante Eigenheit ausgelegt wird. Während eines Projekts, also z.B. im Rahmen des Umbaus einer Kneipe in eine Bar oder ein Restaurant, was ich jetzt fünf Mal gemacht habe, ist die Phase des Entwurfs eine kurze und meist erfreuliche Zeit, umrahmt von Auseinandersetzungen um Zeit und Geld und dem Austarieren der diversen Persönchen, die sich alle auf der Baustelle darstellen wollen, mich selbst eingeschlossen. Der Hauptteil meiner Arbeit ist Kommunikation und das Schreiben und Durchsetzen von „Organisationslisten“. Die Spannungen halten sich in Grenzen, denn die Baustellen sind meist klein bis mittelgroß, die meisten kennen sich, und ich versuche, die Auftritte der BauherrInnen möglichst auf Zeiten nach „Feierabend“ zu legen.

Politik mach ich seit rund sieben Jahren wieder, erst im Umfeld der *Beute*-Redaktion, momentan in einer Theoriearbeitsgruppe. Für die meisten anderen nimmt diese Arbeit dabei einen größeren Teil ihres Lebens ein als für mich, ich sitze nicht auf Podien und bin nicht publizistisch tätig, außer gelegentlich als Übersetzer. Dennoch ist Politik über die letzten Jahre wieder zu einem wichtigen Teil meines Lebens geworden, den ich, wenn es geht, mit Architektur und Design zu verbinden suche, was aber eher selten ist. Das hat auch damit zu tun, dass die Nicht-Trennung von Arbeit, Leben und Politik einschließt, dass Leben und Politik immer auch was von projektbezogenem „Networking“ und Auftragsakquise zu tun haben, und dabei ist Distinktion (1) eine unverzichtbare Taktik und zugleich ein Mittel der Fremd- wie Selbstausbeutung. Jede Politik, die sich emanzipatorisch auf immaterielle Arbeit und das Doppel von gewählter und erzwungener Prekarität beziehen will, hat darin ein zentrales Problem. Wichtig ist das aber nicht nur für Leute wie mich, im Gegenteil: Das trifft die Lebenssituation von immer mehr Leuten. Denkt man an die Kämpfe der Intermittenten in Frankreich , wäre zu fragen, wer in Deutschland an einer Auseinandersetzung um die Künstlersozialkasse interessiert wäre, die jetzt unter Druck gerät. (2) Sie könnte ein Modell ja nicht nur für KünstlerInnen und DesignerInnen, sondern für alle Prekären sein. Auch deshalb setze ich den Begriff der Prekarität den neoliberalen Euphemismen (3) der letzten Jahre – Flexibilität, Mobilität, Eigenverantwortung, Entkrustung, Tabubruch, Reform, Modernisierung – entgegen: als einen selbst prekären Ausgangspunkt, für einen selbst und für alle Beteiligten, nicht mehr, nicht weniger.

__Michael Sander__ lebt und arbeitet in Frankfurt/Main und Darmstadt, betreibt das Büro N3-21 und ist Mitglied der Untersuchungsgruppe Rhein-Main.

Anmerkungen:
1) Distinktion: bewusstes oder unbewusstes Streben nach Unterscheidung von anderen
2) Vgl. dazu *Fantômas* 5, Spektakel diesseits und jenseits des Staats. Soziale Rechte und Aneignung öffentlicher Räume: die Kämpfe der französischen Intermittenten, S. 52-53
Die Künstlersozialkasse wurde 1983 gegründet und beruht auf einem Ausgleichsmodell, in dem die Hälfte der Beiträge von den Versicherten, die andere vom den „Verwertern“ ihrer Arbeit und vom Bund aufgebracht wird. Die Zahl der Versicherten ist von ursprünglich 12.500 auf deutlich über 100.000 gestiegen, der Bund hat seinen Zuschuss 1999 erstmals gekürzt.
3) Euphemismus: Beschönigung



Sicher ist gar nichts

Prekäres und Nicht-Prekäres im ostdeutschen Handel

Es sind die großen Krisen wie bei Karstadt, bei denen der Handel und die dort Beschäftigten für kurze Zeit in den Blick genommen werden. Die Branche ist gekennzeichnet durch eine Standardisierung der Tätigkeiten bei gleichzeitiger Entstandardisierung der Beschäftigungsformen und der Arbeitszeiten. Ophelia Becker und Christa Müller, beide seit vielen Jahren im ostdeutschen Handel beschäftigt, haben *Fantômas* von ihren Erfahrungen im real existierenden Warenhandel erzählt.

Ich heiße Christa Müller* und bin 49 Jahre alt. Arbeite seit 35 Jahren im Handel, habe mit 14 Jahren angefangen und drei Jahre gelernt. Seit Ende 1990 arbeite ich im Großhandel bei der Metro (1) und bin Verkäuferin, die auch Gabelstapler fährt. Ich arbeite bei Waschmittel und bin für einen Gang zuständig, für Kosmetik. Ich sehe Bestände nach, prüfe Preisschilder, schaue, was bestellt werden muss, mache Retouren, spreche mit Vertretern. Kleinigkeiten darf ich auch aushandeln, obwohl ich Verkäuferin bin und kein Substitut. (2)

Meine Ausbildung war allgemeiner Lebensmittelhandel mit Spezialrichtung Fleisch. Ich hab früher selbst Läden gehabt, war Verkaufsstellenleiterin. Hier in der Metro hab ich angefangen bei Fleisch, dann Spielwaren, dann Kfz, dann hab ich lange Obst und Gemüse gemacht, Blumen auch. Das mit den Waschmitteln mach ich schon seit fast sechs Jahren, krankheitsbedingt. Ich musste raus aus der Kälte.

Beim Großhandel ist es anders als im Einzelhandel. Hier fährt man viel Gabelstapler oder elektrische Ameisen. Und der ganze Computerkram. Wir haben gar keine Formulare mehr zum Ausfüllen oder Bestellen; bei uns geht der Weg immer zum Computer. Sogar für Preisschilder und Etiketten. Mit der Hand macht man nicht mehr viel. Hat sich total verändert.

Nur die Kunden sind gleich geblieben. Gleich unfreundlich, gleich freundlich. Ich hab mehr mit freundlichen Kunden zu tun, das liegt vielleicht an mir. Einer hat mal einen Verkäufer angegriffen, eine Verkäuferin auf den Kopf, eine andere ins Gesicht geschlagen, wieder eine andere ins Regal geschubst. Ist Großkunde und darf das. Dem Kollegen, dem auf den Kopf geschlagen wurde, wurde gesagt, er soll sich das überlegen, zur Polizei zu gehen, das hätte negative Folgen für ihn. Also, der Betrieb steht nicht hinter den Mitarbeitern.

Mir macht die Arbeit Spaß, aber es gibt Situationen, wo unheimlich Druck von der Betriebsleitung gemacht wird. Wenn hohe Leute zu Besuch kommen, dann muss immer alles aussehen wie aus dem Ei gepellt. Dann müsste man aber eigentlich





die Kunden auf der Straße lassen. Ich weiß von mindestens sechs Kollegen, die in psychischer Behandlung sind. Manche sind ins Krankenhaus gekommen, in die Psychiatrie, viele nehmen Tabletten. Die haben alle nichts Körperliches, aber Seelisches.

Ich arbeite sieben Stunden am Tag. Vollzeit gibt es bei uns nur noch für Substituten und Abteilungsleiter; die meisten arbeiten sieben Stunden am Tag. Die große Angst ist, dass die Arbeitszeit vom Unternehmen noch weiter reduziert wird. Es gibt dann ja auch immer weniger Geld.

Die Arbeit hat sich verdichtet, das ist klar. Viele sind in Vorruhestand gegangen. Die werden nicht ersetzt. Die Jungen mit Ausbildung gehen in den Westen bzw. werden gezielt in den Westen vermittelt. Durchschnittsalter ist hier 40 Jahre, schätze ich. Das Unternehmen würde das gerne ändern und deshalb auch den Kündigungsschutz ändern.

Ich arbeite in einer 5-Tage-Woche in einem rollierenden System. Wechselschicht früh und spät. Frühschicht heißt sonnabends frei; in der Spätschicht muss ich sonnabends arbeiten und habe in der Woche einen Tag frei. Die Tage sind im Rollkalender festgelegt. Wenn ich montags frei hatte, habe ich in der Folgewoche in der Spätschicht dienstags frei. Man kann sich gut Termine legen. Das soll irgendwann geändert werden, weil wir flexibel werden sollen, aber wir wissen darüber nichts Genaues.

Ich verdiene brutto 1585 Euro, netto sind das 1200 Euro weil ich Lohnsteuerklasse III habe. Es könnte schon mehr sein. So um die 2.000 oder 2.200 Euro fände ich gut.

Mit den Arbeitsplätzen bei uns ist es so: Sicher ist gar nichts. Bisher habe ich alle Kündigungswellen seit 1991 bei der Metro überstanden. Ich denke, dass es noch weiter geht bei uns, obwohl der Umsatz sichtbar weniger geworden ist. Von einem sicheren Arbeitsplatz kann ich aber nicht reden. Letztens hat es die Nachtverräumung getroffen, die gibt es ab nächsten Monat nicht mehr. Die werden in die Tagesschicht einbezogen mit ihren Vierstundenjobs und bekommen dann ca. 150 Euro weniger. Anfang des Jahres wurden alle Achtstundenkräfte auf sieben Stunden reduziert. Ich befürchte, dass noch weitere Reduzierungen kommen. Neueinstellungen sind sowieso eher Vierstundenkräfte. Das sind alles keine selbstgewählten Arbeitszeitreduzierungen. Die wurden uns von dem Unternehmen mitgeteilt.

Wir wollten wissen, ob wir wieder hochgestuft werden, wenn es dem Unternehmen wieder besser geht. Das haben sie klipp und klar abgelehnt. Sie sagen, wir stellen lieber Vierstundenkräfte ein, um Krankenstände zu überbrücken. Die Kollegen haben alle Angst um ihren Arbeitsplatz und keiner will den Mund aufmachen.

Wir sind noch ungefähr 180 Beschäftigte. Von 800 bei der Eröffnung. Nach einem Vierteljahr sind 500 gekündigt worden. Das Unternehmen hatte genügend eingestellt um auszusieben. Im Oktober haben wir angefangen und im Januar dann 500 Kündigungen.

Die Frage, ob ich in den Westen gehe, ist bei mir nie so aufgetaucht, weil ich ein Haus habe und eine demenzkranke Mutter, die könnte ich nicht umpflanzen. Ich hab mir das mal überlegt, als meine Tochter nach München gegangen ist. Die Gegend dort gefällt mir sehr gut. Aber das war eher ne Spinnerei.

Mein Name ist Ophelia Becker und ich bin 42 Jahre alt. Wenn ich die Vorgeschichte nehme, die Ostzeit, dann arbeite ich seit 23 Jahren im Handel. Ich habe richtig Verkäuferin gelernt und das hieß früher: hinterm Ladentisch stehen und die Leute bedienen. Ich bin jetzt eigentlich keine Verkäuferin mehr, sondern ich bin an der Information und nehme Reklamationen entgegen, mache Auszahlungen und was so anfällt.

Der Frust der Kunden lädt sich zuerst bei uns an der Info ab. Sei es, dass ein Artikel nicht da ist, oder eine Preisänderung wurde nicht richtig umgesteckt, das wird alles an der Information abgeladen.

Es gibt liebe nette Kunden, aber auch bösartige. Die Firma steht nicht hinter dir. Wenn du persönlich beleidigt wirst, gibt es keine Rückendeckung. Das ist dann dein Problem.

Der Druck von oben ist grauenhaft. Weil das Personal immer weniger wird, wird auf den einzelnen Verkäufer so viel abgeladen, dass es nicht mehr geht. Die gehen nach sechs Stunden oder nach acht Stunden nach Hause und sind schlag kaputt. Am schlimmsten ist es, wenn die Kontrollbesuche kommen und irgendwas finden. Der Markt muss dann stehen. Da machen zwar alle mit, weil die Angst im Hintergrund steht, wenn du es nicht geschafft hast, stehste gleich auf der Straße. Aber das ist der Druck, den die Leute nicht mehr aushalten. Die Kollegen schimpfen, dass sie es satt haben.

Bei uns wird der Krankenstand immer höher trotz der zehn Euro Krankengebühren. Doch wenn du nicht mehr kannst, dann kannste nicht mehr. Dann kommst du wieder und musst zum Chef und es

werden Krankengespräche geführt. Nach dem Grund, warum der Kollege krank ist, wird nicht gefragt. Klar ist man nach zehn Stunden stehen kaputt, das ist normal im Handel. Aber das Psychische macht einen kaputt: Bis hier hin und jetzt kann ich nicht mehr.

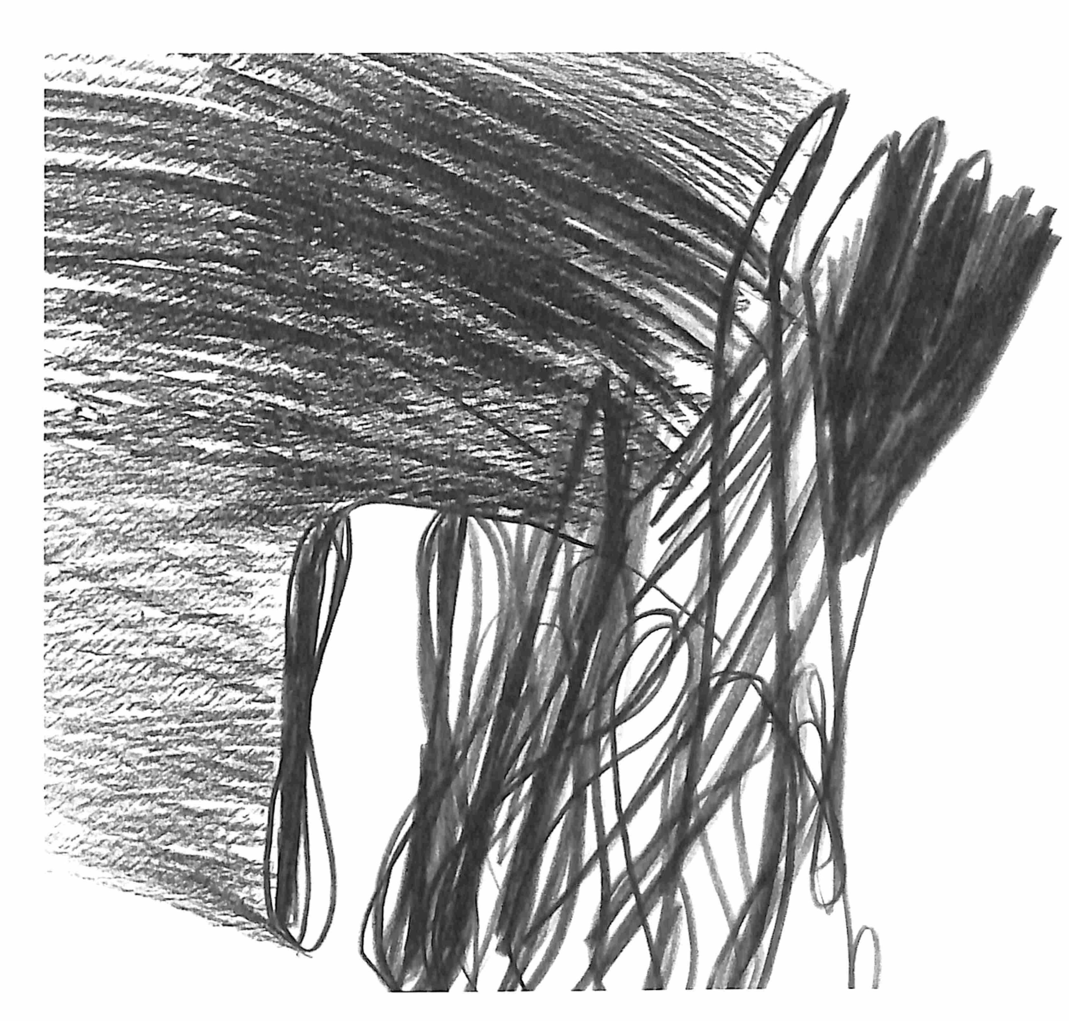
Ich bin eine Fünfeinhalbstundenkraft. Das geht im Wechsel. Früh- und Spätschicht. Frühschicht beginnt um dreiviertel sieben und endet um 14 Uhr. Dann kommt der nächste. Man hat keine Zeit, die Sachen zu übergeben. Das muss alles nebenher abgewickelt werden.

Ich verdiene ca. 1400 Euro brutto und netto sind das 1018 Euro. Ich bin verheiratet, mein Mann hat auch noch einen Job und meine beiden Kinder sind erwachsen und haben auch beide Jobs. Beide leben noch bei mir, was die Ausnahme ist. Die meisten gehen in den Westen. Ich hab das Glück, dass sie in meiner Nähe sind. Beide mussten noch nicht in den Westen. Es wird immer gesagt, die Wessis müssen den Ossis das Arbeiten beibringen. Ich seh das ein bisschen anders.

Wenn ich für meine Stunden den Bruttolohn netto bekommen würde, wäre ich froh. Das wär's für mich. Einfach was kaufen geht nicht und mal 500 Euro für Urlaub oder so wegpacken geht auch nicht.

Wenn ich aber mitkriege, was gerade bei Karstadt läuft, da können wir bei Real noch zufrieden sein. Wir haben so viele Vergünstigungen, von denen andere sagen, dass sie noch nie was davon gehört haben. Zum Beispiel Wäschemarken, wir kriegen Essensgeld, Weihnachtgeld, das sind 80% vom Monatsgehalt, wobei die Hälfte in Gutscheinen bezahlt wird. Das haben andere nicht. Wir haben eine wunderbare Arbeitszeitregelung, wir können variieren. Wenn mir mal nicht gut ist, kann ich früher gehen und arbeite dann an einem anderen Tag länger. Die Arbeitszeitregelungen haben wir bei uns in der Firma gemacht. Die Anregungen kamen von der Gewerkschaft. Die haben uns über graue Überstunden informiert. Wir haben fünf Jahre lang mit Arbeitgeber und Betriebsrat ein System ausgeklügelt. Alle konnten ihre Vorstellungen einbringen. In Testphasen wurde das ausprobiert. Was schlimm ist an der Sache, durch die von Real aufgekauften Extramärkte soll alles umgeworfen werden.

Wenn irgendwo was gekürzt werden sollte, dann kann man an solche Lappalien ran gehen. Obwohl wir dafür gekämpft haben, wie z.B. das Essensgeld, das wir alle halbe Jahr bekommen. Aber ob ich die 50 Euro habe oder nicht, ist mir egal. Ob ich 10% auf das Waschpulver bekomme, ist mir auch egal. Wenn man das auf 300 Verkaufshäuser sieht kommt man auf ne Summe, auf Millionen, die man anderswo gut einsetzen könnte. Zum Beispiel um Personal einzustellen.



Die, die in Rente gehen, werden nicht mehr ersetzt. Vollzeit gibt es immer weniger bzw. nur noch für Teamleiter. Die meisten bei uns sind so bei sechs Stunden. Kassiererinnen nur bei vier Stunden.

Mitte der neunziger Jahre wurde angefangen, die Kassiererinnen von sechs auf vier Stunden zu reduzieren. Das hat nie was gebracht. Je weniger Stunden ich habe, desto mehr Überstunden muss ich machen. Die Überstunden werden geduldet; die können ja irgendwann abgebummelt werden. Nur wann ist die Frage. Das passiert nämlich nie.

Bei uns haben alle Angst um ihren Arbeitsplatz und keiner will den Mund aufmachen.

Wir sind jetzt noch 155 Mitarbeiter. Wir waren mal 245.

Ich lebe auf dem Dorf und bin dort auch glücklich. Manchmal könnte ich es auch verfluchen. Wenn mein Mann und ich zusammen frei haben sind wir natürlich unterwegs. Das kann ich mit meiner Arbeitszeit und Früh- und Spätschicht gut realisieren. Es kommt nicht so oft vor, dass wir zusammen frei haben. Ich habe nicht jeden zweiten Sonnabend frei. Das klappt mit 42 Mitarbeitern nicht so einfach. Was aber laut Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung festgelegt ist. Alle drei bis vier Wochen haben wir zusammen frei.

In den Westen würde ich nicht rübergehen, ich hab noch nicht mal mit dem Gedanken gespielt. Ich will da nicht hin. Das hat nichts mit den Menschen zu tun. Alle sagen, man könnte sich einen neuen Freundeskreis aufbauen. Aber was wäre dann hier, wenn alle rüber gehen. Dann könnte man hier das Licht ausmachen.

*Die Gespräche führte **Georg Wißmeier**.*

* Name von der Redaktion geändert

Anmerkungen:

1) Die Metro-Gruppe setzt sich zusammen aus Metro Cash & Carry, den Verbrauchermärkten Real und Extra, Mediamarkt, Saturn, Praktiker und Kaufhof. Metro hat in 28 Ländern 2.300 Standorte und will nach eigenen Angaben in nächster Zeit der drittgrößte Handelskonzern der Welt werden.

2) Als Substitute werden Beschäftigte im Handel bezeichnet, die für ein bestimmtes Sortiment, nicht aber für eine ganze Abteilung, zuständig sind. Sie sind eine Gehaltsstufe höher eingestuft als VerkäuferInnen.

„Should I stay or should I go?“

Zwischen Privileg und Prekarität: Green-Card-MigrantInnen in Deutschland

Von Franziska Schreyer

Sie gehören zur Elite der ArbeitsmigrantInnen. Sie waren erwünscht und verdienen gut. Und dennoch leben sie in Deutschland im Spannungsfeld zwischen Privileg und Prekarität. Denn nicht nur der Alltagsrassismus macht ihrem Leben in Deutschland zu schaffen. Einsichten in das Leben immigrierter IT-Fachkräfte vermittelt Franziska Schreyer.

Get informed, come on over and welcome to Germany!“ rief der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung um die Jahrtausendwende IT-SpezialistInnen aus aller Welt zu. Es war die Zeit der Hochkonjunktur der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT), die Zeit der „großen Euphorie“. Als Reaktion auf Klagen der Wirtschaft über ausgeprägten Fachkräftemangel erließ die Bundesregierung Verordnungen zur Arbeitsgenehmigung und Aufenthaltserlaubnis für hoch qualifizierte ausländische IT-Fachkräfte. Diese traten zum 1. August 2000 in Kraft („Green-Card-Programm“).

IT-Fachleute aus Ländern außerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes können eine Arbeits- bzw. Aufenthaltserlaubnis erhalten, die auf maximal fünf Jahre befristet ist. Voraussetzung ist eine Hochschulausbildung mit Schwerpunkt in der IT oder ein Jahresgehalt von mindestens 51.000 Euro. Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis können auch ausländischen AbsolventInnen deutscher Hochschulen erteilt werden, wenn sie nach einschlägigem Studium einen IT-Beruf in Deutschland ergreifen.

Bis einschließlich Juli 2004 wurden knapp 17.000 entsprechende Arbeitsgenehmigungen zugesichert. Die Zahl der tatsächlich immigrierten IT-Fachkräfte dürfte jedoch niedriger liegen. (1) Die teils mit ihren Familien zugewanderten IT-SpezialistInnen kommen aus rund 130 Ländern dieser Erde, vorwiegend aus Indien

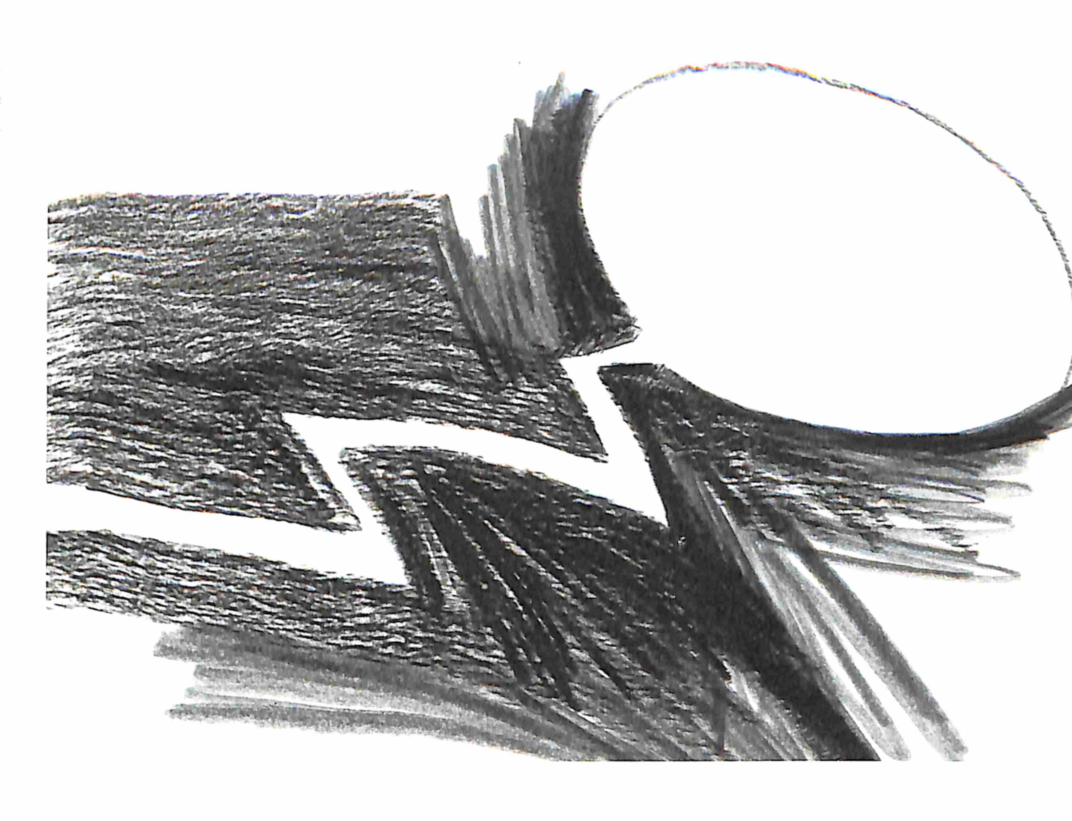


Anmerkungen:
1) Die Statistik der nicht nur zugesicherten, sondern für eine Erstbeschäftigung erteilten Arbeitsgenehmigungen weist im selben Zeitraum jedenfalls nur 12.250 Genehmigungen aus. Zum Unterschied zwischen zugesicherten und erteilten Arbeitsgenehmigungen vgl. IAB-Werkstattbericht Nr. 7/2003, S. 7ff. (im Volltext unter http://doku.iab.de/werkber/2003/wb0703.pdf).

und osteuropäischen Ländern. Zwölf Prozent sind Frauen. Nicht mal jede zehnte ausländische IT-Fachkraft ging in die neuen Bundesländer. Green-Card-Zentren sind insbesondere Frankfurt und München.

Diese Gruppe von ImmigrantInnen gehört im Allgemeinen – um die Diktion des bayerischen Innenministers Beckstein heranzuziehen – zu den „Ausländern, die uns nutzen" und nicht zu denen, die „uns ausnutzen". Und dennoch bewegt sich ihr Leben in Deutschland in einem Spannungsfeld zwischen Privileg und Prekarität.

Dies zeigt sich unter anderem in einem einschlägigen Chatroom (www.trust7.com).



„Welcome in the virtual trust7-family!"

Der Chatroom ist ein Forum der Verständigung. Er wurde ab Ende 2001 von der Berliner Unternehmensberatung *trust7* aufgebaut, die in der Green-Card-Vermittlung ökonomisch tätig war, sich aber auch in sozialer Verantwortung sieht. Das Forum versteht sich zum einen als Selbsthilfeeinrichtung von Green-Card-InhaberInnen: *„Our forum gives you the chance to discuss problems and to help each other with useful tips"*. (2) Dort tauschen sie sich zum Beispiel über Probleme des Familiennachzugs, der Wohnungssuche oder des Arbeitsplatzverlustes aus. Zum andern versteht es sich als Organ politisch-sozialer Interessensartikulation: *„We are trying to voice our opinion and problems!"* (3).

Integration und Ausgrenzung

Es geht hoch her im Forum. Kommuniziert wird in der Regel anonym, mit Vor- oder Phantasienamen: So antwortet einem „Just Me" ein „Just You", ein „Mr. Greencard" meldet sich zu Wort und immer wieder kommt die Stimme von „NoBody" aus dem virtuellen Off. Die *trust7*-family wird manchmal aber auch physisch real. So wurden Treffen unter anderem in München, Heidelberg und Frankfurt organisiert und regelmäßig wird im Chatroom ähnliches gefragt wie *„Hi, any GC from Ingolstadt here?"* (4)

In Bezug auf ihre Integration in Deutschland berichten Chatroom-TeilnehmerInnen sowohl Positives als auch Negatives. Das Spektrum reicht von *„I hope I will leave this country soon: no friends, no happy surroundings just living here to earn money no fun believe me"* bis zu: *„Who says Green Card holders have problems with integration? We speak in our companies on German. We drink German beer with our colleagues, we go with our colleagues to Alpin to have fun with ski and snowboard, rafting, Karten spielen, every 'beerfest' we visit with our colleagues. If you are intelligent, if you are high educated, there is absolutely no problem. Isn't it?"* (5)

Aber auch bei hoher betrieblich-sozialer Integration: Im öffentlichen Leben ist unmittelbar nicht erkennbar, dass es sich hier um „erwünschte AusländerInnen" handelt. So müssen auch Green-Card-InhaberInnen Polizeikontrollen über sich ergehen lassen. Ein krasses Beispiel:

„I was stopped and I had only a photocopy of my passport. I was driving my car. I didn't have a german driving licence, only two months after arriving in Germany. When the guy saw, that I didn't haw an original, immediately he moved two steps away and took his gun off. Honest, I am not making this up. His partner moved even further, circling the car, and stopped some 10 mts. away, also with his gun off. Cop one asked me to keep my hands visible and my head as pasted to the wheel drive as possible. Cop two kept holding his gun on fire position.

I stayed in this position for some twenty minutes, while the guy checked via radio. All of this was performed at broad daylight, 3PM or some, on a street with lots of traffic. A good bunch of people gathered to see the procedure. One nice old

2) Um Authentizität zu gewährleisten, werden im Folgenden in der Regel die Schreibweisen von den Originalen im Forum übernommen.
Übersetzt: „Unser Forum bietet die Chance, Probleme zu diskutieren und sich gegenseitig mit nützlichen Tipps zu helfen."
3) „Wir versuchen, unsere Meinung und Probleme zum Ausdruck zu bringen!"
4) „Hi, ist irgendein GC aus Ingolstadt hier?"
5) „Ich hoffe, ich werde dieses Land bald verlassen: keine Freunde, keine glückliche Umgebung nur hier leben um Geld zu verdienen kein Spaß glaubt mir."
„Wer behauptet, Green-Card-InhaberInnen haben Probleme mit der Integration? Wir sprechen in unseren Betrieben deutsch. Wir trinken deutsches Bier mit unseren Kollegen, wir fahren mit unseren Kollegen in die Alpen, um Spaß zu haben beim Skifahren, Snowboarden, Rafting, Karten spielen, jedes ‚Bierfest' besuchen wir mit unseren Kollegen. Wenn man intelligent ist, wenn man hochqualifiziert ist, gibt es absolut kein Problem. Nicht wahr?"

lady requested the police to stop. The policemen ignored her. I must say that this was on january 2001, far before 9/11. On the following 6 months, I was stopped 4 times on the road.

From then on, WHEREEVER I GO I take my passport with me. Even for going to the shop at the corner. Of course, the humiliation, once performed, is unforgettable." (6)

Immer wieder wird im Forum auch über offenen Rassismus diskutiert, etwa in Zusammenhang mit rechtsradikalen Spams, die im Juni 2004 massenhaft verschickt wurden: „*Ich bekomme am Tag hunderte Emails durch diese Spams. Ich werde traurig und frage mich: Was mache ich hier? Und sage: Ich hätte diese Sprache nicht lernen sollen, um das lesen zu können.*" Oder: „*I have many Indian colleagues and they all are not staying. One recently relocated to England because of so many bad things happening to him in daily life. His wife was assaulted on the street by a man who hates non-Germans. She said she would leave him if they didn't leave. I have told my husband the same.*" (7)

Aus „nützlichen AusländerInnen" können „unnütze" werden – etwa wenn sie ihren Job verlieren. Eine Fallstudie in München ergab: Rund sieben Prozent der Personen, denen dort bis Ende 2002 eine Green Card zugesichert wurde, waren später als arbeitslos registriert. Dies ist aber nur die Untergrenze. Zumindest in den Anfangszeiten der IT-Krise („*now that the dreams start to show the first hints of nightmare*") (8) mieden viele Betroffene Behördenkontakt und gingen teilweise in die Illegalität. Hintergrund waren restriktive Erfahrungen mit den Ausländerbehörden. Bis Sommer 2002 forderten diese Green-Card-Arbeitslose vielfach zur umgehenden Ausreise auf. Dafür wurde oft nur eine 72-Stunden-Frist eingeräumt.



Rigide und zudem uneinheitliche Verfahren wurden von Betroffenen als Unberechenbarkeit und Ausgeliefertsein erlebt. So antwortet auf die Frage eines Forum-Teilnehmers zum Aufenthaltsrecht ein anderer: „*It is possible if the responsible officer thinks it is possible. I am not kidding.*" Immer wieder wird die Bedeutung des „persönlichen Faktors" im konkreten Kontakt mit BehördenvertreterInnen betont. Beispiele: „*This depends on you have the luck to talk to a nice guy at the Foreign Office*" oder „*It all depends if the guy at the arbeitsamt likes you.*" (9) Es gibt aber auch offensivere Stimmen: „*We are not the typical Gastarbeiter who cannot defend themselves. We should be a bit more forceful in dealing with Ausländeramt, I know they are not used to it.*" (10)

Und immer wieder wird überlegt, aus der Bundesrepublik abzuwandern und anderen von einer Einwanderung abzuraten: „*I am really pissed off with this kind of treatment. I am thinking of going back and I don't advise people to come and work here.*" (11)

Der Betreiber des Chatrooms und engagierte Forums-Teilnehmer versuchten erfolgreich, Pressearbeit zu organisieren („*As everybody knows, a problem can be*

6) „Ich wurde angehalten und ich hatte nur eine Kopie meines Ausweises. Ich war mit dem Auto unterwegs. Gerade zwei Monate in Deutschland, hatte ich keinen deutschen Führerschein. Als der Typ sah, dass ich kein Original hatte, ging er sofort zwei Schritte zurück und zog seine Pistole. Ehrlich, ich erfinde das nicht. Sein Partner ging sogar noch weiter weg, umrundete das Auto, und blieb ungefähr zehn Meter weit weg stehen, ebenfalls mit gezogener Pistole. Polizist Eins bat mich, meine Hände sichtbar bleiben zu lassen, und meinen Kopf so weit wie möglich am Lenkrad zu lassen. Polizist Zwei hielt weiterhin seine gezogene Pistole. Ich blieb ungefähr zwanzig Minuten in dieser Position, während der Typ mich über Funk überprüfte. All das wurde durchgeführt bei helllichtem Tage, drei Uhr nachmittags oder so was, an einer Straße mit viel Verkehr. Eine Menge Leute hatten sich versammelt, um die Prozedur zu beobachten. Eine nette alte Dame forderte die Polizei auf, aufzuhören. Die Polizisten ignorierten sie. Ich muss sagen, das war im Januar 2001, weit vor dem 11. September. In den nächsten sechs Monaten wurde ich vier Mal auf der Strasse gestoppt. Seitdem nehme ich WO IMMER ICH HINGEHE meinen Ausweis mit. Sogar ins Geschäft um die Ecke. Die Demütigung werde ich natürlich nie vergessen."

7) „Ich habe viele indische Kollegen und sie alle bleiben nicht. Einer ging kürzlich nach England zurück, weil ihm im Alltagsleben so viele schlimme Dinge passiert sind. Seine Frau wurde auf der Straße angegriffen von einem Mann, der Nicht-Deutsche hasst. Sie sagte, sie würde ihn verlassen, wenn sie nicht das Land verlassen. Ich habe meinem Mann dasselbe gesagt."

8) „Jetzt, wo die Träume erste Anzeichen von Alpträumen zeigen."

9) „Es ist möglich, wenn der verantwortliche Beamte denkt, dass es möglich ist. Ich mache keine Witze." „Das hängt davon ab, ob man das Glück hat, in der Ausländerbehörde mit einem netten Kerl zu sprechen." „Alles hängt davon ab, ob Dich der Typ vom Arbeitsamt mag."

10) „Wir sind nicht der typische Gastarbeiter, der sich nicht selbst verteidigen kann. Wir sollten bei Verhandlungen mit dem Ausländeramt etwas nachdrücklicher auftreten, ich weiß, das sind sie nicht gewohnt."

11) „Diese Art von Behandlung kotzt mich an. Ich überlege zurückzugehen und ich rate anderen nicht, zu kommen und hier zu arbeiten".

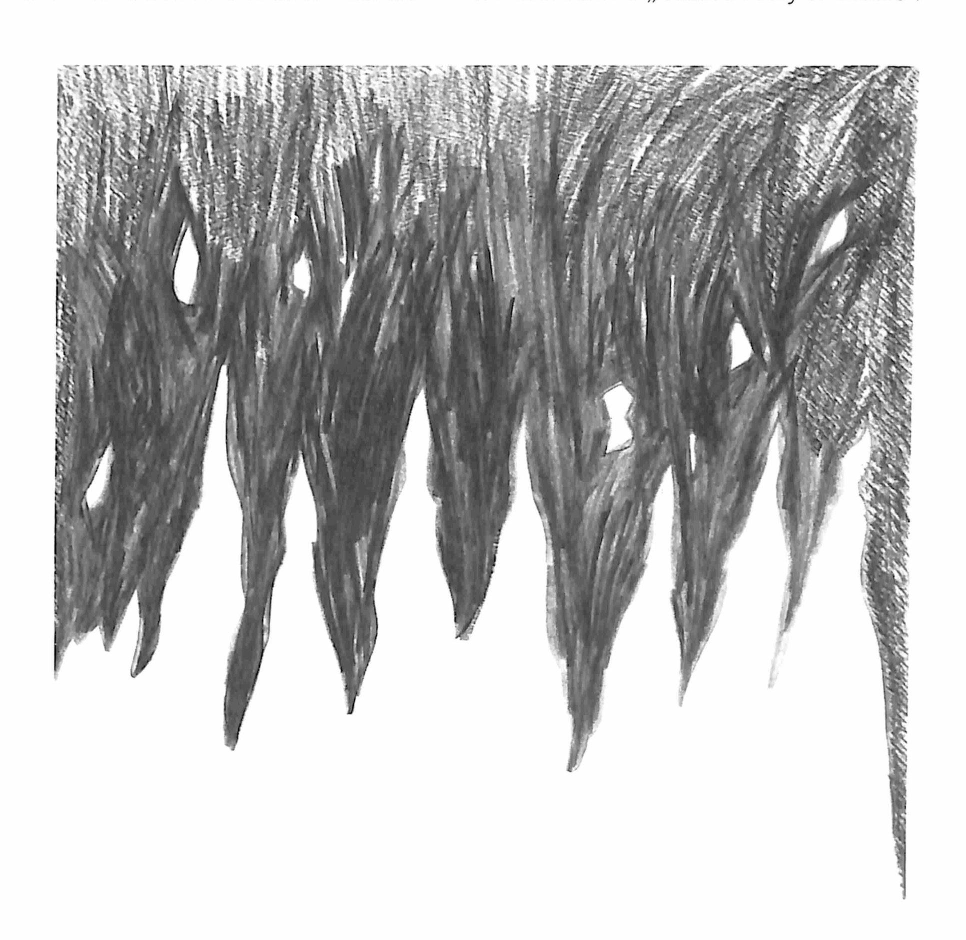
resolved as soon as it becomes public!") (12). Auch aufgrund einer Empfehlung des Bundesministeriums des Innern vom Juli 2002 wurde die Praxis der Aufenthaltsgewährung in der Folge liberaler. Etliche Ausländerbehörden gewährten zur Stellensuche nun sechs Monate und mehr Aufenthalt, wenn ein Anspruch auf Arbeitslosengeld vorliegt. Wurde noch kein Leistungsanspruch erworben, wurden nun vielfach drei Monate genehmigt. Die Rechtspraxis blieb aber uneinheitlich, selbst in überschaubaren Regionen wie dem Münchner Raum. (13)

Internationale ArbeitsnomadInnen

Es gibt keine Daten darüber, wieviel Green-Card-InhaberInnen in ihre Heimatländer zurückgekehrt bzw. in andere Einwanderungsländer weitergereist sind. Im Chatroom werden immer wieder die Vor- und Nachteile verschiedener Länder diskutiert. Ein Argentinier: *„My best friend is living in Canada since 10 years, and my brother-in-law since two. In both cases they got job really fast, and they have a nice living. But the winter ... impossible".* Eine wohl ebenfalls südamerikanische IT-Spezialistin: *„I really enjoyed a good time in Germany, but after a couple of years it became a little boring. And I really worked hard. I leave my job after training three new German employees in the last months, contributing with a couple of patents for the company (and myself, sure!) and various years of taxes and retirement insurance left. Most importantly, I got a husband here, many friends and a decent German language level. So, I am ready for the next step in my career. I rejected two offers in Germany. Trying to find connection among life, salary and weather, my husband and me decided for Australia."* (14) Abschiede und Neuaufbrüche stehen so für etliche auf der Tagesordnung: *„My dear friends, this is time for me to say Bye to all who still are staying in Germany. I'm moving to USA where the Green Card is a real one."* (15)

Immer wieder kommen aber auch neue TeilnehmerInnen hinzu. Viele nutzen den Chatroom mittlerweile aus ihren Heimat- oder jeweiligen Aufenthaltsländern heraus, um sich über die Bundesrepublik zu erkundigen: *„Hi, I'm new to the forum. My name 's Mubasher and I'm from Pakistan. I'm currently in Indonesia. I'm about to take up an employment in Germany. I do have some questions which I hope somebody in the forum can answer."* (16)

Nicht alle sind internationale Arbeitsnomaden, viele wollen bleiben. Anders als die US-amerikanische Green Card ist die deutsche aber auf fünf Jahre befristet. Seit Bestehen des trust7-Forums ist dies eines der Hauptthemen. So fragte sich ein Chatroom-Teilnehmer unter Rückgriff auf einen Titel der Punkband *The Clash* schon vor zwei Jahren: *„Should I stay or should I go? Looking to things now, I think we should mentalize on the second option. But certainly, not without standing for the first. We must start moving somewhere."* (17)



„Sie haben uns fertig gekauft"

Trust7 startete eine Unterschriftenaktion, bei der allerdings nur 300 Unterschriften gesammelt werden konnten. Erfolgreicher

12) „Wie jeder weiß, kann ein Problem gelöst werden, sobald es öffentlich wird!"
13) Zur Green-Card-Arbeitslosigkeit vgl. ausführlich IAB-Werkstattbericht Nr. 7/2003 (im Volltext unter http://doku.iab.de/)
14) „Mein bester Freund lebt in Kanada seit zehn Jahren und mein Schwager seit zwei. Beide bekamen sehr schnell Arbeit und sie haben ein nettes Leben. Aber der Winter ... unmöglich."
„Ich habe wirklich eine gute Zeit in Deutschland genossen, aber nach ein paar Jahren ist es ein bisschen langweilig geworden. Und ich habe wirklich hart gearbeitet. Ich verlasse meinen Job, nachdem ich in den letzten Monaten drei neue deutsche Angestellte eingearbeitet habe, meiner Firma (und mir, natürlich!) ein paar Patente beschert habe und lasse hier ein paar Jahre Steuern und Rentenversicherung zurück. Am wichtigsten: Ich habe hier einen Ehemann bekommen, viele Freunde und ein ordentliches deutsches Sprachniveau. So bin ich jetzt bereit für den nächsten Schritt in meiner Karriere. Ich habe zwei Angebote in Deutschland abgelehnt. Im Versuch, eine Balance zwischen Leben, Gehalt und Wetter zu finden, haben mein Mann und ich uns für Australien entschieden."
15) „Meine lieben Freunde, es ist Zeit für mich, allen Wiedersehen zu sagen, die noch in Deutschland bleiben. Ich gehe in die USA, wo die Green Card wirklich eine ist."
16) „Hi, ich bin neu im Forum. Ich heiße Mubasher und bin aus Pakistan. Zur Zeit bin ich in Indonesien. Ich bin dabei, eine Beschäftigung in Deutschland aufzunehmen. Ich habe verschiedene Fragen und hoffe, dass jemand im Forum diese beantworten kann."
17) "Soll ich bleiben oder gehen? So wie die Dinge liegen, sollten wir die zweite Möglichkeit erwägen, ohne die erste aufzugeben. Irgendwo müssen wir anfangen uns zu bewegen."

entwickelte sich wieder die Medienarbeit: Die *trust7*-Gemeinde entwickelte sich zu einem Knotenpunkt einschlägiger Anfragen von Medien, seien es Print- und Onlinemedien oder Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Dabei gilt es, selbstbewusst und nicht aus einer Position des Bittstellers heraus einen Daueraufenthaltsstatus oder zumindest eine klare politische Entscheidung einzufordern: „*I come from a country that is touching the 20% of unemployment, and a half of the 'employed' ones are working under conditions that here in Germany will be considered almost as slavery. I grew up with the ghost of unemployment as a real thing, permanent and not just occasional, an endemic disease. It is true that Germany is giving us a chance of getting a better job than those in our countries. Nobody can deny that. But do not forget: We pay taxes. Even 'solidarity' funding for the East. And Germany didn't pay for our education and professional background. As we say in my country, they didn't build us, they 'bought' us ready. So I think the benefit should be considered as mutual. I think it is time for decisions. As professionals, this is the minimum we deserve.*" (18)



Das Bundesverfassungsgericht erklärte im Dezember 2002 das Zustandekommen des Zuwanderungsgesetzes für verfassungswidrig. Es hätte für viele Green-Card-InhaberInnen den Weg in einen Daueraufenthaltsstatus geebnet. Enttäuscht schreibt ein Forums-Teilnehmer: „*Hopefully they will come up with something. Makes a very uncertain life otherwise if you know what I mean.*" (19) Mut wird sich zugesprochen, auch unter Bezugnahme auf die feinen Unterschiede zwischen MigrantInnen, deren sich Green-Card-InhaberInnen durchaus bewusst sind: „*We have to draw a line between general immigrants and the people with exceptional skills. The Zuwanderungsgesetz will be modified one day with enough room for skilled people who are young, flexible and willing to integrate in the German society. At any cost Germany cannot completely freeze the immigration. If it does so, its OWN integration into the world's developed countries will come into question. So, don't worry and be happy. I feel it's just a matter of time that a firm shape will be given to us, GC holder's futures.*" (20)

Im Juli 2004 wurde ein Zuwanderungsgesetz verabschiedet. Doch nach spontanen euphorischen Reaktionen weniger („*Immigration Law passed !!! – Und wo ist Sekt?*") blieb bei vielen nach wie vor große Unsicherheit. Fallen sie unter den Begriff „Hochqualifizierte", die sofort eine unbefristete Niederlassungserlaubnis für sich beanspruchen können? Dann müssten sie aber ein Jahresgehalt in Höhe von mindestens dem Doppelten der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung beziehen (rund 84.000 Euro) – und das ist selbst für IT-SpezialistInnen ein nur in Ausnahmefällen erzielbares Einkommen. Kann die Niederlassungserlaubnis auch beantragt werden, wenn – neben anderen Bedingungen – jemand seit fünf Jahren die Aufenthaltserlaubnis besitzt und er/sie mindestens 60 Monate Beiträge zur Rentenversicherung geleistet hat? Aber selbst wenn: Viele „Stories als GC sind seeeeeeeeehr kompliziert". Was ist zum Beispiel, wenn man zwischenzeitlich arbeitslos war, noch ohne Leistungsanspruch und damit ohne Zahlungen der Arbeitsverwaltung an die Rentenversicherung? Solche und ähnliche ungeklärte Fragen prägen derzeit den trust7-Chatroom. „*Should I stay or should I go?*" – diese Frage ist für viele Green-Card-InhaberInnen nach wie vor offen.

***Franziska Schreyer** ist Soziologin und lebt in Nürnberg.*

18) „Ich komme aus einem Land mit fast 20% Arbeitslosen. Die Hälfte der ‚Beschäftigten' arbeitet unter Bedingungen, die in Deutschland für Sklaverei gehalten würden. Ich wuchs mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit als reale, permanente und nicht bloß vorüber gehende Bedrohung auf, eine endemische Seuche. Es stimmt, dass Deutschland uns die Chance auf einen Job bietet, der besser als die Jobs in unseren Ländern ist. Aber vergesst nicht: Wir zahlen Steuern. Sogar den ‚Solidaritätsfond' für den Osten. Deutschland hat nicht für unsere Erziehung und Ausbildung bezahlt. Wie man in meinem Land sagt: Sie haben uns nicht gebaut, sie haben uns fertig ‚gekauft'. Ich denke, es ist an der Zeit für Entscheidungen. Das ist das Mindeste, was wir als Professionelle verdienen."

19) „Hoffentlich kommen sie mit irgendwas raus. Bedeutet andererseits ein sehr unsicheres Leben, wenn ihr wisst, was ich meine."

20) „Wir müssen eine Linie ziehen zwischen den Immigranten im Allgemeinen und den Leuten mit außergewöhnlichen Qualifikationen. Das Zuwanderungsgesetz wird eines Tages überarbeitet werden mit genügend Raum für qualifizierte Leute, die jung, flexibel und willens sind, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Deutschland kann auf keinen Fall Immigration total einfrieren. Falls es das macht, wird seine EIGENE Integration in die entwickelten Länder der Welt fraglich werden. So sorgt Euch nicht und seid glücklich. Ich fühle, es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Zukunft der Green-Card-InhaberInnen eine feste Gestalt gegeben wird."

Wie willst du überhaupt hier überleben?

Ohne Papiere putzen und leben. Ein Protokoll

Das Leben organisieren ohne legalen Aufenthaltsstatus – das bedeutet, in ständiger Angst vor Entdeckung und Abschiebung zu leben. Es bedeutet auch, in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen erpressbar zu sein. Allein in Berlin leben schätzungsweise mehr als 100.000 Menschen ohne Papiere. *Fantômas* sprach mit Mercedes Rivera*, Kolumbianerin, Hausarbeiterin und Reinigungskraft aus Frankfurt.



Ich kam vor sechs Jahren nach Deutschland. Ich wusste nichts, nicht die Sprache, gar nichts. In Kolumbien hatte ich sechs Jahre als Sekretärin in einem Unternehmen gearbeitet. Dann wurde ich arbeitslos. Meine zwei Kinder, acht und fünfzehn Jahre alt, mussten ernährt werden. Ich kannte eine Kolumbianerin, die in Deutschland lebte. Die sagte, komm, hier kannst du arbeiten, es gibt viele Möglichkeiten, du kannst bei mir wohnen. Also ging ich nach Deutschland. Als ich kam, war alles sehr anders. Es gab keine Arbeit. Nichts. Ich wohnte in ihrem Haus und musste Miete zahlen. Aber ich konnte nicht. Schließlich vermittelte sie mir einen Putzjob. Ich putzte fünf Kneipen, jeden Tag von fünf Uhr morgens an. Für 300 Mark im Monat. Es reichte nicht. Ich brauchte eine Fahrkarte, die kostete 143 Mark. Nur die Fahrkarte. Ich wusste nicht, was ich tun sollte. Meine Bekannte sagte, sorry, Mercedes, aber was du hast, reicht nicht für die Miete. Sie sagte, ich solle Prostituierte werden, eine andere Möglichkeit hätte ich nicht. Ich wollte nicht. Nicht, weil ich Prostitution oder Prostituierte verurteile. Das tue ich nicht. Es ist ihr Leben und ihre Entscheidung. Aber ich wollte nicht. Aber meine Bekannte sagte, du musst, sonst kannst du hier nicht bleiben und wie willst du überhaupt hier überleben. Ich dachte, was mache ich nur, das kann ich unmöglich meiner Familie erzählen. Aber ich musste es tun, schließlich. Ich wusste nicht, wie es geht. Sie brachte mich hin, sagte, schau, es ist ganz einfach, so und so und so musst du es machen. Dann brachte sie mir einen Kunden. Als ich mit ihm allein war, fing ich an zu weinen. Es tut mir leid, sagte ich, ich kann nicht. Ist nicht schlimm, sagte er, mach dir keine Sorgen. Und schenkte mir 25 Mark. Oder 50, ich weiß es nicht

mehr. Nein, ich wollte das Geld nicht. Nimm nur, sagte er.

Ich ging zurück in die Kneipen zum Putzen. Jetzt hieß es, okay, du kannst hier wieder arbeiten, und du bekommst wiederum 300 Mark, aber jetzt musst du alle Kneipen putzen, nicht nur die fünf. Du hättest meine Hände sehen sollen. Kaputt. Das Geld reichte natürlich immer noch nicht. Ich musste was tun. Mich mobilisieren, aufraffen, kämpfen. Aber wie? Ich suchte nach Möglichkeiten, Deutsch zu lernen. Niemand wusste was. Es gibt so viele, die leben jahrelang hier und es ist ihnen egal, ob sie Deutsch können oder nicht. Mir nicht. Ich wusste nicht weiter.

Eines Morgens war ich allein in einer Kneipe beim Putzen. Da klopft es an die Tür. Ein Mann steht da und sagt, er hätte seine Brieftasche verloren, ob ich ihm helfen könne. Wir hatten strikte Anweisungen, die Tür nicht aufzumachen. Aber warum hätte ich ihm nicht helfen sollen? Ich ließ ihn rein und wir suchten gemeinsam. Ich wühlte den gesamten Abfall durch – und ich fand sie. Dreckig, nass, ohne Geld, aber mit allen Papieren. Ich machte sie sauber. Die Papiere waren wichtig. Der Mann freute sich sehr und gab mir seine Karte und sagte, wenn du was brauchst, melde dich. Ich nahm die Karte, hatte aber nicht vor, mich bei ihm zu melden. Wer weiß auch, dachte ich, was der wirklich will. Aber irgendwann wusste ich nicht mehr weiter. Da rief ich ihn an und sagte, Sie wollten mir helfen, erinnern Sie sich noch? Jetzt können Sie mir helfen. Wissen Sie irgendwen, bei dem ich zu Hause putzen kann? Ja, sagte er, bei mir. Oh nein, erwiderte ich, nicht bei Ihnen, bei jemand anders. Kennen Sie jemanden? Warum nicht bei mir, fragte er. Weil ich es nicht will, sagte ich. Wollen Sie mir nun helfen oder nicht? Da vermittelte er mich an einen Bekannten von ihm. Und so fing es an. Dem Bekannten gefiel meine Arbeit und er empfahl mich weiter. Es war wie eine Kette. Außerdem hängte ich Zettel an Bäume. So kam ich auch an Leute, bei denen ich putzen konnte. Und heute putze ich jeden Tag in einem anderen Haus, in manchen schon seit mehreren Jahren.

Schätzungen gehen davon aus, dass in deutschen Privathaushalten bis zu vier Millionen Menschen beschäftigt sind. Offiziell gemeldet sind jedoch lediglich knapp 40.000. Die Mehrzahl der HausarbeiterInnen sind Migrantinnen aus außer- oder osteuropäischen Ländern sind; die meisten von ihnen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Auch in der Reinigungsindustrie arbeiten überwiegend migrierte Frauen, viele von ihnen ohne Arbeitserlaubnis. Ihre Löhne unterbieten oft die sowieso schon geringen Löhne der Branche. Die wenigen sozialversicherten Beschäftigten im Reinigungsgewerbe sind zwar auch zu 95% weiblich, fast alle von ihnen aber haben einen deutschen Pass.

Schließlich kriegte ich raus, wo eine Schule zum Deutschlernen ist. Um mich da anzumelden, brauchte ich jemanden, der mich einschrieb – jemand mit einem Pass. Mein Visum war schon seit Monaten abgelaufen. Ich hab einfach einen Typ auf der Straße angesprochen. Er hatte ein Buch in der Hand und sah nett aus. Zufälligerweise sprach er spanisch. Kein Problem, sagte er und meldete mich an. Seitdem lerne ich. Ich spreche nicht perfekt, aber ich kann mich verständigen. Das ist mir sehr wichtig.

Ich kann mich über meine ArbeitgeberInnen nicht beschweren. Sie sind sehr nett. Ich hab auch mal bei einem Ex-Polizisten geputzt. Der wusste Bescheid über meine Situation. Ich war ihm empfohlen worden. Er sagte, mach dir keine Sorgen. Zwei Jahre war ich bei dem. Eines Tages ging der Alarm in seinem Haus los. Er hatte vergessen ihn auszuschalten, als er aus dem Haus ging. Was für ein Schreck. Alles voll mit Polizei und ich versteckt in einer dunklen Ecke. Ich hatte solche Angst – nicht nur um mich, auch wegen ihm. Als er dann nach Hause kam, suchte er mich, er hatte auch Angst. Es ist aber nichts passiert. Ich hab eigentlich keine direkt schlechte Erfahrungen mit Polizei gemacht.

Ich putze in sechs Privathäusern und einer Firma. Vier von den Privathäusern sind dieselben vom Anfang, in den anderen arbeite ich seit ein oder zwei Jahren. Sie zahlen mir meist so acht Euro die Stunde. Eine gibt mir auch zehn, wegen

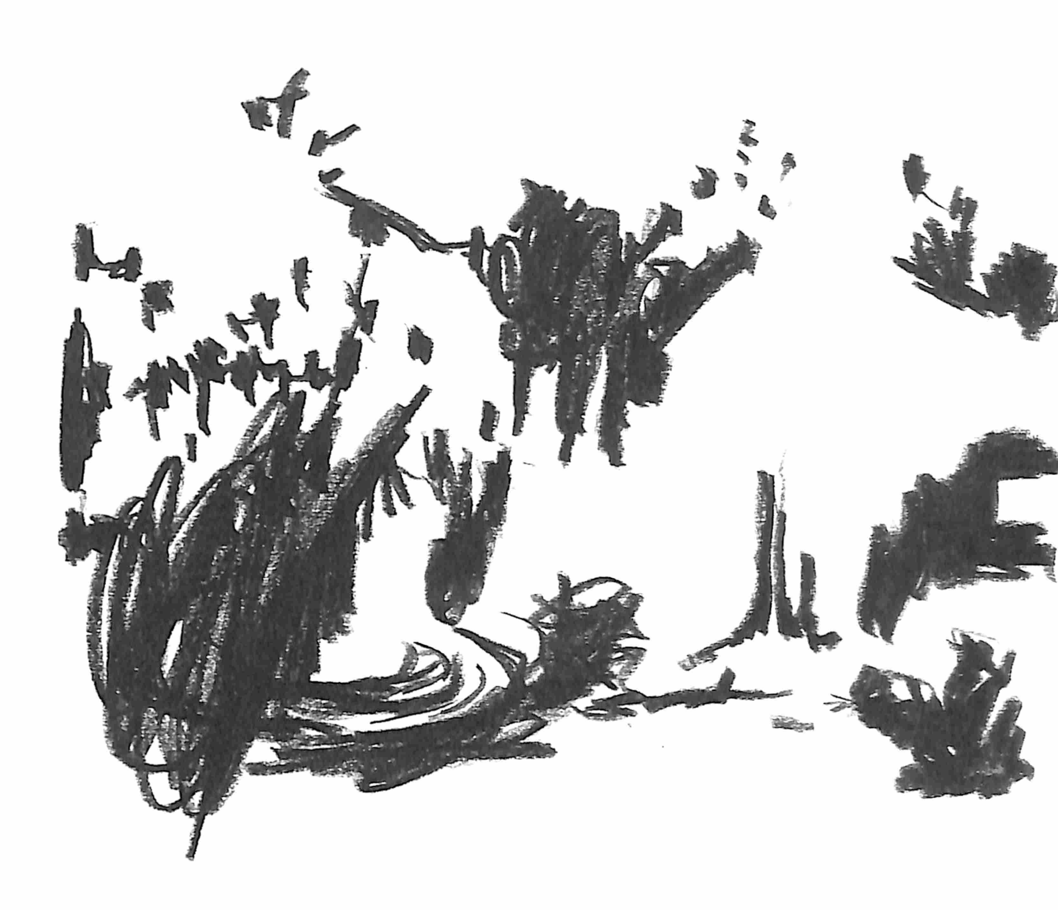


dem Kleinen. Alle sind sehr nett. Und geduldig. Auch wenn ich was falsch oder gar nicht verstehe. Bei zwei Arbeitgebern arbeite ich auf Minijob-Basis. Dadurch verdiene ich aber insgesamt weniger. Deshalb mache ich noch bei einer sehr alten Dame samstags alle vierzehn Tage den Haushalt. Und sonntags morgens ganz früh putze ich in einer Videothek.

Ich hab viel Hilfe bekommen. Eine meiner Arbeitgeberinnen hat mir eine Anwältin vermittelt, die Freundin von ihr ist. Die hat mir sehr geholfen. Und auch sonst gibt es viele Plätze, wo du Hilfe bekommen kannst, du musst sie nur kennen. Als ich schwanger wurde, gab man mir die Adresse von einer katholischen Organisation. Ich ging dahin und sagte, ich bekomme ein Kind, aber ich bin illegal. Die Nonne sagte, kein Problem, Sie können ins Krankenhaus gehen und die Geburt selbst bezahlen. Niemand wird weitere Fragen stellen. Alles Geld, was ich irgendwie erübrigen konnte, gab ich dann der Nonne. Ich arbeitete so viel es ging, um dieses Geld zusammenzukriegen. Die Nonne verwahrte das Geld bei einem Notar für mich auf. 1.500 Mark würde die Geburt kosten, sagte sie. Aber dann kostete es gar nicht so viel, nur 700 Mark. Den Rest bekam ich wieder.

In dem Krankenhaus wurde ich sehr gut behandelt, wirklich. Perfekt eigentlich. Danach war es schwierig, das mit der Arbeit zu organisieren. Ich hatte Angst, dass ich keine Milch mehr haben würde, wenn ich nicht regelmäßig stille. Ich hatte Angst, dass der Kleine schreit, wenn ich nicht da bin, oder dass er schreit, wenn ich ihn zur Arbeit mitnehme. Sein Vater brachte ihn mir schließlich zum Stillen zur Arbeit. Das haben meine ArbeitgeberInnen alle akzeptiert. Zwei Wochen nach der Geburt habe ich wieder angefangen zu arbeiten. Vorher hatte ich bis zum letzten Tag gearbeitet – bis zum Tag vor der Geburt. Die Leute, wo ich arbeite, sagten, Gott, Mercedes, bitte, hör auf zu arbeiten, das ist ja unmöglich. Aber ich sagte ihnen, ich muss meine Miete zahlen, die Fahrkarte und alles – was soll ich machen, ich kann nicht aufhören zu arbeiten. Das hat ihnen leid getan. Als der Kleine da war, haben sie mir Blumen geschenkt, Obst, alles mögliche. Einige haben mir angeboten, drei Monate auszusetzen, statt nur zwei Wochen. Aber ich sagte, drei Monate, das kann ich mir nicht leisten! 140 Euro Miete. Heizung und Strom extra. Und die Fahrkarte. Das Kind.

Inzwischen habe ich einen deutschen Pass für den Kleinen. Er hat deshalb Anspruch auf vier Stunden Betreuung. Allerdings ist er auch schon vorher in den selben Kindergarten gegangen – ohne Papiere. Die in dem Kindergarten wollten das eigentlich nicht, hatten viel Angst. Und haben ihn trotzdem aufgenommen, als einziges Kind ohne Papiere.



Die Nonnen hatten mir die Adresse von einer Ärztin geben. Die behandelt den Kleinen. Ich bezahle privat. Eine Behandlung kostet zehn Euro, aber das Geld ist nicht für die Ärztin. Sie unterstützt ein Straßenkinderprojekt in Afrika. Das Geld ist eine Spende dafür. Nur die Rezepte sind sehr teuer. Impfungen besonders. Manchmal bekomme ich was umsonst von der Ärztin. Sie ist ein wunderbarer Mensch. Viele Migrantinnen gehen zu ihr.

Mein Leben ist anstrengend. Ich stehe um halb vier auf. Nehme den Bus um vier Uhr 23, damit ich um zwanzig vor fünf in der Firma bin, wo ich zwei Stunden putze. Danach komme ich zurück um halb acht und habe eine halbe Stunde, um Frühstück zu machen für den Kleinen. Danach fahre ich ihn in den Kindergarten, das dauert eine halbe Stunde und danach fahre ich wieder zur Arbeit. In eines der Privathäuser. Zuerst zu einem Pfarrer, dem mache ich den Haushalt. Schlafzimmer, Küche, Bad putzen; bügeln, waschen. Mittwochs liest er die Messe, da putze ich sein Büro. Alles in zweieinhalb Stunden, das ist knapp. Er möchte immer alles ganz schön ordentlich gemacht haben. Danach fahre ich in die anderen Häuser. Das ist meist so eine Stunde Fahrtzeit. Dort arbeite ich dann noch mal drei Stunden. Dann komme ich nach Hause. Zweimal die Woche gehe ich noch nach der Arbeit zum Deutschkurs. Aber abends bin ich kaputt.

Ich muss so viel arbeiten, weil ich mein Kind hier großziehe und meine zwei Kinder und meine Mutter in Kolumbien unterstütze. Manchmal habe ich dreißig Euro im Monat für mich übrig. Höchstens. Aber ich bin schon zufrieden. Denn ich hab genug Geld für Miete, Fahrkarte und Essen. Und ich putze gerne. Es nicht mein Beruf und erst recht nicht meine Berufung, aber ich tue es gern.

Ich spreche oft mit anderen Frauen in derselben Situation. Im Bus, in der Bahn auf der Straße. Woran ich sie erkenne? Das ist einfach. Du muss nur mal morgens so gegen acht Uhr die U-Bahn Richtung Westend nehmen. Die ist voll mit Migrantinnen, die zum Putzen in Privathäuser fahren. Die Männer arbeiten eher in Restaurants oder Bars.

Was ich mir wünsche? Dass meine Situation geregelt ist. Dass ich meinen Kleinen gut erziehe. Dass ich besser Deutsch spreche. Dass es nicht mehr so viele Illegale gibt. Und eines Tages würde ich gerne meine größeren Kinder wiedersehen. Zurückgehen werde ich aber nicht.

Das Gespräch protokollierte ***Stefanie Graefe***.

* Name von der Redaktion geändert.

Reflexive Prekarisierung

Eine Introspektion aus dem Alltag von Projektelinken

Von Efthimia Panagiotidis und Vassilis Tsianos

LinkeR AktivistIn zu sein, war und ist nur selten ein Brotberuf. Den fordistischen Normaljob, der die politische Arbeit auf den Feierabend verlegt, haben auch nur noch wenige. Viele Linke arbeiten deshalb in – z.B. – akademischen und/oder kulturpolitischen Projekten. Die Arbeit in Projekten und die Arbeit in subkulturell-politischen Kontexten unterscheidet sich meist eindeutig, was die Entlohnung angeht. In ihrer Struktur jedoch ähneln sie sich in verblüffender Weise – was eine besondere Form der Existenz produziert: ProjektelinkeR eben. Vassilis Tsianos und Efhtimia Panagiotidis berichten davon.

Schlafen, sprechen, reisen, essen, bewegen, lesen, streiten, ausgehen, schreiben, verhandeln, durchs Internet surfen, flirten, organisieren, E-Mails checken, oh ja und beantworten, durchhalten, lernen, Shaolin-kämpfen, durchdrehen, kühlen Kopf bewahren, putzen, Tatort gucken, Radio/Musik hören, moderieren, vermitteln, feiern – das sind die Verben, die uns einfallen, wenn wir an „Arbeit" denken.

Beim Aufschreiben fällt auf, dass es sich nur um Tätigkeitswörter handelt. Und dass die Reflexion über die eigene Prekarität immer wieder das allzu bekannte erschöpfte Gesicht im Spiegel verdoppelt. Vielleicht ist es einfacher, sich der eigenen Situation über Bilder, die andere von uns haben, zu nähern. Die Bezeichnung „Projektlinke" verweist auf ein solches Bild. Das Präfix „Projekt-" in dem oft polemischen Gebrauch des Begriffs „ProjektlinkeR" reflektiert sowohl einen Epochenwechsel in den Kampfzyklen (Altlinke, Neulinke, Neu-Altlinke, Ökos, Autonome...) als auch Distinktions- und Fraktionskämpfe (z.B. zwischen Pop-/Kultur- und Gewerkschaftslinken) innerhalb der Linken. Die Bezeichnung „Projektlinke" trifft insofern einen Punkt, als sie auf imaginierte bzw. reelle relative Mächtigkeiten in bestimmten – übrigens hart umkämpften – kulturpolitischen Kontexten im Mainstream hindeutet. Wir behaupten, dass mit der Frage nach der Bedeutung der Bezeichnung „Projektlinke" einige Fragen von allgemeinem Interesse impliziert sind – bezüglich der Verfasstheit unserer gegenwärtigen postfordistischen Liveshow und bezüglich dessen, was wir „reflexive Prekarisierung" nennen. Eine solche Annäherung an den Begriff geht jedoch von einer bestimmten Hoffnung, genauer gesagt, einem negativen Versprechen aus: dass es wieder möglich und denkbar ist, nicht nur über die jeweilige identitätspolitische Differenz, sondern über die eigene (Arbeits-)Tätigkeit die Potenziale und Konturen des Politischen als die Antizipation eines kommenden Gemeinsamen zu bestimmen.

Und so lautet also nun unsere Frage: Beheimatet unsere Projektarbeit, diese prekäre Nische zwischen Akademie und Aktivismus, ein linkes Begehren? Um dieser Frage nachzugehen, haben wir uns gegenseitig interviewt.

Reprostress, Fitness und Engagement

Die Situation: Gearbeitet wird in mindestens zwei Projekten (1), dazu Politarbeit, kleine Anfragen: hier eine Veranstaltung, dort ein Artikel. Nicht die Doktorarbeit vergessen. Eins nach dem anderen will nicht klappen. Knietief monatlich im Dispo, weiter konsumieren. Viele FreundInnen haben sich getrennt, verliebt oder leiden hauptberuflich. Allgemeine Devise: mindestens zwei bis drei Sachen gleichzeitig an einem Tag. Morgens neue Ideen in einen frischen Text schreiben. Mittags den Schrank aufräumen und nach zwei Stunden das fertige Resultat bewundern. Super, vor allem der Abstand von den kleinen schwarzen Buchstaben tut den Augen gut. Nun knurrt der Magen. Die beste Lösung (noch ist genug Geld da): draußen essen gehen und Repro-Stress sparen. Langsam wird es dunkel. Zeit, wieder den Schreibtisch zu besuchen und nun den gestrigen Text zu überarbeiten. Dazwischen unendliche Telefonate; andere überzeugen, sich überzeugen lassen, Ideen für bessere Zeiten oder für bessere Chefs aufheben. Das



kann sich natürlich nicht jeden Tag wiederholen. Pausen werden eingelegt: Lesen statt schreiben. Andere Tage wiederum sind mit Treffen gefüllt. Die Projektarbeit bedarf der Kommunikation mit den KollegInnen: Ideen austauschen, Aufgaben verteilen, Termine klären, schließlich was trinken gehen, ist schon spät geworden. Die fortschreitende Überwindung der Trennung von Produktion und Reproduktion passiert weder zu Hause noch am Arbeitsplatz, sondern in der Verkörperlichung der Arbeitstätigkeit selbst: Reflexive Prekarisierung halt!

Projektarbeit ist sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft auf jeden Fall multiple Arbeit, die kreatives Ausschalten erfordert, permanent an Frustration grenzt, nebenbei die Existenz sichern soll, Konsum bejaht, auf die Reproduktionskonten der FreundInnen und Netzwerke baut, diese sogar zeitweilig verbraucht, Fitness verlangt, Engagement erwartet und stilisiert, sich nach Freude sehnt, Distanz braucht, Hunger nicht ignorieren kann. Eine Mischung aus mal mehr, mal weniger Verbindlichkeit wird herausgefordert. Arschloch sein, wenn man mal temporär individuell handeln muss, Opfer sein, wenn man aufs Individuum zurückgeworfen wird.

Mobilität, Sozialität, Kommunikation

Das Nachdenken über die bezahlte Projektarbeit und unsere Positionierung darin als Linke brachte deutliche Parallelen zu unserer politischen Arbeit ans Licht. Beide Formen von Arbeit werden durch drei strukturierende Momente bestimmt: Mobilität, netzwerkförmige Sozialität und politisches Aushandeln als Regulativ.

Mobilität ist nicht nur der große politbiographische Algorithmus für unseren Alltag in Almanya, sie ist und war die konstitutive Voraussetzung für terminflexible, ortsunabhängige Netzwerkarbeit nach dem Motto: Was wir brauchen, nehmen wir uns – vor allem, wenn es dort, wo wir gerade leben, nicht vorfindbar ist. Mobilität ist, wenn auch mühsam, ein Prozess der Ermächtigung über feste Zuordnungen von Menschen zu Orten und ein Aushandeln der Begrenztheit von muffigen Territorialisierungen. Selbstverständlich werden eine Bahncard-50 und gute Nerven bei ihrer einmaligen Zahlung vorausgesetzt.

Netzwerkförmige Sozialität ist der Name für eine Form von Individualisierung in der Polit- und Projektarbeit, die nicht zufällig ist und nicht auf Intentionen zurückgeführt werden kann. Keiner individualisiert sich freiwillig. „Individualisierung" verweist vielmehr auf eine Veränderung der Art und Weise, in der die Mehrwertaneignung im Körper der immateriellen ProduzentInnen neu verankert wird. Das Gebot der permanenten Übersteigerung der Arbeitsfähigkeiten macht nicht an der Individualisierung der Kooperationsweisen halt, es ist darüber hinaus an einen singulären Körper adressiert. Du wirst zurückgeworfen auf einen Körper, der sich erschöpft und niederschlägt. Dort wirst du nicht mehr dividiert. Der Körper wird zur Einheit, die du mit keinem mehr teilst. In dieser Verkörperung drückt sich aber auch der Widerstand und das Scheitern der Geschäftsführung aus.

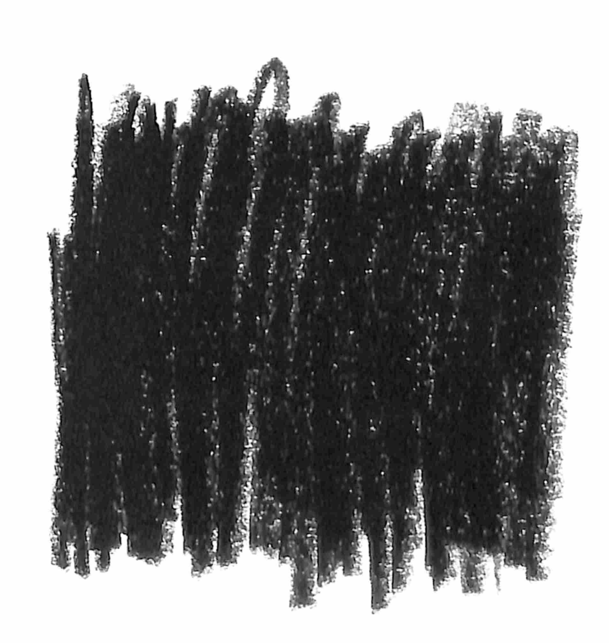
Affektive Arbeit wird im Übermaß geleistet, ihre kommunikationsintensiven, koordinierenden, betreuenden Anteile jedoch bleiben in einem kollektiven Produkt in der Regel unmarkierbar. Statt dessen schreibt sich die ungleiche Verteilung affektiver Anteile an der Projekt- bzw. Politarbeit in eine Praxis der Anerkennungskonkurrenz ein.

Der Streit über die Darstellbarkeit immaterieller Arbeit und die Kontrolle über die gemeinsame kollektive Arbeit ist ebenso in politische wie in intime Konfliktsbewältigungspraxen eingebettet, ist demnach ein biopolitischer Streit. Freundin, Genosse und ArbeitskollegIn sein – ein schwieriges Los, auch in diesem miesen Wissenschaftsgeschäft.

Stopp! Dieses Lamento bringt nur vereinzelte selbstgerechte Verletztbarkeiten auf beiden Seiten mit sich. Das Austüfteln von Strategien und Taktiken, die aus der Stagnation und Misere heraushelfen, fällt schwer. Die Zusammenarbeit besteht schließlich nicht bloß aus der Summe an Fähigkeiten, Ressourcen und unterschiedlichen affektiv-symbolischen Kapitalformen. Unter Bedingungen reflexiver Prekarisierung ist jedoch das Begehren, privatisierende Konflikte politisch auszuhandeln, ein Regulativ mit langem Atem. Aussteigen kann man jedoch immer.

Efthimia Panagiotidis *und* ***Vassilis Tsianos****, AktivistInnen bei Kanak Attak und in der Gesellschaft für Legalisierung, leben und arbeiten in Hamburg, Frankfurt und an vielen anderen Orten, re-/produzieren Wissen, politische Praxen und soziale Beziehungen in diversen akademischen, politischen und publizistischen Projekten, – und in einem prekären Alltag.*

Anmerkung:
1) Der lebensweltliche Hindergrund dieser Gedanken ist unser Projekt transit migration, gefördert von der Bundeskulturstiftung. Besonderer Dank für Anregungen gilt unseren Schwestern und Brüdern im Projekt Kanak Attak sowie den Ladies vom Atelier Europa.



wie isses?

fragt, wie man so sagt, nach der „lage der dinge". die aber sind heikel und unsicher geworden, nicht erst heute und nicht erst gestern. der begriff der prekarität macht deshalb nur sinn, wenn er je einem ort zu je einer zeit zugesprochen wird, hier und jetzt. dann erst bringt er geschichte ins spiel. um die aber geht es, fürs gestern, fürs heute und für morgen.

- ☐ *nowak* über paradoxien des abschieds, von einem staat zum anderen – und raus.
- ☐ *van der linden* über differenzierungen im begriff des proletariats, nach dem ende der normalarbeit, die es so nie gab.
- ☐ *feyerabend* über eine prekarisierung, die den tod billigend in kauf nimmt, wenn und weil es der tod der vermeintlich anderen ist.
- ☐ *kanzleiter* über kriegsökonomien nach dem ende nicht nur eines krieges, in serbien.
- ☐ *de la vega* über prekaritäten nach und vielleicht vor dem aufstand, in argentinien.
- ☐ *andrews* über prekaritäten nach dem ersten ende weißer herrschaft und vor einem zweiten aufstand, vielleicht, in südafrika.

Prekäre Arbeit, prekäres Leben

Der Abschied vom Wohlfahrtsstaat als paradoxer Ausgangspunkt einer linken Politik der Gegenwart

Von Iris Nowak

Weder die Ausbreitung von prekären Arbeitsverhältnissen noch die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um diese sind wirklich neu. Neu ist vielleicht, dass nun auch in Deutschland zunehmend danach gefragt wird, inwiefern der Widerstand gegen sie ein gemeinsamer Fokus von bislang wenig aufeinander bezogenen (Arbeits-)Kämpfen sein kann. Iris Nowak untersucht das diesbezügliche Potenzial des Begriffs „Prekarität".

MigrantInnen, die – trotz akademischer Ausbildung in ihren Heimatländern – hier illegal in Privathaushalten putzen; Jugendliche ohne Schulabschluss, die durch das Jobben im Supermarkt ihre erste eigene Wohnung finanzieren (wollen); SozialwissenschaftlerInnen, die sich zwischen befristeten qualifizierten Anstellungen, anspruchslosen Jobs und staatlicher Unterstützung hindurchhangeln – die Liste der Existenzweisen, die sich als „prekär" bezeichnen lassen, ließe sich fast beliebig fortsetzen. Die Vielfältigkeit der Phänomene lässt die Frage entstehen, ob die Zusammenfassung so unterschiedlicher Lebensweisen und Unterdrückungsformen unter einen einzigen Begriff – Prekarisierung – überhaupt kritische Erkenntnisse mit sich bringen und handlungsfähig machen kann.

Vor-prekäre „Normalarbeitsverhältnisse"

Nähern wir uns der Frage zunächst historisch: Die zunehmende Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die politischen Debatten über dieses Phänomen beginnen Anfang der 1980er Jahre. Begrifflich bestimmt werden „Prekäre" zunächst darüber, was sie nicht sind: Prekär beschäftigt sind solche Personen, die nicht unter Bedingungen arbeiten, die man als „Normalarbeitsverhältnis" bezeichnet: eine unbefristete Erwerbstätigkeit, deren reguläre Arbeitszeit zuletzt etwa bei 40 Wochenstunden lag. Die sozialen Errungenschaften des bundesdeutschen Sozialstaats, wie er sich nach dem 2. Weltkrieg entwickelte, waren durchweg an dieser Form der Lohnarbeit ausgerichtet: Eine ausreichende soziale Absicherung im Falle von Krankheit und Alter waren ebenso wie das Recht, bei Arbeitslosigkeit durch staatliche Unterstützung den eigenen Lebensstandard weitgehend halten zu können, jenen Menschen vorbehalten, deren Arbeitsrealität dieser Norm entsprach. Auch die vorherrschenden Strategien im Zuge innerbetrieblicher und gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen orientierten sich an der Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Einkommen und Mitbestimmungsmöglichkeiten dieses Teils der Lohnarbeitenden. Über Jahrzehnte hinweg gelang dies erfolgreich. Der materielle Lebensstandard stieg und die Masse der Arbeitenden kam in den Genuss höherer sozialer Absicherung. Aus Sicht der Unternehmen war diese Entwicklung günstig, weil sie einer Regulierung gesellschaftlicher Kämpfe diente, in der die Produktionsverhältnisse nicht grundlegend in Frage gestellt wurden. Zudem wurde hierüber der profitträchtige Massenkonsum ermöglicht und gesichert.

Neue Verhältnisse, neue Begriffe

Der Begriff der prekären Beschäftigung taucht nun in jenem Moment als sozialwissenschaftliche und politische Kategorie auf, wo Arbeitsverhältnisse zunehmen, die dieser Form von Normalität nicht entsprechen und die insofern auch nicht mit denselben Rechten und Sicherheiten wie das Normalarbeitsverhältnis ausgestattet sind. Innerhalb von Unternehmen kommt es zu einer Zunahme der „Randbelegschaft" gegenüber der „Kernbelegschaft", „Teilzeit"-Arbeitsplätze ersetzen „Vollzeit"-Arbeitsplätze – in den Begriffen, in denen die neuen Phänomene gefasst werden, bleibt das Normalarbeitsverhältnis noch lange Zeit als Norm erhalten.

Das Festhalten an den gewachsenen sozialstaatlichen Strukturen innerhalb sich rasch verändernder gesellschaftlicher Verhältnisse führt dazu, dass eine immer größere Menge an Lohnarbeitenden aus den kollektiven Formen sozialer Sicherung herausfällt. An den Kosten ihrer Reproduktion und der Absicherung der Einzelnen gegenüber Risiken, die aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess entstehen, muss sich die Kapitalseite immer weniger beteiligen. Dass diese ihr Interesse an der gesicherten Reproduktion ihrer Arbeiterschaft verliert, hängt u.a. mit der Durchsetzung hochtechnologischer Produktionsweisen und der Auslagerung von Teilen der Produktion in andere Länder zusammen. Beides führt dazu, dass der Be-

darf an menschlicher Arbeitskraft bei steigender Produktivität rapide sinkt.

Gesellschaftliche Kräfte, die versuchen, den Reichtum, der aus diesen technologischen Veränderungen entsteht, so zu verteilen und zu gestalten, dass eine möglichst große Masse an Menschen ein schönes Leben mit weniger Arbeit führen kann, sind marginal. Statt dessen gehört ab den 1970er Jahren das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu den zentralen gesellschaftlichen Problemen. Mit den alten Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik ist ihm nicht beizukommen. Neue Formen politischer Regulierung setzen sich durch, die sich weniger auf den Nationalstaat und seine in sich geschlossene Volkswirtschaft beziehen, sondern einzelne Regionen am Wettbewerb auf freien Märkten ausrichten.

Neue Normalität Prekarität

Die gegenwärtigen Diskussionen über Prekarität machen deutlich, dass wir heute vor Verhältnissen stehen, in denen es kaum mehr Sinn macht, „prekäre" Arbeitsverhältnisse in Hinblick auf ihre Abgrenzung zu „normalen" Arbeitsverhältnissen zu bestimmen. In allen Bereichen wird die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft an die schwankenden Absatzmärkte und Produktionsbedingungen auf dem Weltmarkt gekoppelt. Kollektive Regelungen, mit denen diese Auswirkungen auf die individuelle Existenz abgefedert werden, werden auch von Großunternehmen mit ihren bisher relativ privilegierten Arbeitenden immer weiter abgebaut. Die Unsicherheit von Arbeitsplätzen, Arbeitszeiten und Einkünften ist ein allgemeines Phänomen geworden. Prekarität wird zur neuen Norm bzw. zu einem „Kampfverhältnis", innerhalb dessen historisch neu definiert wird, was als Norm für Arbeitsverhältnisse zu gelten hat. (Gruppe Blauer Montag, 1998)

Der Kampf gegen Prekarität kann dementsprechend als ein Kampf gegen Verhältnisse aufgefasst werden, in denen Lohnarbeit zu Bedingungen geleistet wird, die die Reproduktion der Arbeitenden nicht dauerhaft sichern oder sogar grundlegend in Frage stellt: Für viele Menschen reichen trotz beinahe grenzenloser Arbeitszeiten die Einkünfte nicht mehr, um gute Lebensbedingungen für sich und die von ihnen Abhängigen herzustellen. Ein anderer (kleinerer) Teil lebt zwar in einem „prekären Wohlstand" (Vogel, 2004), weiß aber nicht, wie lange dieser anhalten wird. Dank durchflexibilisierter Produktionsformen und neuer Sozialgesetze ist dabei dem möglichen sozialen Abstieg nach unten kaum eine Grenze gesetzt. Zugleich werden öffentliche Dienste zurückgefahren, ihre privaten Alternativen sind potenziell just in den Momenten unerschwinglich, wo man aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit auf sie angewiesen wäre.

Der Sozialstaat alter Prägung stellte einen gesellschaftlichen Kompromiss dar, innerhalb dessen die Unternehmen einen Teil ihrer Profite der allgemeinen Absicherung und der Steigerung der Lebensverhältnisse der Lohnarbeitenden zukommen ließen. Das Normalarbeitsverhältnis war die Form, in der die Sicherheit, die diesem Kompromiss entsprang, den Einzelnen gegenübertrat. Zwar verliert diese Form der Beschäftigung an gesellschaftlicher Bedeutung. Der Widerstand gegen Prekarisierung bringt jedoch zum Ausdruck, dass auch in neuen gesellschaftlichen Verhältnissen Arbeits- und Lebensbedingungen so gestaltet sein sollen, dass sie die Gesundheit der Einzelnen nicht zerstören und eine angenehme, sichere Existenz auch in Phasen ermöglichen, in denen die Einzelnen nicht an bezahlter Arbeit teilhaben.

Sozialstaat als (patriarchales) Zivilisationsmodell

Erzählt man die Geschichte und Bedeutung prekärer Beschäftigung in dieser Weise, erfasst man allerdings nur die halbe Wahrheit. Die Herrschaftsverhältnisse, die mit den alten Wohlfahrtsstaatsstrukturen verbunden waren, geraten so tendenziell aus dem Blick. Denn mit den stabilen Reproduktionsbedingungen des wohlfahrtsstaatlichen Fordismus gingen spezifische Beschränkungen von Lebensweisen und individueller Handlungsfähigkeiten einher. Darauf verweisen nicht nur Erfahrungen jener, die innerhalb der alten Formen sozialer Sicherung und gesellschaftlicher Verhältnisse eine marginalisierte Position einnahmen.

So stellt sich etwa aus Sicht von Frauen die Geschichte prekärer Beschäftigung



grundlegend anders dar: Zur Normalität der bezahlten Tätigkeiten, denen Frauen mehrheitlich nachgingen, gehörte es zu keiner Zeit, dass sie existenzsichernd und ausreichend sozial abgesichert waren. Nicht-prekäre Existenzweisen waren Frauen von daher vorrangig über die Institution der „Normalfamilie" möglich. Dabei handelt es sich keinesfalls um ein spezifisches Problem von Frauen. Vielmehr verweist deren durchweg prekäres Verhältnis zur Lohnarbeit darauf, in welchen konkreten Formen die Absicherung der Reproduktionserfordernisse im alten Sozialstaat organisiert war: Weibliche Existenz wurde im alten Sozialstaat ökonomisch wie kulturell-ideologisch als Hausfrauendasein entworfen. Gesellschaftlich bestand (bis Anfang der 1970er Jahre vielfach auch bei den Frauen selbst) ein Konsens darüber, dass ihr Einkommen lediglich ein Zuverdienst zum Einkommen des Familienernährers darstellt.

Diese Vorstellung legitimierte ihre geringe Bezahlung und die nicht vorhandene

eigenständige soziale Absicherung. Auf diese Weise wurde die gesellschaftlich notwendige Arbeit der individuellen Reproduktion zuverlässig an Frauen delegiert. Umgekehrt waren die kollektiv ausgehandelten Arbeitszeiten des Normalarbeitsverhältnisses Arbeitszeiten von Menschen, die auf die von anderen geleistete Hausarbeit angewiesen waren. Diese „Anderen" waren dabei persönlich von den „Normalarbeitern" abhängig, denn nur diese brachten einen Lohn mit nach Hause, von dem eine gesamte Familie gut ernährt werden konnte.

Die Festigkeit dieses Arrangements zwischen häuslicher und außerhäuslicher Sphäre stand in Wechselwirkung mit einer spießbürgerlichen Sexualmoral und autoritären sozialen Beziehungen, sowohl im Lohnarbeitsalltag als auch zu Hause. Es ging um die Einpassung der Einzelnen in Verhältnisse, in denen massenhaft Arbeitende gebraucht wurden, die fähig und motiviert waren, sich den Anweisungen anderer detailliert zu unterwerfen und monotonen Tätigkeiten nachzugehen. Diese Einpassung wurde nicht nur über Zwang erreicht. Vielmehr lernten die Einzelnen, Körper und Psyche so zu gestalten, dass sie diesen Lebensformen weitgehend entsprachen. Nützlich dafür war das Ideal eines „Familienlebens", das zur Fremdbestimmung des Fabrikalltags einen Ausgleich schafft.

Kulturell-ideologische Momente von (weiblich konnotierter) Privatheit und (männlich konnotierter) Öffentlichkeit lassen sich – damals wie heute – in den ökonomischen Theorien des Keynesianismus genauso finden wie in den vorherrschenden gewerkschaftlichen Strategien. Zugleich bot die alltägliche Kultur der fordistischen Gesellschaftsformation den Einzelnen in Form von Filmen, Zeitschriften und Büchern entsprechende Identifikationsmöglichkeiten. Die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse des alten Sozialstaats stellten insofern nicht nur eine spezifische Form geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung dar. Sinn macht es vielmehr, von einem „Zivilisationsmodell" (Frigga Haug) zu sprechen. Dies bringt stärker zum Ausdruck, in welchem Ausmaß darum gerungen wurde, dass sich die Einzelnen mit ihren Denk-, Fühl- und Handlungsweisen den vorherrschenden Produktions- und Reproduktionsverhältnissen anpassten.

Von der Flucht aus der Normalbiographie zur Ich-AG

Wenngleich richtig ist, dass es im alten Wohlfahrtsstaat gesellschaftlich fest umgrenzte Räume „des Privaten" gab, in denen sich alltägliche Praxis und individuelle Entwicklung nicht Effizienz- und Produktivitätskriterien unterwerfen mussten, so ist dies jedoch nicht einfach gleichzusetzen mit einer größeren Freiheit gegenüber kapitalistischer Ausbeutung. Denn diese Räume waren durch Formen von Zwang gekennzeichnet und von Widersprüchen durchzogen. Gleichzeitig boten und bieten sie sich dazu an, Wünschen nach einem Leben fern von Unterdrückung und Fremdbestimmung einen spezifischen Ausdruck zu geben. Dies war und ist nützlich für die Organisation der Zustimmung der Einzelnen zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Andererseits ließen sich ausgehend vom so genannten „Privaten" spezifische Formen von individuellem und kollektivem Widerstand artikulieren.

Die Ausweitung prekarisierter Arbeitsverhältnisse seit Beginn der 1980er Jahren muss als eine Dimension gesellschaftlicher Umbrüche verstanden werden, die die Festigkeit dieses Arrangements zwischen häuslicher und außerhäuslicher Sphäre zerstörte: Die Zunahme von Arbeitsplätzen, die nicht dem Normalarbeitsverhältnis entsprechen, ist in den 1980er und 1990er Jahren vor allem eine Zunahme an Arbeitsverhältnissen von Frauen. Für sie bedeutet(e) die Aufnahme dieser Tätigkeiten häufig nicht den Verlust von sozialer Sicherheit, sondern überhaupt den Schritt in die Erwerbstätigkeit und damit hin zu einem eigenen Einkommen – und damit einen Zuwachs an Handlungsmöglichkeiten und Autonomie auch dort, wo das verdiente Geld zum Leben nicht ausreicht. Lohnarbeit – auch prekäre – kann für Frauen auch eine neue Einbindung in gesellschaftliche Prozesse und eine individuelle Befreiung von spezifischen Unterdrückungsverhältnissen ermöglichen. Das Absinken tarifvertraglich gesicherter Löhne und ihre geringere gesellschaftliche Relevanz bedeuten zudem ein Verschwinden der Männerlöhne, von denen eine Familie gut ernährbar ist. Zu fragen wäre daher, ob und wie diese Entwicklung auch dem Untergraben der innerfamiliären patriarchalen Autorität dient(e), die mit den ökonomischen Abhängigkeiten verbunden ist und war.

Beispielhaft wird hier deutlich, dass die massenhafte Aufnahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse nicht einfach als Ausdruck der zunehmenden Stärke des Kapitals zu analysieren ist. Vielmehr ist sie auch Ausdruck für ein Bedürfnis nach Lebensweisen, in denen die Bereiche der Reproduktion und der Lohnarbeit anders zueinander angeordnet werden können, als innerhalb des Normalarbeitsverhältnisses vorgesehen. In diesem Sinne steht die Flucht von Frauen aus dem Hausfrau-

endasein exemplarisch für das politische Anliegen der sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, in denen – individuell oder in kleinen Kollektiven – Möglichkeiten gesucht und ausprobiert wurden, unter den gegebenen Bedingungen neue Vergesellschaftungsformen zu entwickeln.

(Anti-)repressives Doppelspiel Aktivierung

Für die grundlegende Kritik gegenwärtiger Herrschaftsverhältnisse ist es nach wie vor zentral zu verstehen, in welcher Weise neoliberale Kräfte und soziale Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre – trotz durchaus gegensätzlicher politischer Zielsetzungen – in ähnliche Richtungen auf die starren Formen der alten Gesellschaft einwirk(t)en. Weder der Siegeszug des Neoliberalismus noch die Durchsetzbarkeit des „aktivierenden Staates" als Leitbild neuer sozialdemokratischer Regierungen sind zu verstehen, wenn sie nicht in diesem Widerspruch verortet werden. Konkretisieren lässt sich eine solche These am Beispiel der (neuen) Anforderungen, denen sich die Einzelnen gegenwärtig zur Sicherung ihres Lebensunterhalts gegenübergestellt sehen: In kritischen Analysen wird der aktivierende Staat meist vor allem im Hinblick auf seine repressiven Wirkungen und den „Abbau von Sozialstaatlichkeit" diskutiert. Der Zwang, jede Arbeit annehmen zu müssen, kann mit den Hartz-IV-Maßnahmen erheblich erhöht werden. Zugleich wird der materielle Lebensstandard und die Möglichkeit, diesen langfristig abzusichern, für die Masse der Menschen weiter gesenkt.

Belässt man es bei dieser Analyse, verkennt man jedoch, dass sich mit der Politik der Aktivierung auch die Herausbildung einer neuen *Kultur* verbindet, die die Einzelnen permanent dazu anhält, sich mit den eigenen Haltungen und Wünschen auseinanderzusetzen, um eine individuelle Antwort auf die eigene problematische Lebenssituation zu finden. Zweifellos ist das oberste Ziel dabei die erfolgreiche Selbstökonomisierung. JedeR soll sich unternehmerisches Denken zu Eigen machen, sich flexibel und eigenständig mit den Anforderungen sich ständig verändernder Märkte auseinandersetzen und sich ohne Klagen vollständig neu orientieren. Die Kultur der Selbstaktivierung dreht sich permanent um die Frage, wie man sich möglichst erfolgreich an potenzielle Arbeit- oder Auftraggeber verkaufen kann. Lebensbereiche, in denen sich individuelle Praxen nicht den Kriterien von Effizienz und Konkurrenzdruck unterwerfen müssen, schwinden. Insofern lässt sich von einer verschärften direkten Unterwerfung der eigenen Alltagspraxen unter kapitalistische Logik sprechen.

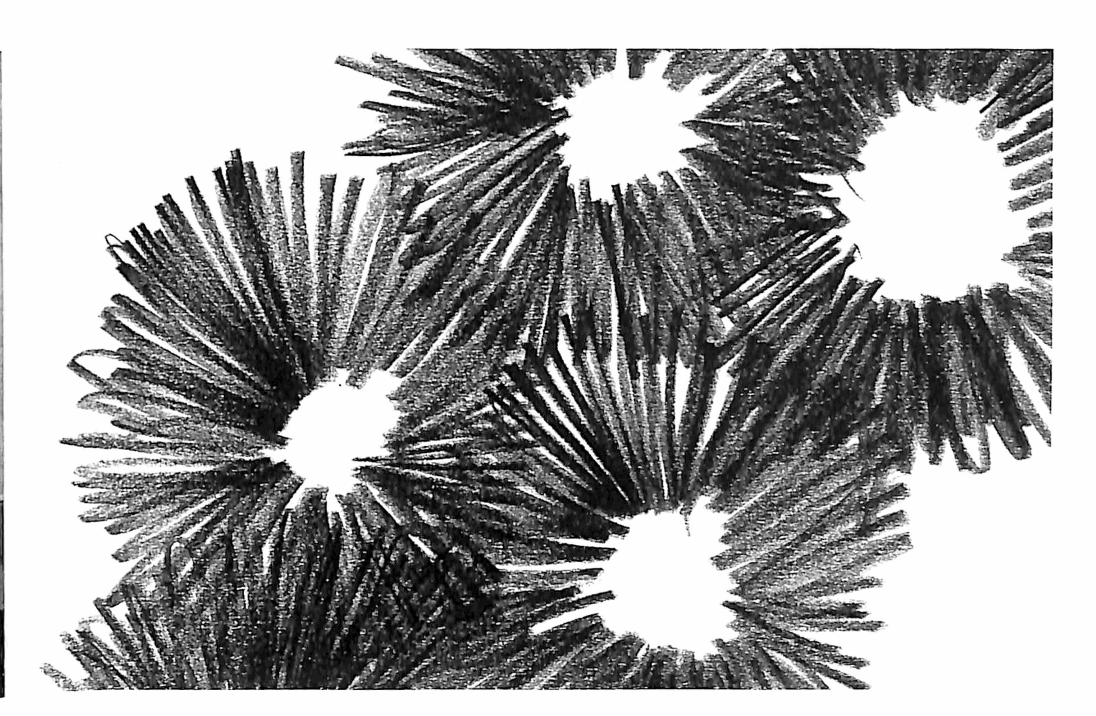
Mit dieser Betonung der notwendig individuellen Gestaltung und Absicherung der eigenen Lebensqualität geht jedoch auch die Auflösung fester Normen und Strukturen einher, innerhalb derer die Einzelnen ihr Leben gestalten und ihre Existenz materiell sichern können und sollen. Ob man dies in der schwulen Familie organisiert, in der einer der Partner ganz zu Hause bleibt, ob sich das kinderlose, heterosexuelle Paar die Putzfrau leistet oder ob man als Single und Workaholic außerhalb der Arbeit sozial vereinsamt – solange man die eigene Leistungsbereitschaft am



Bedarf des Auftrag- oder Arbeitgebers ausrichtet und somit Marktgängigkeit erreicht, ist alles recht. Diese Zerstörung des Arrangements zwischen Häuslichem und Außerhäuslichem ist zugleich Grundlage wie Folge neuer, erkämpfter Freiheiten bei der Entwicklung individueller Identitäten und Lebensentwürfe.

Formal richtet sich die Aufforderung, zum erfolgreichen Unternehmer seiner oder ihrer selbst zu werden, an alle Menschen gleichermaßen. Egal, ob hochqualifiziert oder ohne Schulabschluss. Egal, welchen Geschlechts, welcher Abstammung oder Hautfarbe. Und dabei handelt es sich nicht um bloße „Ideologie" im Sinne eines falschen Bewusstseins, das die Einzelnen über ihre missliche Lage hinwegtäuscht. Zwar steht die Vorstellung,

jedeR könne bei entsprechender Leistungsbereitschaft seines oder ihres eigenen Glückes Schmied werden, im Widerspruch zur realen Verteilung gesellschaftlich notwendiger und bezahlter Arbeit. Ökonomische Prozesse sind derzeit so reguliert, dass für eine große Masse von Menschen keine andere gesellschaftliche Positionierung möglich sein wird als die der flexiblen Verschiebemasse der arbeitenden Armen. Frauen sind aufgefordert, ihre Arbeitskraft erfolgreich zu Markte zu tragen. Zugleich bleiben sie für die – bei schrumpfender sozialstaatlicher Absicherung zunehmende – unbezahlte Reproduktionsarbeit zuständig. Auf letztere bleibt auch die aktuelle Form des Kapitalismus angewiesen. Es sind gerade diese Tätigkeiten, die sich häufig nicht effizient und profitabel gestalten lassen.



Doch eine linke Kritik der Ideologie des Selbstunternehmers muss auch berücksichtigen: Die Sicherung des eigenen Überlebens und die Herstellung individueller Lebensqualität gelingt in den gegenwärtigen Verhältnissen nur, wenn man die selbstökonomisierenden „Tugenden" in irgendeiner Weise für sich lebbar macht. Widerständige Praxen müssen deshalb so angelegt sein, dass sie erlauben, zu diesem eigenen Tun eine kritische Distanz zu entwickeln, und zugleich ermöglichen, die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit als gesellschaftliche Grenzen sichtbar zu machen.

Prekarisierung von Lebensbedingungen als politischer Ausgangspunkt

Der Begriff der Prekarisierung liefert dafür einen wesentlichen Beitrag, wenn er den Blick auf die Brüchigkeit von Reproduktionsbedingungen lenkt. Voraussetzung für eine linke Politik in diesem Feld wäre allerdings, dass die Frage nach der Veränderung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen nicht auf die formale Gestaltung von Lohnarbeit – etwa auf die Höhe von Löhnen und staatlichen Leistungen – und die Kämpfe um diese begrenzt wird. Es geht vielmehr darum, die Prekarität von *Lebensbedingungen* zu politisieren. Die gerechte Verteilung und genussvolle Gestaltung gesellschaftlich notwendiger Reproduktionsarbeit müsste deshalb in linken Diskussionen um Prekarisierung und der Suche nach alternativen Regulierungsweisen einer der zentralen Ausgangspunkte sein. Formen von Kollektivität, die zur Entfaltung als SelbstunternehmerIn im Widerspruch stehen, könnten so vollständig zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung werden, anstatt einen Teil von ihnen in privatförmiger Organisation zu belassen.

So könnte auch deutlich werden, dass es sich bei der Durchsetzung von ausschließlich marktorientierten Regulierungsweisen sowie beim Abbau kollektiver Formen von Sicherheit nicht um rein ökonomische Prozesse handelt. Kämpfe um Prekarisierung finden vielmehr immer auch auf kulturell-ideologischer Ebene statt. Emanzipatorische Eingriffe in die Prekarisierungsdebatte müssen es sich zur Aufgabe machen, auch auf dieser Ebene widerständige Praxen zu entwickeln und neue Vergesellschaftungsformen denkbar zu machen.

Iris Nowak *macht Politik und arbeitet (prekär) als Sozialwissenschaftlerin in Hamburg*

Literatur:

Gruppe Blauer Montag, 1998: Gegen die Hierarchisierung des Elends. Überlegungen zu Prekarisierung, Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung I und II. In: *ak* 418/419, September/Oktober 1998

Haug, Frigga, 2001: Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse. In: *Das Argument* 243, 43. Jg., Heft 6

Vogel, Berthold, 2004: Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. In: *taz* vom 06.09.2004

Normalarbeit – das Ende einer Fiktion

Wie „der Proletar“ verschwand und wieder zurück kehrte

Von Marcel van der Linden

Auch in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern nehmen prekäre Arbeitsverhältnisse immer mehr zu. Die Vorstellung von einem Normalarbeitsverhältnis verliert rasant an Bedeutung. Dabei handelte es sich um eine Fiktion, die nur aufkommen konnte, weil die immer schon bestehenden prekären Arbeitsverhältnisse in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung (!) ausgeblendet wurden. Wie dies geschehen konnte und welche Konsequenzen aus dem Ende dieser Fiktion zu ziehen sind, zeigt Marcel van der Linden in seinem Beitrag.



Der Gedanke, dass es im Kapitalismus so etwas wie ein Normalarbeitsverhältnis gibt, lebte bis vor kurzem nicht nur bei den VerteidigerInnen der „sozialen Marktwirtschaft“, sondern auch bei radikalen GesellschaftskritikerInnen. In breiten Kreisen ging man davon aus, dass in den kapitalistischen Metropolen stabile, gesetzlich geschützte Vollzeitjobs „normal“ seien – das logische Resultat einer langen Evolution die alle anderen abhängigen Arbeitsverhältnisse allmählich verschwinden lassen würde.

Diese Auffassung ist jedoch spätestens seit den siebziger Jahren durch die Transformation des fordistisch-keynesianischen Systems untergraben worden. In den hochentwickelten Ländern wurde ein Trend zur Spaltung der ArbeiterInnenschaft in zwei Sektoren sichtbar: ein relativ kleiner Sektor von festangestellten Beschäftigten, deren Arbeitsprozesse über *Just-in-time*-Produktion, *job rotation*, Qualitätszirkel usw. „flexibilisiert“ werden, und einen wachsenden prekären Sektor von Scheinselbständigen, TeilzeitarbeiterInnen, Aushilfskräften usw.

Das Patchwork unterschiedlicher Arbeitsformen

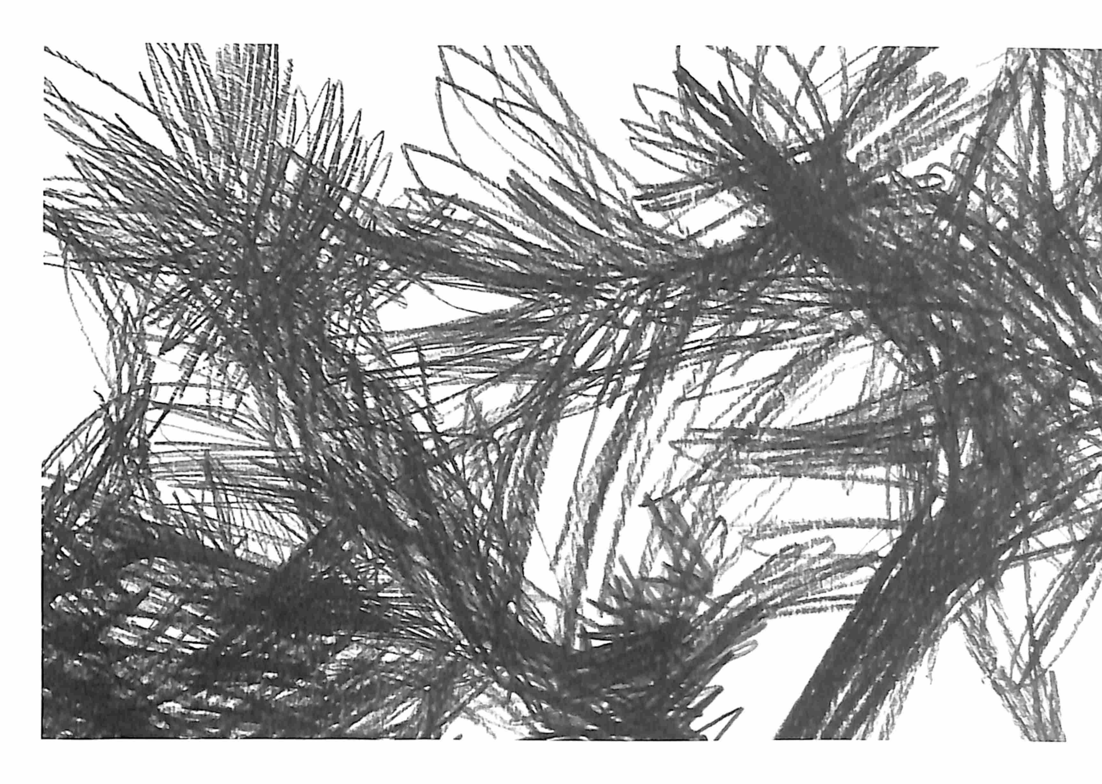
In der so genannten Dritten Welt und sogar in den ost- und südostasiatischen „Tigern“ ist das Normalarbeitsverhältnis seit jeher eher eine marginale Ausnahme als die Regel. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Unterbeschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit herrschen dort vor. Deshalb war hier bereits in den sechziger Jahren die Einsicht gewachsen, dass reguläre Lohnarbeit trotz aller „Entwicklung“ nirgends vorherrschend geworden war. Im Gegenteil: Die Haushalte der Armen in den rasant wachsenden Städten und auf dem Lande sahen sich zunehmend zur Verknüpfung einer Vielzahl von Überlebensstrategien genötigt. Diese zeichnete aus, dass sie in keiner Weise auf den Nenner des Normalarbeitsverhältnisses gebracht werden konnten. Wichtigster Ausdruck dieser neuen Einsicht war die zunehmende Beliebtheit des unklaren Begriffs „informeller Sektor“, der Anfang der siebziger Jahre sein Debüt feierte.

Die aufkommende Frauengeschichtsschreibung kritisierte ferner die impliziten und unhaltbaren Annahmen der überlieferten historischen und sozialwissen-

schaftlichen Theorien. Diese gingen davon aus, dass LohnarbeiterInnen nur als Individuen untersucht und verstanden werden können – während sie in Wirklichkeit fast immer Teil eines Familienhaushalts sind. Die Arbeit von LohnarbeiterInnen ist deshalb immer nur ein Teil der Gesamtarbeit, die in einem Haushalt geleistet wird.

In letzter Zeit werden die gegenseitigen Verbindungen zwischen den verschiedenen Kritiken am alten Paradigma des Normalarbeitsverhältnisses deutlicher. Es entstehen die (zum Teil noch etwas vagen) Konturen einer neuen Interpretation. Wenig umstritten ist inzwischen, dass es auch in den Metropolen einen informellen Sektor gibt, der überdies in manchen Ländern zunimmt. Auch der Gedanke, dass Haushalte mehrere Überlebensstrategien kombinieren, findet breite Akzeptanz.

Eine Betrachtung der weltweiten Arbeitsproblematik während der letzten zwei oder drei Jahrhunderte lehrt, dass das Normalarbeitsverhältnis historisch und räumlich eher „anormal" ist. In der so genannten Dritten Welt gibt es – wie gesagt – kaum sozial gesicherte, vollbeschäftigte und festangestellte Arbeitskräfte. Die wenigen ArbeiterInnen mit relativ geschützten Stellungen werden deshalb oft als Teil der Arbeiteraristokratie betrachtet – eine Ansicht, die deshalb nicht ganz zutreffend ist, weil die relativ privilegierten ArbeiterInnen oft enge Beziehungen zu ihren Herkunftsdörfern unterhalten und sie dahin einen großen Teil ihrer Einkünfte übertragen. In der „Peripherie" hat sich die Logik der Proletarisierung nie völlig durchgesetzt.



Wenig umstritten sind heutzutage zwei Behauptungen: 1. Weitaus die Mehrzahl der MigrantInnen, die vom Land in die Stadt ziehen, erreichen niemals ein Normalarbeitsverhältnis. Wenn sie schon die Möglichkeit bekommen für Lohn zu arbeiten, dann nur kurzfristig und irregulär. 2. Der rasante städtische Bevölkerungsanstieg führt zu einer Vielzahl von wirtschaftlichen Aktivitäten, die sich nicht ohne weiteres in ein klassifikatorisches Schema pressen lassen.

Auch wird immer deutlicher, dass die ArbeiterInnenhaushalte in den Metropolen ebenfalls nur selten vollständig von Lohnarbeit abhängig waren oder sind (natürlich kombiniert mit häuslicher Arbeit, insbesondere aber nicht ausschließlich der Frauen). Das Lohneinkommen wurde und wird meistens ergänzt durch Nebenverdienste von verschiedenen Familienmitgliedern. Diese beziehen sich u.a. auf folgende Einkommensformen:

- Produktion von Konsumgütern für den eigenen Gebrauch (Subsistenzarbeit). Dazu gehören unter anderem das Anfertigen von Kleidung, das Halten von Schweinen, Hühnern und dergleichen, und auch das Sammeln von Abfällen.
- Kleine Warenproduktion und kleiner Warenhandel, wie Schneiderei, Viehhaltung oder Lumpensammeln für den Verkauf, Hausierhandel usw.
- Vermietung von Land, Arbeitsmittel, Wohnräume inklusive das Vermieten von einem Bett oder Zimmer an Schlafgänger oder Untermieter.
- Bezug von Geldern, Gütern oder Dienstleistungen ohne sofortige Gegenleistung. Hierzu gehören u.a. die Unterstützung durch FreundInnen und Bekannte in Zeiten der Not, Wohltätigkeit und Sozialhilfe.
- Aneignung von fremden Eigentum: Mauserei am Arbeitsplatz, Diebstahl und Unterschlagung.

Die neuere historische Forschung legt überdies nahe, dass die Anzahl der ArbeiterInnenfamilien in Europa und Nordamerika, die ausschließlich von *einem* Lohneinkommen leben konnten, immer ziemlich gering gewesen ist. Die Bedeutung der männlichen Versorgerehe muss historisch stark relativiert werden. Nicht nur waren oft mehrere Familienmitglieder gleichzeitig lohnabhängig, auch kam es (genauso wie jetzt in der sogenannten Dritten Welt) vor, dass *eine* Person mehrere Beschäftigungen zur gleichen Zeit hatte.

Vor diesem Hintergrund muss die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses in Europa und Nordamerika neu interpretiert werden als eine Rückkehr zu dem im Weltkapitalismus „normalen" Zustand von irregulären Beschäftigungsverhältnissen. Zwei Fragen drängen sich nun auf: Woher kommt die Fiktion des Normalarbeitsverhältnisses? Und: Was sind die theoretischen Folgen des Untergangs dieser Fiktion?

Der Proletar wird zum „echten Arbeiter"

Zur Beantwortung der ersten Frage müssen wir weit in die Zeit zurückgehen. Das Normalarbeitsverhältnis ist mit dem Entstehen der „respektablen" ArbeiterInnen-

klasse und -bewegung engstens verbunden. Im frühen 19. Jahrhundert meinten die Begriffe Arbeiterklasse und Proletariat nicht das Gleiche. Das „Proletariat" war ein ganz allgemeiner Begriff: Er umfasste all die Menschen, die „jenseits der Würde" waren, das heißt Ehrenlose. Die ArbeiterInnen waren ein Teil dieser ehrenlosen Masse. Ein französischer Schriftsteller, der auch ins Deutsche übersetzt worden ist, Adolphe Granier de Cassagnac, schrieb zum Beispiel 1838: „Das Proletariat besteht aus Arbeitern, Bettlern, Dieben und Prostituierten." Ich zitiere ihn:

„Der Arbeiter ist ein Proletar, der um zu leben arbeitet und einen Lohn verdient. Der Bettler ein Proletar, der nicht arbeiten will oder kann, und der um zu leben bettelt. Der Dieb ein Proletar, der weder arbeiten noch betteln will und um zu überleben stiehlt. Das öffentliche Mädchen ist ein Proletar, der weder arbeitet, noch bettelt, noch stehlen will und um zu leben sich preisgibt."

Als nun die kapitalistischen Verhältnisse sich weiter entwickelten und herauskristallisierten, entstand unter den ArbeiterInnen (insbesondere den höher Qualifizierten) das Bedürfnis, sich von dem Rest des Proletariats zu unterscheiden. Im Bund der Kommunisten, dem auch Marx und Engels angehörten, wurden wahrscheinlich zum ersten Mal ArbeiterInnenklasse und Proletariat in eins gesetzt. Also: Arbeiter sind nicht nur ein Teil des Proletariats, sie *sind* das Proletariat.

Das wirft dann aber die Frage auf: Was sind die Anderen? Und da gibt zum Beispiel das *Kommunistische Manifest* von Karl Marx (1848) ein klare Antwort: „Das Proletariat ist die einzige wirklich revolutionäre Klasse, die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt." Die das Proletariat umringenden Schichten taugen nichts. „Die Mittelstände (...), der Handwerker, der Bauer" sind „konservativ"; und „das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert", aber „seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen."

Die Ausgrenzung der Anderen und die Folgen

Hier findet also eine Ausgrenzung statt. Das Proletariat, oder besser die ArbeiterInnenklasse-als-Proletariat sagt jetzt: Ihr Gauner, Freudenmädchen, kleine Selbstständige, ihr gehört nicht zu uns. Und was im Kommunistischen Manifest nicht so gesagt wird, aber auch oft hinzugefügt wurde: Ihr Sklaven und andere Unfreie, ihr gehört auch nicht zu uns. Wir sind der Fortschritt. Wir sind die Zukunft, und ihr seid alles Abfall der alten Gesellschaft.

Diese Ideologie der Ausgrenzung konnte sich logisch verbinden mit der Idee des technischen Fortschritts, den die ArbeiterInnen, die seriösen, die „richtigen ArbeiterInnen" natürlich befürworteten. Damit unterscheiden sich diese wirklichen ProletarierInnen von all den anderen sozialen Elementen, die das nicht verstehen. So entsteht eine Wahlverwandtschaft zwischen der ArbeiterInnenbewegung, die sich als Ausdruck der neuen ArbeiterInnenklasse versteht, und der Wissenschaft. Es herrscht ein ganz starker Szientismus, der Gedanke, dass die Wissenschaft das Höchste ist, und dass die Wissenschaft alle unsere Probleme lösen kann. Durch die Verknüpfung von Wissenschaft und „echter Arbeiterklasse" entsteht auch eine geschichtsphilosophische Haltung. Diese zeigt sich darin, dass der konkret leidende Mensch an Bedeutung gegenüber einer abstrakt leidenden Menschheit verliert. Der/die Einzelne ist Teil eines Prozesses in Richtung Fortschritt. Und diesem Prozess muss man sich unterordnen, auch wenn man als Einzelne/r an diesem Prozess leidet.

Die Konsequenzen aus der Rückkehr der Unterschichten

Der jetzt stattfindende Untergang des Normalarbeitsverhältnisses auch als Fiktion bedeutet auch das Ende dieser Ausgrenzung marginaler, prekärer und unfreier Unterschichten. Und das hat weitreichende Folgen. Erstens gilt es von nun an den Gegensatz zwischen den Unterklassen der „Ersten" und „Dritten" Welt einigermaßen zu relativieren – obwohl es selbstredend nach wie vor gravierende Unterschiede gibt. In den Städten der „ersten" Welt entstehen soziale Schichten, deren Arbeitsverhältnisse trotz der großen Wohlstandslücke in manchen Aspekten denen der *urban poor* in den Slums der „Dritten" Welt zu ähneln anfangen.

Zweitens sind die Trennungslinien zwischen Lohnarbeit und kleinem Unternehmertum viel weniger scharf als bisher gedacht wurde. In der „Dritten" *und* in der „Ersten" Welt gibt es umfangreiche Grauzonen der (Schein-) Selbstständigkeit, wo Personen formal auf eigene Rechnung selbstständig arbeiten, aber in Wirklichkeit von einem oder von zwei Auftraggebern abhängig sind. Diese Art von *self-employment* ist im peripheren Kapi-



talismus bereits seit Jahrzehnten weit verbreitet, nimmt aber in letzter Zeit auch in den Metropolen stark zu, z.B. im Baugewerbe und unter jungen AkademikerInnen. Allgemein scheint es im hochentwickelten Kapitalismus einen historischen Zusammenhang zu geben zwischen Phasen steigender Arbeitslosigkeit einerseits und Stagnation oder Anstieg der „kleinen" Selbstständigkeit andererseits.

Drittens ist auch die Grenze zwischen LohnarbeiterInnen und „LumpenproletarierInnen" keineswegs so eindeutig wie ältere Theorien nahelegen. Einerseits gibt es auch bei regulären LohnarbeiterInnen „lumpenproletarisches" Verhalten vieler Art, z.B. Betteln und Prostitution als Überlebensstrategien in Notlagen, oder auch Diebereien am Arbeitsplatz, die vom Unternehmensstandpunkt aus durchaus kriminelles Verhalten verkörpern. Andererseits richten die Erfahrungen in der „Dritten Welt" unsere Aufmerksamkeit auf eine soziale Unterschicht, die nicht als industrielle Reservearmee im Marxschen Sinne charakterisiert werden kann und genauso wenig als klassisches Lumpenproletariat. In dieser Hinsicht machen prekäre Arbeitsverhältnisse auch eine neue Begriffsbildung unvermeidlich.

Viertens ist auch der Begriff der „freien" Lohnarbeit weniger eindeutig als meistens angenommen wird. Der klassischen Definition zufolge verfügt die doppelt-freie LohnarbeiterIn „als freie Person" über die eigene Arbeitskraft als Ware, und hat „andre Waren nicht zu verkaufen". In vielen Fällen ist die Lage von LohnarbeiterInnen jedoch komplizierter. Auch als formal freie Personen können sie an eine/n UnternehmerIn gebunden sein, z.B. durch Schulden in Form von rückzahlbaren Vorschüssen, durch Unterkunft in Betriebswohnungen, oder über Ruhegehaltsansprüche.

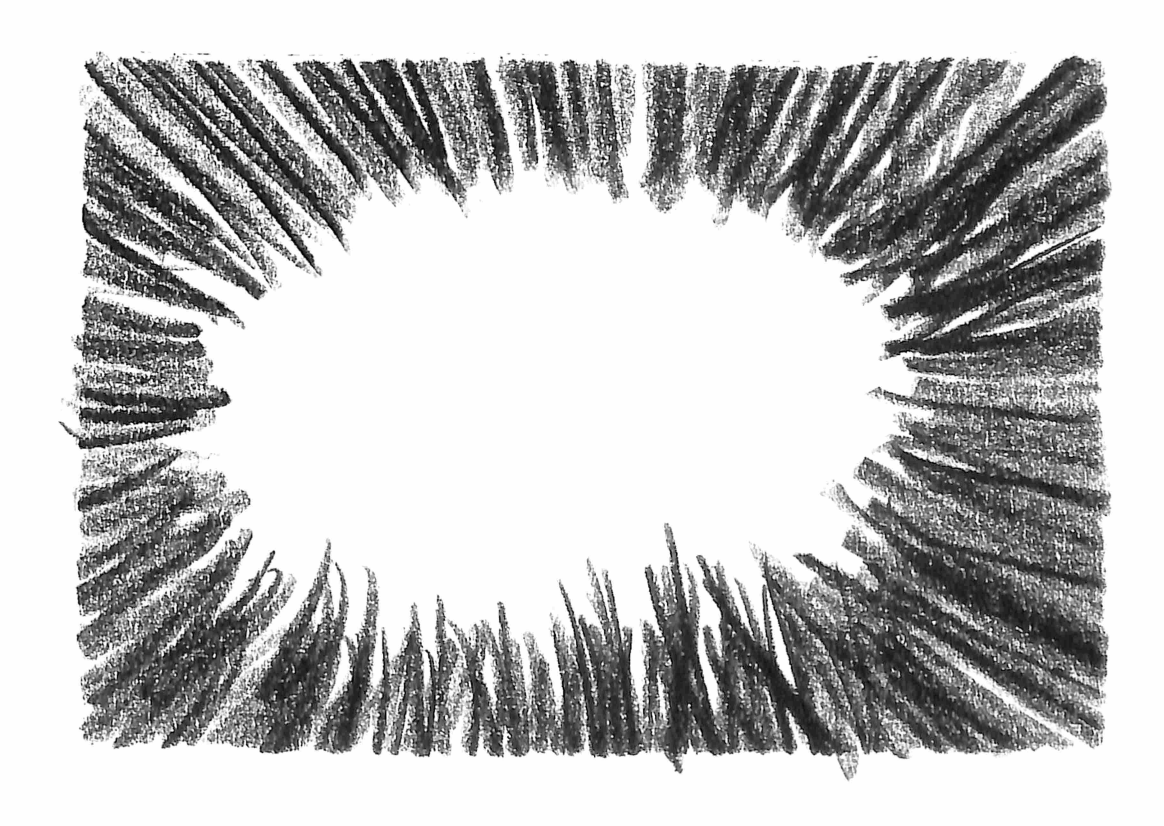
Fünftens und letztens muss auch die in Europa übliche strikte Unterscheidung von Stadt und Land relativiert werden. Anders als die Modernisierungstheorie uns glauben lassen möchte, werden oft die Beziehungen zwischen MigrantInnen in den Städten und ihren Herkunftsdörfern im Laufe der Zeit nicht schwächer, sondern gerade stärker. Die Ursache diese Sachverhalts liegt wahrscheinlich im Fehlen eines Systems der sozialen Sicherung, weswegen die Dörfer in Zeiten der ökonomischen Krise als soziales Fangnetz fungieren. Übrigens stellt sich in letzter Zeit heraus, dass viele Dörfer (z.B. während der jetzigen Krise in Indonesien) diese Aufgabe nicht mehr erfüllen können, da der Aufstieg der Warenökonomie ihre Subsistenzkapazität erschöpft hat.

Die Anormalität des „Normalen"

Dies alles bedeutet, dass die Kategorie der ArbeiterInnenklasse eine etwas andere Bedeutung bekommt und vor allem auch buntscheckiger wird. Das Normalarbeitsverhältnis ist weit weniger „normal" als bisher gedacht wurde. Wir könnten sogar noch einen Schritt weiter gehen und fragen, weshalb es überhaupt „VollproletarierInnen" im Kapitalismus gibt und gegeben hat. Denn vom Unternehmensstandpunkt aus gesehen sind HalbproletarierInnen weit billiger als VollproletarierInnen. HalbproletarierInnen (die zu einem Haushalt gehören, in dem es auch andere Einkommensquellen gibt, z.B. aus landwirtschaftlicher Tätigkeit oder aus *self-employment*) senken ja die minimal-akzeptable Lohnschwelle, da sie noch über andere Formen des Realeinkommens verfügen. In einem rein proletarischen Haushalt dagegen muss das Lohneinkommen die Mindestkosten für Überleben und Reproduktion decken.

Unsere Aufgabe ist deshalb nicht primär die Erklärung des Abbruchs von sozial gesicherten Lohnarbeitsverhältnissen, sondern umgekehrt die Beantwortung der Frage, weshalb es punktuell in der Geschichte Normalarbeitsverhältnisse gegeben hat.

***Marcel van der Linden** ist zusammen mit Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth Herausgeber der Zeitschrift „Sozial.Geschichte – Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts" (www.stiftung-sozialgeschichte.de). Er ist Forschungsdirektor des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG) und Professor für die Geschichte sozialer Bewegungen in Amsterdam.*



Prekarität des „nackten" Lebens

Diesseits und jenseits der kapitalistischen Verwertungszonen

Von Erika Feyerabend

Prekarität wird meist assoziiert mit prekären Beschäftigungsverhältnissen. Im neoliberalen „Sozial"staat wird jedoch die Existenz ganzer Bevölkerungsgruppen prekär, deren ökonomische Verwertbarkeit – genannt „Erwerbsfähigkeit" – sich nicht oder nur unzureichend aktivieren lässt: Alte, Kranke, Behinderte. Erika Feyerabend zeigt, wie an den vermeintlichen Rändern der postfordistischen Gesellschaft deren innere Logik sichtbar wird.

Unbegrenzte Arbeitslosigkeit galt lange als begrenztes Phänomen in Sozialhilfeghettos oder als Teil der Lebensform allein erziehender Mütter und ihrer Kinder. Nun wächst die Zahl der „überzählig" Erklärten auf ein neues Normalmaß – auf hohem Niveau. Ihr Ausschluss findet in der Gesellschaft statt. Wer seine Arbeitskraft noch anbieten kann, muss dies zunehmend unter prekären Verhältnissen tun und sich in einer Art Selbstverwertungswettbewerb als flexibel beweisen. Wer das nicht schafft, findet sich entweder in der Position der Sozialhilfe-Empfängerin oder des Langzeitarbeitslosen wieder, konfroniert mit Zwangsarbeit zu Niedrigstpreisen und mit der Pflicht die Lebensverhältnisse offen zu legen, um noch Rechtsansprüche auf minimale staatliche Leistungen zu haben.

Die „Überzähligen" und „Überflüssigen" sind jedoch kein neues Phänomen im Kapitalismus, an dessen Beginn die vagabundierenden Armen aus der ländlichen und städtischen Produktion des 19. Jahrhunderts standen. Empirisch sind es auch heute vorwiegend die Unterklassen, die vom regulären Arbeitskraftverkauf ausgeschlossen werden. Doch heute fühlt sich eben jede/r bedroht - und zwar individuell. Die Identitäten, die sich in diesem allgemeinen Bedrohungsszenario ausbilden und ausbilden sollen, orientieren sich weniger an Kollektiven und Klassen, als vielmehr an individuellem Versagen und Gelingen. In dem Maße in dem Erwerbsbiografien prekär werden, wird „Arbeit" als „Wert" und als „Selbstwert" immer wichtiger. Gleichzeitig sind Erwerbslosigkeit und Armut nicht mehr entlegitimiert, sondern sie werden als gesellschaftlicher Normalfall kommuniziert. Der disziplinierende Charakter der Lohnarbeit wird durch Kontrolle der Sozial-Agenturen und Ein-Euro-Jobs ersetzt. Soweit zur Kategorie der Arbeitsfähigen und erwerbslosen Armen, die zwar von Lohnarbeit ausgegrenzt, aber zeitgleich in Sozialbürokratie und Billiglohnsektoren eingebunden werden.



Was aber ist mit jenen, die nicht einmal mehr zum Objekt der üblichen Ausbeutung taugen – den Alten, kranken Betagten, chronisch Kranken oder Menschen mit Schwerstbehinderungen? Sie leben nicht erst seit heute jenseits der regulären kapitalistischen Verwertungszonen.

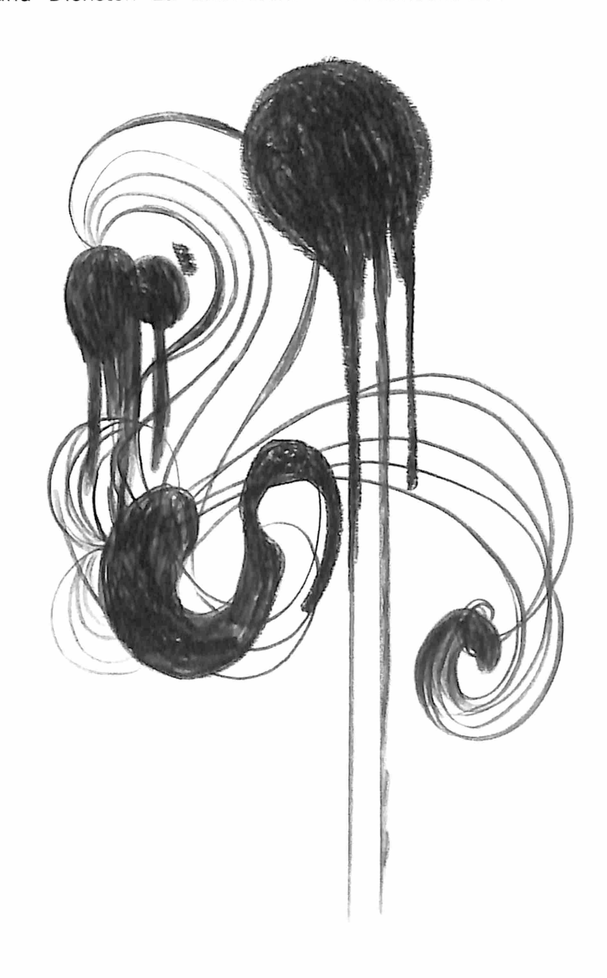
Billiglohnland Behinderten-Werkstatt

Schwerbehinderte sind schon lange vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Ihre Beschäftigungsquote liegt in Privatunternehmen bei 3,4%, im öffentlichen Dienst zwischen 5 und 6%. Die meisten haben sich in Folge und im Rahmen ihrer Berufstätigkeit mit ihrer Behinderung auseinanderzusetzen, sie haben Rentenansprüche erworben oder sind in den vorgezogenen Ruhestand geraten. Nur ungefähr die Hälfte der Schwerbehinderten ist überhaupt noch im erwerbsfähigen Alter – und dann einer massiven Armutsgefahr ausgesetzt. Viele Betriebe zahlen lieber Ausgleichsabgaben von 100 bis 250 Euro, statt die vorgeschriebene Schwerbehinderten-Beschäftigungsquote von 6% einzuhalten. Oder: Sie drücken diese Abgaben, indem sie externe Aufträge an Werkstätten für Behinderte (WfB) vergeben. Diese Lösung ist gewissermaßen ideal, sind doch die Werkstätten eine Art Billiglohnland vor der Haustür. Knapp 1.300 Produktionsstätten mit mehr als einer halben Million Beschäftigte gibt es hierzulande. Nach dem Schwerbehindertengesetz müssen die dort Tätigen „ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung" erbringen, die in einem „Arbeitstrainingsbereich" für ein Entgelt von rund 50 Euro ermittelt wird. Als „leistungsfähig" eingestuft, bekommen die zu 80% als geistig behindert klassifizierten Werkstattbeschäftigten jedoch keinen Lohn, denn das Arbeitsverhältnis wird nicht als „Erwerbsarbeit" angesehen. Sie arbeiten für einen einheitlichen Grundbetrag und – allerdings ohne Rechtsanspruch – eine leistungsabhängige Prämie. Für 150 bis 190 Euro dürfen jenseits der regulären Verwertungszone „einfache Arbeiten mit minimalem Anforderungsspektrum" in einem, dem „Erwerbsleben ähnlichen" Arbeitsalltag ausgeführt werden. Die meisten Tätigkeiten sind in der Art fordistisch geprägter Massenproduktion oder tayloristischer Arbeitbeitsteilung organisiert. Da werden Schrauben und Muttern montiert oder Tüten geklebt. Für die „Leistungsfähigen" soll Arbeit normale Erwerbsbiographien imitieren, für die weniger „Leistungsfähigen wird Arbeit als „Therapie", „Pädagogik" und „Selbstwertsteigerung" interpretiert. Ansprüche, die sich auf individuelle Fähigkeiten und Weiterbildung beziehen, bleiben mit steigender Ökonomisierung dieses „Billiglohnsektors" auf der Strecke. Dass Werkstätten den Durchlauf hin zum 1. Arbeitsmarkt ermöglichen, ist längst obsolet. Die Vermittlungsquote liegt bei knapp 1%. Die Konkurrenz mit anderen „Billiglohn"-Ländern und mit Haftanstalten drückt die Preise und mobilisiert die Suche nach neuen Dienstleistungen und Produktionssektoren. Die Orientierung am gesellschaftlichen Konstrukt der Erwerbsarbeit und ihrem disziplinierenden Charakter wird damit nicht verlassen.

Rationierung von Gesundheitsversorgung nach Alter

Altersbezogener Ausschluss von Lohnarbeit führt nicht automatisch ins gesellschaftliche Abseits. Die Ansprüche an staatliche Rentenleistungen werden limitiert, gleichzeitig aber wird die „Wirtschaftskraft Alter" identifiziert. Wer über genügend Kaufkraft verfügt, kann sich mit altersgerechtem Tourismus, mit Fitness-Kursen und Anti-Aging-Programmen, mit sozialen Dienstleistungen oder mit schöner Wohnen beschäftigen. Es gibt auch „Seniorenmarketing" als „Querschnittsthema", um das Interesse an den neuen Produkten und Diensten zu aktivieren. Problematisch wird es für die armen und kranken Betagten, die sozialstaatliche Leistungen in Anspruch nehmen. Im populären Diskurs wird der „Krieg der Generationen" beschworen, die „demographische Falle" als Zukunftsdrohung mit unbezahlbaren Gesundheitsleistungen inszeniert. So werden gesellschaftliche Verteilungsprobleme in „biologische" Kategorien umgedeutet und die „Politisierung des nackten Lebens" (Giorgio Agamben) wirklichkeitsmächtig. „Lösung" verspricht die „altersbezogene Rationierung".

Dieser Diskurs ist alles andere als nur „populär". Bio-Ethiker und Ökonomen versuchen sich an wissenschaftlich begründeten Kriterien, um alten Menschen medizinische Behandlungen zu verweigern. Beispielsweise der Konstanzer Ökonom Friedrich Breyer und der Duisburger Bio-Ethiker Hartmut Kliemt, die sich ein öffentlich finanziertes Forschungsprojekt zu „Altersbezogener Rationierung von Gesundheitsleistungen im liberalen Rechtsstaat" ausgedacht haben. (1) Breyer hat seine Forschungsergebnisse zu Papier gebracht: Abgesehen davon, dass „in einem freiheitlichen Rechtsstaat" jedermann weitere Gesundheitsleistungen hinzukaufen könne, schaffe das „Alter als Abgrenzungskriterium bei lebenserhaltenden Maßnahmen (...) Transparenz" – und sorgt damit für Rechtssicherheit. Das kalendarische Lebensalter hat somit die Vor-



teile, die Institutionen brauchen: Es ist objektiv, homogen und schon heute Teil etablierter „Rationierungsmuster". Die weitere Begründung des Ökonomen für den altersbezogenen Ausschluss von medizinischen Leistungen „beruht ganz wesentlich auf der Annahme, dass die Erwartungen auf zukünftigen Konsum die entscheidende Quelle für Lebensfreude sind. Je älter der Mensch bereits ist, desto weniger zukünftiger Konsum liegt noch vor ihm, um so weniger kann er noch gewinnen, wenn er seine augenblickliche Überlebenschance steigert."

Kalkulierte Unterversorgung in der Pflege

Auch der ganz konkrete Alltag wird zum Kampf um Versorgung und Überleben. Rund zwei Millionen Pflegebedürftige werden zu einem Gutteil über die Pflegeversicherung versorgt. Ab 2005 werden voraussichtlich ambulante und stationäre Pflege gleichgestellt. Das Prinzip des Sozialgesetzbuch XI – ambulant vor stationär – soll dann so ausgelegt werden: Pflegestufe I und II werden in der ambulanten Pflege geringfügig auf monatlich 400 Euro bzw. 1.000 Euro erhöht. Dafür werden die Leistungen der stationären Pflege nach unten nivelliert, von derzeit 1.023 Euro in Stufe I auf 400 Euro, in Stufe II von 1.279 auf 1.000 Euro. Abhängig von der Pflegestufe kostet ein Heimplatz in einem einfachen Alten- und Pflegeheim aber zwischen 1.400 und 3.500 Euro. Die Differenz muss über die Rente, Familienangehörige oder die Sozialhilfe ausgeglichen werden. Wer wenig Geld hat oder seinen eigenen Lebensabend über das Erbe zu sichern hofft, versorgt zu Hause und ohne Unterstützung durch ambulante Dienste. Die meisten Pflegebedürftigen werden von Frauen versorgt, die mit ihrer unsichtbaren Arbeit das Familienbudget aufbessern. Innerhalb weniger Jahre, so die Ergebnisse einer europaweiten Befragung von Angehörigen, sind 90 Prozent der Befragten ausgebrannt, sozial isoliert oder sie stehen vor dem finanziellen Ruin.

Die Umstände in den Altenheimen sind nicht weniger dramatisch. Das Institut für angewandte Pflegeforschung (dip) veröffentlicht regelmäßig eine Erhebung zur Personalsituation in der stationären Altenhilfe. Die Ergebnisse für das Jahr 2003: Das Pflegepersonal hat mit deutlich mehr altersverwirrten BewohnerInnen zu tun. Gleichzeitig ist die Altenpflege mit immer mehr PatientInnen konfrontiert, die immer früher aus den Krankenhäusern entlassen werden. Nach dem neuen Abrechnungsmodus mit diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRG), nach denen viele Kliniken ihre Leistungen abrechnen, muss zumindest der „normal" Betagte innerhalb statistischer Normwerte gesunden. Um das Budget des Krankenhaus nicht zu belasten, wird er oder sie nach Norm-Liegezeiten zügig entlassen. Die Versorgung wird auf un- oder schlecht bezahlte Frauen, auf Pflegedienste und Heime abgewälzt. In rund 9.000 Altenheimen, die 600.000 Betagte versorgen, sinkt die Fachkraftquote aber oft unter die vorgeschriebene 50% Marke. Es haben sich mittlerweile neun Millionen Überstunden angehäuft. Allein in diesem Jahr müssten 20.000 Pflegefachkräfte eingestellt werden, statt dessen aber sind im letzten Jahr weitere 8.700 Vollzeitstellen abgebaut worden.

Die chronische Personalknappheit und die Konditionen der Pflegeversicherung reduzieren die Begegnung mit den HeimbewohnerInnen auf eine reine körperliche Grundversorgung – die allerdings auch nicht mehr gewährleistet ist. Die Folgen: Wundliegen, Verkrampfungen, Infektionen. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) konstatiert für das Jahr 2003: Jede fünfte Magensonde ist bei den HeimbewohnerInnen nicht nötig, sondern eine pflegerationierende Maßnahme bei Menschen nach Schlaganfall oder mit Demenz. Schlucktraining und normales Essen wären auch mit Magensonde möglich. Das aber, so der MDK, wird „eher selten beobachtet", wenn sich die Grunderkrankung nicht schnell und deutlich verbessere. Von den mehreren tausend PatientInnen in der extremen Lebenssituation des Komas hat nur jede/r vierte Betroffene die Chance, in einer qualifizierten Pflegeeinrichtung unterzukommen. Diese Kranken sind auf Sondenernährung angewiesen. Die existenzielle Frage, ob die Kosten dieser Ernährung weiterhin übernommen werden, steht regelmäßig auf der gesundheitspolitischen Agenda.

Selbstentsorgung als letzte „Chance"

Die sozialpolitischen Strategien rund um die Versorgung der Kranken und Betagten, sie gehen ebenso wenig spurlos an den Individuen vorbei, wie die Diskurse und Verteilungskämpfe um Arbeit und Lohn. Die neoliberal Erzogenen sollen ihre „Eigenverantwortung" mobilisieren. Ihr Wohl und Weh, ihre Karrieren und ihre Abstürze gelten als individuell verursacht. Privat wird auch die Vorsorge in Form von privater Rentenversicherung, Immobilienerwerb oder Börsenspekulation. Im freien Spiel des Marktes kann nur erfolgreich handeln und wirtschaften, wer sich als „souveräne Willensperson" versteht.

In dieses ideologische Gewebe passt die Debatte um Euthanasie und Patientenverfügungen. Die geforderte Vorsorge betrifft in diesem Fall nicht die finanzielle Absicherung, sondern wieder das „nackte" Leben. In entscheidungsfähigen oder gesunden Tagen soll per Willensentscheid für die Zeit mit schwerer Krankheit, Behinderung, Mangel an Vernunft und vor allem juristisch zertifizierter Entscheidungsunfä-



higkeit geplant werden. Die kursierenden Patientenverfügungen favorisieren in diesem Fall die Selbstentsorgung. Dazu bedarf es einer Selbstbewertung, die von Verfügungsanbietern in bunten Anlernbroschüren eingeübt werden kann: „Wenn ich kein eigenständiges Leben mehr führen kann", „Wenn ich dauerhaft pflegebedürftig bin", „Wenn ich nicht mehr kommunikationsfähig bin", sollen nicht näher erläuterte „lebenserhaltende Maßnahmen" unterlassen werden. In dieser Vorsorge-Erziehung lernt man auch, dass nichts mehr selbstverständlich ist. Medizinische Versorgung und Schmerzbehandlung, all das wird nun mehr als entscheidungs- und damit einforderungspflichtig dargeboten. Die empfohlenen Selbstbewertungen sind aber alles andere als rein privat. Sie betreffen ganze Krankengruppen: Pflegebedürftige nach Schlaganfall, im Koma, mit Demenz. Die Sondenernährung, Flüssigkeitszufuhr, Behandlung von Infektionen u.a.m. soll auch außerhalb der Sterbephase unterbleiben. Faktisch ist das Tötung auf vermutetes Verlangen von Unheilbaren.

Was „selbstbestimmt" in Patientenverfügungen niedergelegt werden soll, ist von juristischen Agenturen wie dem Bundesgerichtshof, Privatvereinen wie der Bundesärztekammer und der Politik vorbereitet worden. Das Bundesjustizministerium hat im letzten Jahr eine Gutachterkommission beauftragt, politische und juristische Vorschläge für die noch umstrittenen tödlichen Unterlassungen zu formulieren. Im kürzlich veröffentlichten Gutachten sollen schriftliche wie auch mündliche Verfügungen juristisch wirksam werden. BetreuerInnen, Bevollmächtigte und Ärzte können dann je nach eigenem „Werturteil", Budget oder privatem Geldbeutel im Niemandsland der Unheilbaren und Sprachlosen den Tod als die bessere Alternative verordnen. Nach Expertenurteil muss dabei das „Grundleiden" der Betroffenen nicht „irreversibel tödlich" sein. Was zählt, das sei die „Patientenautonomie", die über die erwähnten Selbstentwertungsdokumentationen geübt und überprüfbar wird. Das Betreuungsrecht soll entsprechend geändert werden, ebenso der § 216 des StGB (Tötung auf Verlangen). Das Ideal des vernünftigen und von jeder Hilfe unabhängigen Individuums, das seine Biographie und seinen Körper jederzeit privat-autonom kontrolliert, fügt sich perfekt in die sozial- und gesundheitspolitische Agenda und die neoliberale Diskursökonomie. Der einflussreiche Medizinrechtler Jochen Taupitz denkt nicht zufällig bereits über die „Grenzen der Patientenautonomie in Fällen eines ‚übermäßigen Lebensverlängerungswunsches'" nach. (2) Die Grenzziehung liegt für Taupitz „nicht nur in gesellschaftlicher bzw. staatlicher Verantwortung, sondern auch und gerade in der Verantwortung der (auch der Gesamtheit des Volkes verpflichteten) Ärzteschaft."

Jenseits der regulären, prekären und zwangsverordneten Verwertungszonen, abseits der Konsumfähigkeiten und Kaufkraftpotenziale für einen wachstumsorientierten Markt der Konsumgüter und Gesundheitsindustrie, wird die pure physische Existenz „prekär" – und zur politischen Verhandlungssache.

Erika Feyerabend ist freie Journalistin, engagiert im BioSkop-Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften – und bei Fantômas.

Anmerkungen:

1) Friedrich Breyer und Carlo Schultheiss: „Alter" als Kriterium bei der Rationierung von Gesundheitsleistungen. Eine ethischökonomische Analyse. In: Thomas Gutmann und Volker H.Schmidt (Hg). Rationierung und Allokation im Gesundheitswesen. Weilerswist (Velbrück Wissenschaft) 2002

2) Jochen Taupitz: Empfehlen sich zivilrechtliche Regelungen zur Absicherung der Patientenautonomie am Ende des Lebens?. München 2000

Etwas Besseres ist nicht in Sicht

Wo Prekarisierung Normalität ist – Linke in Belgrad

Von Boris Kanzleiter

In den Ländern, die früher das recht wohlhabende sozialistische Jugoslawien bildeten und heute zur Peripherie der EU zählen, ist Prekarität keine Ausnahme, sondern Normalität. Die geschönten Zahlen offizieller Statistiken beziffern die Arbeitslosigkeit in Serbien auf 30%, im Kosovo gar auf 60%. Boris Kanzleiter berichtet aus dem Alltag linker AktivistInnen in Belgrad.

Am Busbahnhof in Belgrad kommen täglich Busse an, die arbeitssuchende Tagelöhner in die serbische Hauptstadt bringen. Sie kommen aus dem ländlichen Rumänien, wo die Löhne noch niedriger sind als in Serbien. Hier verdient ein Arbeitnehmer in einem der eher seltenen Full-time-Jobs im Durchschnitt 250 Euro monatlich, Tendenz fallend. Dafür steigen die Preise unerbittlich auf Westniveau.

Wie leben linke Aktivistinnen und Aktivisten in einem durch fünfzehn Jahre Ethnonationalismus, Krieg, Mafiotisierung, durch Scheindemokratisierung, Infantilisierung der Intellektuellen und eine fortdauernde Wirtschaftskrise zerriebenen Ort wie Belgrad/ Serbien/ Ex-Jugoslawien? Die deprimierende soziale Situation weist bereits darauf hin, dass dies nicht gerade einfach sein kann.

Tatsächlich aber ist es noch schwieriger. Denn wenn die sozialen Parameter in Ex-Jugoslawien mit der Situation in Lateinamerika vergleichbar sind – wo heute die wahrscheinlich vitalsten linken Basisorganistaionen existieren – werden Linke auf dem Balkan aus zwei Gründen in eine perspektivlose Randexistenz verbannt. Erster Grund: die brutale Durchsetzung von Mechanismen einer Kriegsökonomie, die auch nach dem Krieg weiter wirken. Es geht dabei um die räuberische Aneignung von allem Greifbaren durch den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums von physischer und sozialer Gewalt, das die Gesellschaft atomisiert hat. Gift für Selbstorganisationsprozesse. Zweiter Grund: das Verschwimmen einer klar abgesteckten politischen Topographie, in der „links" und „rechts" kategorial auseinander zu halten wären. Die Mobilisierung des an die Heldentaten des mittelalterlichen Serbentums anknüpfenden Ethnopopulismus durch die Postkommunisten von Slobodan Milosevics Sozialistischer Partei Serbiens (SPS) hat nicht nur die vier Kriege der 1990er Jahre mit ausgelöst, sondern auch den Türöffner für die heute in Serbien ideologisch dominante extreme Rechte gespielt. Die Le Pen-, Saddam Hussein- und Wladimir Schirinowski-Verehrer der Serbischen Radikalen Partei (SRS) stellen seit Ende 2003 die größte Parlamentsfraktion. Programmatisch und politisch führen sie fort, was Milosevic begonnen hat: Ethnonationalismus, Geschichtsrevisionismus, Antiliberalismus, Verschwörungstheorien. Die SRS sieht sich dabei nicht im Gegensatz



zur „Linken“, sondern pflegt das Bündnis mit Milosevics Kumpanen. So kann es passieren, dass eine Kundgebung mit der „Internationalen“ beginnt und nach der Rede eines orthodoxen Popen mit der Hymne der köngsstreuen nationalistischen Tschetniks endet.

Die Linke, die linke Linke und der Rest der Leute

Definieren wir also, von welcher Linken wir eigentlich sprechen. Von den Post-Kommunisten sprechen wir nicht. Aber gibt es eine andere, eine – sagen wir einmal – „linke Linke“, die Emanzipation zum Ausgangspunkt ihrer Politik macht? Ja, aber nicht als gesellschaftlich und politisch relevante Kraft. Außer einigen älteren und einsamen Intellektuellen, die sich in der Studierendenrevolte des Belgrader Juni 1968 politisierten oder vor 30 bis 40 Jahren zum Umfeld der linksmarxistischen „Praxis-Gruppe“ gehörten, sind es vor allem Feministinnen der 1978er Generation (damals entstand die Frauenbewegung als erste unabhängige soziale Bewegung) und ein paar junge Studentinnen und Studenten, die in einer Handvoll kleiner Gruppen mit jeweils nicht mehr als fünf oder zehn Mitgliedern organisiert sind.

Kürzlich fragte mich eine linke Wochenzeitung aus Deutschland nach einem Artikel über linke Medien in Serbien. Ich musste leider absagen: Außer einigen Internet-Websites wie Belgrad- und Croatia-Indymedia und schmalen Printpublikationen wie der Direktna Akcija der Anarchosyndikalisten gibt es so was nicht. Das zeigt den Stand der Dinge. Die linke Linke ist sprachlos angesichts der fortgesetzten politischen Katastrophe. Selbst wenn man die Situation im gesamten ehemaligen Jugoslawien betrachtet, ergibt sich kaum ein besseres Bild, abgesehen von Slowenien, wo es in einem besetzten ehemaligen Militärknast ein alternatives Kulturzentrum gibt. Aber Slowenien ist eben Slowenien, verschont vom Krieg, Mitglied der EU, mit einem Lebensstandard, von dem auch viele Ostdeutsche nur träumen können. Auch in Kroatien, um es genauer zu sagen, in Zagreb, existieren einige linke Projekte, sogar ein kleiner linker Verlag. Aber was den Rest von Kroatien sowie Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Mazedonien betrifft: Da ist eher Serbien der Maßstab.

Essen von Oma und kein Geld in der Tasche

Zurück zum Thema: Wie leben und arbeiten die wenigen linken Linken, und wie verknüpfen sie beides? Bei genauerer Überlegung stellt sich diese Frage überhaupt nicht als eine vom Rest der Gesellschaft gesonderte Frage. Es gibt nichts, was die Überlebensstrategien der Linken zu etwas Besonderem oder gar besonders Widerständigem machen würde. Die Linken sind zu marginalisiert, um aus dem Schatten der individuellen Überlebensstrategien herauszutreten.

Von den Jüngeren hat so gut wie niemand einen festen Job. Das heißt, man ist ständig auf der Suche. Ein paar Monate als Sekretärin, dann als Verkäuferin, dann als Kellnerin, dann in einem Callcenter (ja, gibt es hier auch), ein paar Monate als Taxifahrer, dann in einer NGO Projektanträge schreiben, dann als Koch, dann was anderes. Dazwischen immer ein paar Monate nichts, kein Geld in der Tasche. Da die meisten jungen Leute oft bis über 30 bei ihren Eltern wohnen – wo sonst? Belgrad ist ein großes Flüchtlingslager, Wohnraum ist Mangelware – gibt es wenigstens regelmäßig was zu essen. Oft kommen die Nahrungsmittel von Oma und Opa vom Dorf. Die Belebung der Subsistenzwirtschaft war eine der Kriegs- und Embargofolgen. Das Pendeln zwischen Jobben und Rumhängen gewährt freie Zeit, die mit Freundinnen und Freunden zu ausgiebigem Kaffeetrinken, Nachtschwärmen, Kiffen und eventuellem Politisieren genutzt werden kann.

An politisches oder gewerkschaftliches Engagement am Arbeitsplatz ist aber meistens nicht zu denken. Oder wenn, dann so, wie Jelena es mir vor ein paar Tagen von ihrem neuen Job erzählt hat. Sie arbeitet zur Zeit in einer Computerfirma als Programmiererin. Ihr Inhaber heißt Bogoljub Karic und ist angeblich der reichste Mann des Balkans. Doch nicht nur das: Karic ist auch Politiker. Er hat vor ein paar Monaten die Partei „Snaga Srbije“, auf deutsch „Kraft Serbiens“, gegründet und im Juli aus dem Stand knapp 20% bei den Präsidentschaftswahlen gewonnen. Wichtig für seinen Erfolg war, dass Karic auch der Inhaber der Fernsehstation BK und zahlreicher anderer Medien ist und sich selbst promoten konnte. Zu Geld gekommen ist der fettleibige Mann mit der quietschenden Stimme, der im Kosovo früher Schlagersänger war, durch seine guten persönlichen Beziehungen zu Milosevic. Der hatte ihm Mitte der 1990er Jahre die Lizenz für das erste private Mobilfunknetz in Serbien erteilt, natürlich ohne öffentliche Ausschreibung. Eine Schatztruhe, die durch eine Menge anderer dubioser Deals weiter gefüllt wurde. Eine Zeit lang soll Karic auch mit Arkan, dem zum Boss der Belgrader Unterwelt aufgestiegenen ehemaligen Paramilitärführer, liiert gewesen sein. Karic ist einer jener dubiosen „Bizinismeni“, die im Krieg zu Macht und Einfluss gelangt sind. Nachdem er unter Milosevic sogar Minister war, ziert das Wappen von „Snaga Srbije“ heute witzigerweise den mit den Farben der serbischen Fahne unterlegte Sternenreigen der EU.

Wie auch immer: Jelena musste während der Wahlkämpfe (in Serbien sind





ständig irgendwelche Wahlen, die niemand interessieren) den Arbeitsplatz am Computer verlassen, Werbematerial in der Fußgängerzone verteilen, an Kundgebungen teilnehmen und natürlich in die Partei ihres Chefs eintreten. „Nur weil man in seinem Job arbeiten will", sagt sie, „wird man zum Fußboten der Mafia."

Die im Dunkeln und die im Licht

Ach so, genau: die „Balkan-Mafia": Die ist natürlich überall und bietet eine Menge Jobs. Viele davon sind zwar illegal, haben aber wenig mit den Gewaltklischees zu tun, die im Westen darüber im Umlauf sind. Natürlich gibt es den extrem gewalttätigen Drogen-, Waffen- und Frauenhandel. Peng, peng! Aber diese Branchen werden von vergleichsweise kleinen Cliquen ehemaliger Paramilitärs beherrscht, die oft mit der Polizei zusammenarbeiten. Im Großen und Ganzen ist die von den Politikern und der „internationalen Gemeinschaft" als „ausufernde organisierte Kriminalität" bezeichnete illegale Handelsaktivität meist recht friedlich. Es handelt sich um das Schmuggeln und Verkaufen von Unterwäsche, Kosmetika, raubkopierten CDs, Computerprogrammen und gefälschten „Marken"-Klamotten, früher auch Zigaretten und Benzin. Manchmal gibt es auf dem Schwarzmarkt sogar DVDs mit Filmen, die im Kino noch gar nicht angelaufen sind. Aber insbesondere gegen den Handel mit kopierten CDs und DVDs wird in letzter Zeit rigoros vorgegangen.

Zwar gibt es bei all dem Konkurrenzkämpfe, vor allem beim Suchen nach einer guten Verkaufsstelle, doch sind die nicht gewalttätiger als die Parkplatzsuche. Vor einiger Zeit kam es sogar zum kollektiven Aufbegehren der sonst um die rare Kundschaft konkurrierenden fliegenden Straßenhändler. Weil die Polizei am Bulevard Revolucije (der heute „Boulevard der serbischen Herrscher" heißt, doch immer noch „Revolucije" genannt wird) ständig ihre Klapptischstände abräumte, um den Gehweg frei passierbar zu machen, blockierten die Händler ein paar Tage lang die Straße und forderten einen garantierten Platz. Zwar gewann die Polizei, doch nur vorübergehend: Die Klapptische werden jetzt an einem anderen Ort aufgebaut.

In Belgrad leben wie gesagt nicht nur arme Schlucker sondern auch eine Menge Kriegsprofiteure, Mafiabosse und Neureiche, die ihr Kapital gerade im Privatisierungsprozess legalisieren oder vermehren und ein Leben in Saus und Braus führen: dicke Jeeps, große Villen, noble Restaurants, feine Klamotten, viel Auslandsurlaub. Auch einige Linke haben einen solchen familiären Hintergrund. Da ihnen das natürlich peinlich ist, frönen sie einem besonders pathetischen Proletarierkult. Das ist wie überall auf der Welt. Mit dem Unterschied allerdings, dass es in Serbien entweder arme bzw. verarmte oder die wenigen superreichen Familien, doch keinen mittleren und gehobenen Mittelstand gibt – dem Humus, aus dem in Westeuropa viele Linken hervorgehen.

Weit, weiter, am weitesten

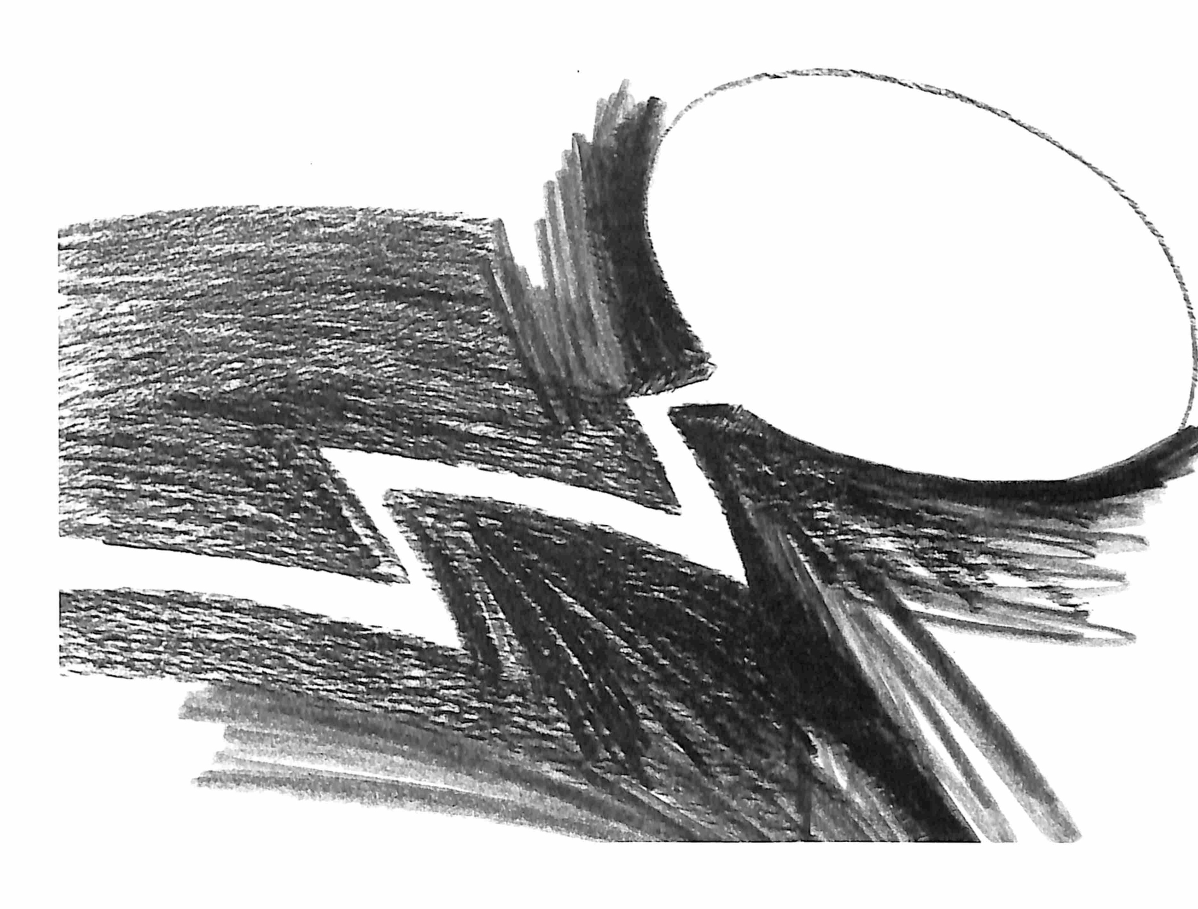
Kürzlich las ich eine Statistik, nach der seit Kriegsausbruch 1991 allein 600.000 junge Menschen Serbien verlassen hätten, etwa ein Viertel aller Jugendlichen. Ich halte die Zahl für ziemlich realistisch. Die Emigration ist wahrscheinlich ein weiterer Hauptgrund dafür, dass es in Belgrad so wenige Linke gibt. Wie alle jungen Leute wollen auch die Linken so schnell wie möglich nach New York, Australien, Berlin oder London. Das ist zwar nicht so einfach, weil man als Serbin oder Serbe nur schwer Visa und schon gar keine Arbeits- oder Studienvisa bekommt. Aber natürlich gibt es dennoch Möglichkeiten: Ivana, Aktivistin einer Frauenorganisation, hatte Glück und konnte aufgrund ihres Status als Internal Displaced Person (IDP) nach Sydney auswandern. In Serbien wohnen heute 600.000 IDPs, die nicht nach Kroatien, Bosnien oder ins Kosovo zurückkehren können oder wollen. Eine andere Bekannte konnte wie viele der wenigen Juden nach Israel emigrieren. „Besser in Tel Aviv qualifiziert studieren und eventuell beim Pizzaessen gesprengt zu werden, als in Belgrad versauern und trotzdem von der NATO bombardiert zu werden", sagte sie mir vor fünf Jahren, als die Alliierten ihre Bomben über Jugoslawien abluden. Eine gute Entscheidung. Nach dem Abschluss ihres Studiums in Tel Aviv wanderte sie nach Surinam aus. Das liegt irgendwo zwischen Brasilien und Venezuela. Dort gefällt es ihr ganz gut, wenn es auch ein bisschen heiß ist, wie sie schreibt.

Natürlich haben nicht alle so ein Glück: Misa, der erste und einzige Hausbesetzer Belgrads, hat es vor ein paar Wochen – sagen wir mal „irgendwie" – geschafft, die Grenze nach Deutschland zu überqueren. Sein Traum war, in Berlin in einem besetzten Haus zu leben und Politik zu machen. Mittlerweile fürchtet er den Abschiebeknast.

Nicht rein pessimistisch, das Ganze

Der extrem Zeit, Geduld, Nerven und vor allem Geld raubende Versuch zu emigrieren ist also eine der wichtigen Überlebensstrategien. Nicht zuletzt auch psychisch. Denn selbst wenn viele der AuswanderungskandidatInnen sagen, dass sie am liebsten in Belgrad bleiben würden – denn Belgrad ist trotz allem eine außergewöhnlich schöne und vor allem interessante und vitale Stadt, deren prekäre Kreativität manche zu Unrecht „chaotisch" nennen – heißt Auswanderung vor allem: Hoffnung auf was Besseres. Dass dieses Bessere in

die Ferne projiziert wird, ist vielleicht ein Grund dafür, warum die beschissene soziale Situation eher zu Apathie und Abwendung als zu Engagement und Selbstorganisation führt. Denn nicht nur die Linke sucht das Glück in der Ferne, sondern die ganze Gesellschaft ist auf der Flucht vor sich selbst. Was bei den einen die Suche nach dem besetzten Haus in Berlin ist, ist bei den anderen die Hoffnung, irgendwann in der imaginierten „Normalität" der EU, der USA oder – weit, weiter, am weitesten – Australiens zu landen. Nachdem sie erfolgreich ihr Land zerstört haben, wollen selbst eingefleischteste NationalistInnen ihre Ethnoträume an einem sicheren Ort pflegen und den Feind dort bekämpfen – mit dem Finger auf der Landkarte.



Andererseits gibt es auch eine Gegentendenz, wenn auch eher als Randphänomen: Denn selbst im nur über staubige Feldwege zu erreichenden abgelegensten Gebirgsdorf – an der Kosovo-Grenze beispielsweise – wissen die Leute mittlerweile, dass „Hartz IV" eine ziemlich unangenehme Sache ist. „Deutschland ist auch nicht mehr das, was es mal war. Schröder macht den Sozialstaat kaputt", erklärte mir dort kürzlich ein vermeintlicher Bauer mit einem Sack Paprika über den Schultern. Tatsächlich hat der Mann jahrzehntelang bei Bosch in Stuttgart gearbeitet. „Mir ist die Stimmung in Deutschland zu schlecht", begründet er seine Rücksiedlung nach Barlovo. Wahrscheinlich hatte er aber dreißig Jahre lang Heimweh. Anders sehen das die meisten der mehreren tausend Roma, die in den vergangenen Monaten aus Deutschland nach Serbien abgeschoben wurden. „Deutschland ist super", sagt mir ein Jugendlicher, der noch vor ein paar Wochen im Abschiebeknast saß. Wie schlecht muss Serbien sein?

So sieht die unspektakuläre Situation der wenigen Linken und überhaupt der meisten Leute in Belgrad heute aus. Ansatzpunkte, diese Situationen widerständig zu wenden, gibt es kaum. Allerdings hat AZIN, eine Assoziation von Fraueninitiativen, eine gute Idee: Die linken Feministinnen haben ein Konzept ausgearbeitet, um die sogenannte „Zadruga", eine Art Produktionsgenossenschaft, gesetzlich zu verankern. Demnach könnten sich Leute mit unterschiedlichem Wissen, Fähigkeiten, Neigungen und Qualifikationen in einer Genossenschaft zusammenschließen, gemeinsam Buch führen und gemeinsame Infrastrukturen, zum Beispiel Büroräume, Telefon, Computer oder eine Werkstatt, nutzen. Nach einer Registrierung können die Mitglieder der Zadruga legale Geschäftstätigkeiten entfalten, was im postsozialistischen Serbien bis heute rechtlich ungemein kompliziert ist. Die AZIN-Frauen sehen sich in der Tradition der Genossenschaftsbewegung und der Arbeiterselbstverwaltung. Natürlich sind sie in der momentanen Situation eher Pionierinnen eines Kapitalismus von unten, der in Serbien erst noch durchgesetzt werden muss. Aber etwas Besseres scheint bis auf weiteres nicht in Sicht.

Boris Kanzleiter *ist Journalist und Historiker. Er lebt und arbeitet in Belgrad und ist virtuell der Gruppe felS – für eine linke Strömung in Berlin verbunden.*

Nein, sie sind noch nicht gegangen

Argentinien: Zwischenstand einer fortdauernden Krise

Von Dora de la Vega

Straßensperren der Arbeitslosen, der „Piqueteros", in Permanenz tagende Stadtteilversammlungen, Flucht der politischen Klasse gemäß der Losung „Que se vayan todos!" (1) Vom Vorzeigeprojekt neoliberaler Modernisierung schien Argentinien zur autonomen Zone revolutionärer Multituden geworden zu sein. Der Rauch hat sich verzogen. Dora de la Vega sammelt ein, was blieb – und was zu wünschen bleibt.



Die Zeiten ändern sich rapide. Die für die Peripherie zuständigen Hüter des real existierenden Kapitalismus rümpfen die Nase, wenn es um Argentinien geht. Dabei ist es noch nicht lange her, dass der IWF das Land als Modell nachholender Entwicklung pries. Mit Recht, denn seine Rezepte einer „Strukturanpassung" zugunsten eines neuen Akkumulationsimpulses des internationalen Kapitals konnten ohne wesentlichen Widerstand der untergeordneten Klassen durchgesetzt werden. Die Umstrukturierung sicherte den großen Konzernen des Nordens neue Profitquellen durch die Privatisierung der staatlichen Unternehmen und eine tiefgreifende „Reform" der Arbeitsverhältnisse. Die davon Betroffenen mussten entweder die bittere Pille der „Flexibiliserung der Arbeit" schlucken oder ihre Existenz fortan als „Selbstständige" fristen: in überwiegender Zahl als „Inhaber" eines Kiosks. Besiegelt wurde damit der Verlust von in Jahrzehnten erkämpfter Errungenschaften, unter bereitwilliger Zustimmung der zunächst noch breiten Mittelschicht, aber auch vieler ArbeiterInnen, die kritiklos an Menems Versprechungen einer spürbaren Verbesserung ihres Lebensniveaus durch tiefgreifende Umstrukturierungen der Wirtschaft und des Staatsapparats glaubten. „Lasst uns", das war die Botschaft, „das Glas der Unternehmer bis zum Überlaufen füllen: von dem, was auf die Tische fließt, werden dann die Massen profitieren." Dass der Zynismus der Metapher nicht zum Aufstand der einst kämpferischen Arbeiterbewegung führte, spricht Bände über ihren Zustand und lässt sich nur zum Teil durch ihre Schwächung unter der Diktatur erklären. (2)

Neuzusammensetzung und Entsolidarisierung

Durchgesetzt wurde die Flexibilisierung der Arbeit in der Folge der vom IWF als der Bürokratie der Konzerne des Nordens wärmstens empfohlenen „Staatsumstrukturierung". Die Entrechtlichung und Entregelung der Arbeitsverhältnisse ermöglichte den Unternehmen neben der lange schon üblichen und weit verbreiteten Schwarzarbeit eine breite Palette von Arbeitsverträgen, die nicht nur kurzbefristete und Kettenverträge umfassen, sondern auch die Billig- oder gar Nulltarifverträge der „PraktikantInnen" und neuerdings den Einsatz von Arbeitslosen, die in Betrieben und Dienstleistungsunternehmen für ein bescheidenes Zubrot zu ihrer erniedrigen Sozialhilfe von 50 US-Dollar arbeiten. (3)

Auf lokaler Ebene hat die Auslagerung von Teilen der segmentierten Produktion zur Abspaltung einer kleinen Anzahl in relativ stabilen Verhältnissen arbeitender



Lohnabhängiger von einer vielfältig flexibilisierten Arbeitskraft geführt. Daraus resultiert die weitere Verbilligung, Entrechtung und Fragmentierung der Lohnabhängigen zugunsten einer intensivierten Verfügung des Kapitals über die Arbeitskraft und eines vergrößerten Spielraums für Konkurrenz.

Nach dem Zusammenbruch des Landes Ende 2001 und der Entwertung des Peso auf ein Drittel des vorherigen Werts teilen die dauerhaft und mehrfach prekarisierten Lohnabhängigen objektiv die erhebliche und fortschreitende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Zugleich verschob sich das Verhältnis Kapital – Arbeit erneut zugunsten des ersteren, konnten sich die Unternehmer doch immerhin über die Drittelung ihrer Schulden und die Banken über die Übernahme der Dollarkonten der kleinen Sparer freuen. Da die nun wieder wettbewerbsfähig gewordenen Exporteure die Preise jetzt wieder nach dem internationalen Preisniveau ausrichten konnten, verteuerten sich – wie gesagt: bei Verringerung der Kaufkraft der Löhne auf ein Drittel – die Preise für Lebensmittel noch einmal in nicht unerheblichem Umfang.

Die allgemein bekannten offiziellen Zahlen über die anhaltende Verarmung und Verelendung der Bevölkerung aber haben trotz der hier kurz skizzierten objektiven Gemeinsamkeiten eine lähmende Wirkung. (4) Tatsächlich führten der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Großraum Buenos Aires (vom Mai 1988 zum Mai 2003 von 6,3% auf 16,4%) und der Absturz von immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze (von 29,8% auf 51,7%) keineswegs zu einer Solidarisierung der Lohnabhängigen oder gar einer Infragestellung der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse, sondern eher zu ihrer Disziplinierung. (5) Die eingeimpfte Angst, die Arbeit zu verlieren oder die Chance eines möglichen Jobs zu verpassen, verkürzt die Zeitperspektive der Betroffenen auf den jetzigen Zustand.

Eine sehr wichtige Ausnahme bilden die landesweit über 10.000 ArbeiterInnen, die im Zuge von Arbeitskämpfen und zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze schon über 180 Betriebe besetzt haben und die Produktion bzw. Dienstleistung unter ihrer Kontrolle weiterführen. (6) Inzwischen haben sie sich auf nationaler Ebene vernetzt organisiert. Dass ihr Beispiel Schule macht, zeigt der rapide Zuwachs dieser Bewegung, die in 2001 mit der Besetzung der Keramikfabrik Zanon in der südlichen Stadt Neuquén und der Textilfabrik Brukman in Buenos Aires anfing. Doch auch wenn die ständige Konfrontation mit den kapitalistischen Strukturen bei der Mehrheit der BesetzerInnen einen Umdenkungsprozess beschleunigt hat, der sich vor allem in solidarischen Formen der Arbeitsorganisation ausdrückt, zeigen die unhinterfragte Fortsetzung eines – wenn auch egalisierten – Lohnarbeitsverhältnisse wie die gleichermaßen unhinterfragte Fortsetzung der privatisierten Lebensführung die Notwendigkeit weiterer Impulse.

Solidarität als Überlebensstrategie der Marginalisierten

Die in den letzten zehn Jahren teilweise oder endgültig aus der Produktion ausgeschlossenen Menschen bilden zusammen mit den Jugendlichen die große Masse der Arbeitslosen. Sie haben inzwischen verschiedene Überlebensstrategien wie Tauschmärkte, Gemeinschaftsküchen, Gemüsegärten und Schulprojekte entwickelt, geben sich neue organisatorische Strukturen und treten mit neuen Kampfformen auf. Dazu gehören natürlich die organisierte Straßenblockaden und die „Einwerbung“ von Lebensmitteln für die Volksküchen von den großen Supermärkten. Dazu gehört auch die Zurückweisung staatlicher Repression durch die Besetzung von Polizeirevieren, wie kürzlich noch einmal als Reaktion auf die Ermordung eines Aktivisten. Da sie buchstäblich nichts zu verlieren haben, konfrontieren sich die Leute ständig mit dem Staatsapparat und bringen dabei neue soziale Subjekte hervor. Ihre kämpferische Haltung sichert ihnen die Zustimmung der linken Gruppen und Parteien und zugleich das Unbehagen oder die Distanzierung der „Mitte“, die zwar ihre Forderungen berechtigt findet, nicht aber ihre Methoden: „Es kann doch nicht angehen, vermummt und mit Stöcken bewaffnet zu demonstrieren und den Verkehr zu behindern!“ Doch auch wenn die militant aufgeregte Rechte immer lauter nach „Ordnung und Sicherheit“ schreit und die Leute im merkwürdigen Konsens von links bis rechts zu „Revolutionären“ stilisiert werden – weit gefehlt, davon kann nicht die Rede sein.

Sichtbar wird das zum Beispiel am weit verbreiteten Rückgriff auf die Subsistenzwirtschaft. Denn keineswegs kann schon aus dem Umstand, dass die aus der Produktion Marginalisierten auf frühkapitalistische ländliche Produktionsformen zurückgreifen müssen, um überhaupt am Leben zu bleiben, geschlossen werden, dass sie dadurch und dabei gegen den Kapitalismus kämpfen, die verinnerlichten bürgerlichen Werte abgelegt haben und den Wert als Maßstab des Austausches in Frage stellen. Tatsächlich zeugt die Romanti-



sierung der Piqueteros seitens der Linken und noch stärker seitens der als Linke maskierten Reformisten vor allem von Wunschdenken. Das zeigt sich schon an ihrer kritiklosen Haltung gegenüber der Forderung aller Piqueteros-Organisationen nach „wirklicher Arbeit", mit der weder gegen die Lohnarbeit noch auch nur gegen den bürgerlichen Staat demonstriert wird. Im Gegenteil: Wenn in Argentinien derzeit überhaupt ein Gespenst umgeht, dann ist es das einer offenbar ungestillten Sehnsucht nach kapitalistisch geregelten Arbeitsverhältnissen ...

Die Prekarität der neuen Antworten

Aus der Perspektive des südlichen Südens hat die kapitalistische Welt sehr deutliche Konturen. Konturen, die keinen Spielraum für feine Differenzierungen lassen. Prekarisierung meint hier scharfe Polarisierung, noch mehr Armut, noch mehr Verelendung. Angesichts der allerdings unübersehbar gewordenen Verarmung beeilen sich die schnell wieder gesellschaftsfähig gewordenen bürgerlichen Parteien vergeblich, ihre verfeindeten Flügel zu kitten. So scheint die Stunde der „Progressiven" gekommen zu sein, die unter dem Label des „Neo-Keynesianismus" auf alte Rezepte in neuem Mix zurückgreifen. Néstor Kirchner, ihr „Präsident zum Anfassen", setzt auf einen „humanen Kapitalismus" und wundert sich gerade in diesen Tagen, dass einerseits die Arbeitslosenzahlen im zweiten Quartal des Jahres wieder zugenommen haben, andererseits der IWF gern wieder vorbeikommt. Na, so was! Doch der ambivalente Diskurs dieser Regierung zieht: Kirchner versucht, sich eine breite politische Basis zu schaffen, die von den Unternehmen über die ArbeiterInnen bis zu den Piqueteros reichen soll, um derart vereint „die nationale Bourgoisie wieder zu stärken".

Während die Rechte deshalb schon in Alarmbereitschaft gerät, präsentiert die linke Opposition in ihren unterschiedlichen Abgrenzungen ein buntes Bild verschiedener Optionen zu den Fragen der Wahlbeteiligung und Organisationsform. Erstaunlich durchgängig ist die – allen veränderten Bedingungen zum Trotz – ungebrochene Orientierung an den Marxisten des 20. Jahrhunderts. Zwar bemühen sich die Parteien, aber auch die heterogene parteilose Linke ernsthaft, der Situation gerecht zu werden und dazu hin und wieder, vor allem anlässlich konkreter Aktionen, punktuelle Bündnisse zu schließen. Doch dient währenddessen das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit weiter der Disziplinierung und Zerspaltung der Arbeitskraft – nichts Neues „im Prinzip", neu aber in der Art und Weise, in der das Kapital über die globale Arbeitskraft verfügt und lokal, regional und international die gesellschaftliche Neuzusammensetzung vollzieht.

So führt die weltweite Verteilung kleinzerlegter Arbeitsprozesse zu einer immer breiteren und tieferen Fragmentierung der Lohnabhängigen, die unter unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen an ihren jeweiligen Nationalstaat gebunden bleiben. Die Koordinierung und Kontrolle der segmentierten Produktion eines Produkts bleiben in den Zentralländern. Daraus resultiert eine zusätzliche Hierarchisierung der Arbeitskraft zwischen den Lohnabhängigen der zentralen und der peripheren Länder, die eine internationale Klassensolidarisierung erschwert. Zugleich müssen wir uns, da eine Eindämmung der vielfältigen Formen der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten ist, regional und lokal auf forcierte staatliche Versuche der fragmentierenden Kontrolle und kontrollierten Fragmentierung im Namen der „Regierbarkeit" einstellen – wenn überhaupt, dann liegt darin das Beispiel Argentiniens. Hinzu kommt, dass die Umstrukturierung der Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen, die die Sphäre der Reproduktion objektiv entscheidend prägt, subjektiv oft nur nach Maßgabe der von den traditionellen Parteien gelieferten Erklärungsmuster verarbeitet wird, so dass die neu entstandenen Zusammenhänge auch von dort her zu Konflikten und zur Vertiefung der Abgrenzungen innerhalb der gegeneinander ausgespielten untergeordneten Klassen führen: Eine Vereinheitlichung der vielfältigen Interessen scheint schon auf lokaler Ebene zunächst eher unwahrscheinlich. (7)

Konkretes Beispiel für einen Interessenkonflikt zwischen beschäftigten und nicht-beschäftigten Lohnabhängigen sind die wöchentlichen Aktionen der Piqueteros, deren Straßensperren ein pünktliches Erscheinen der Beschäftigten am Arbeitsplatz verhindern, die dadurch eine „Pünktlichkeitszulage" verlieren, auf die sie finanziell angewiesen sind. (8) Auf den



Punkt gebracht: Die Konfrontation mit Verarmung und Verelendung führt zum Verlust der bisherigen Orientierungsrahmen und wird nur sehr beschränkt kollektiv verarbeitet. Der nackte Überlebenskampf erzeugt neben der allgemeinen Verunsicherung eine Unmittelbarkeit, die bei Erwachsenen eine Lebensplanung nur in sehr kleinen Abschnitten zulässt und sie für populistische Versprechungen empfänglich macht. Parallel dazu breitet sich unter Jugendlichen eine verstärkte No-future-Stimmung aus.

Neue (Re-)Produktionsformen brauchen neue Kämpfe

Verschärfend kommt hinzu, dass mit der sinkenden Nachfrage nach der Arbeitskraft der Marginalisierten stillschweigend die Nachfrage nach der Verwertung ihres Körpers steigt. Tatsächlich werden seit Jahrzehnten schon die Babies der verelendenden lateinamerikanischer Familien in Europa und USA verkauft, während private Labors in großem Stil ihr Blut verwerten. (9) Neu ist, zumindest für uns, die Nachfrage nach Nieren, deren Preis wegen des gestiegenen Angebots auf dem Markt von 5.000 auf 3.000 US-Dollar gesunken ist. Von den linken Gruppen und Parteien wird diese Entwicklung kaum thematisiert – vielleicht, weil sie bis jetzt fast nur auf Frauen und Kinder beschränkt bleibt. Auch und gerade hier, in der Zuspitzung des Prozesses, zeigt sich, dass der Veränderung der Produktions- und Reproduktionsbedingungen nicht mehr begegnet werden kann mit einem Festhalten an einem politischen Instrumentarium, das in den revolutionären Kämpfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt wurde: Beharrung ist Leerlauf. Als besonders ungeeignet im Umgang mit einer heterogenisierten Realität erweist sich dabei die Parteiform mit ihren festen vertikalen Strukturen. So bleibt die unbequeme Frage, warum sich die Menschen trotz der unübersehbar katastrophalen Folgen kapitalistischer Realität für die Revolution nicht längst schon entschieden haben, auch in der Praxis nach wie vor unbeantwortet. Bleibt also nur eines: den Horizont einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung so klar und deutlich abzuzeichnen, dass es sich lohnt, dafür zu kämpfen. Für den Kommunismus.

***Dora de la Vega** ist eine dunkelhäutige Frau, alt und rundlich geworden, die sich als Übersetzerin verdingt und meistens in Cordoba, Argentinien, lebt. Sie ist Aktivistin des Colectivo Praxis Crítica, das zum wildwachsenden Spektrum der parteilosen KommunistInnen gehört und der Devise von Jorge Luis Borges folgt: „Uns eint nicht die Liebe, sondern der Schauder“.*

Anmerkungen:

1) Wörtl.: „Sie sollen alle gehen!“

2) Die Militärdiktatur als Wegbereiter neoliberaler Politik zerschlug die Arbeiterbewegung durch Ermordung und Inhaftierung ihrer kämpferischen Teile. Die politisch geschwächten Überlebenden waren innerhalb der bürokratisierten Gewerkschaften zunächst ziemlich isoliert. Zehn Jahre später gründeten sie vor der Einführung des neoliberalen Programms am 14.11.1992 „angesichts der Unterordnung gegenüber den Unternehmern und dem Verrat der Gewerkschaftsführung“ die Central de Trabajadores Argentinos (CTA), die ihre Vorsätze aber nicht einlöste.

3) Zum Vergleich: Der kleine Warenkorb für eine 4-köpfige Familie beziffert sich auf 500 US-Dollar. Allerdings umfasst er neuerdings, passend zur realen Entwicklung, nur noch ein Drittel der Güter, die eine solche Familie tatsächlich zum Leben braucht.

4) Statistikamt INDEC. . „Evolución de la pobreza y la desocupación en el Gran Buenos Aires desde 1988 en adelante“.

5) Eine Statistik des INDEC aus dem 1. Quartal 2004 zeigt, dass 45,8% der Arbeitskraft prekarisiert ist. Diese Zahl setzt sich aus Arbeitslosen (14,4%); Unterbeschäftigten (15,7%), arbeitssuchenden Unterbeschäftigten (10,5%) und nicht arbeitssuchenden Unterbeschäftigten (5,2%) zusammen. Als Beschäftigte zählt INDEC aber auch die Arbeitslosen, die in den Betrieben eine Gegenleistung für die Sozialhilfe erbringen müssen (!) oder Sozialhilfeempfänger sind. Oktober 2002 erhielten 23,6% der Arbeitslosen keine staatliche Unterstützung.

6) Eine Auflistung mit Beschreibung findet man auf Spanisch in der Website einer dieser Initiativen: http://coopjunin.tripod.com.ar/. Auf Deutsch vgl. http://www.wildcat-www.de/dossiers/latina/arg_occu.htm.

7) In Dezember 2001 kam es zu einem kurzen Bündnis, das sehr schnell zerbröckelte.

8) Der Lohn wird aktuell durch verschiedene Zulagen „aufgebessert“, die bei der Berechnung der Unternehmerabgaben keine Relevanz haben, wohl aber für Steuerentlastungen.

9) Große Aufmerksamkeit erregte in Juli 2000 die journalistische Aufdeckung eines Rings von Ärzten, Anwälten, einer Richterin und einer Parlamentarierin in der westnördlichen Provinz Misiones, der das lukrative Geschäft des Babyhandels betrieb.

Chronik eines angekündigten Aufstands

Ländliche Prekarität in Südafrika

Von Mercia Andrews

Zum Ende des ersten Jahrzehnts der vielgerühmten südafrikanischen Demokratie wird sichtbar, wie die Aktualität der sozialen Kämpfe nicht nur die unmittelbare Gegenwart, sondern noch die Jahrhunderte umfasst, die ihr vorausgehen. Soll die ländliche Prekarität – die im Begriff einer den Alltag von Millionen prägenden „Ernährungsunsicherheit" den drohenden Hungertod meint – überwunden werden, gilt es, Unrechts-, Ausbeutungs- und Eigentumsverhältnisse umzuwälzen, die weit in die Epoche des Kolonialismus zurückreichen. So ist die Landfrage Südafrikas noch immer auch eine europäische Frage.

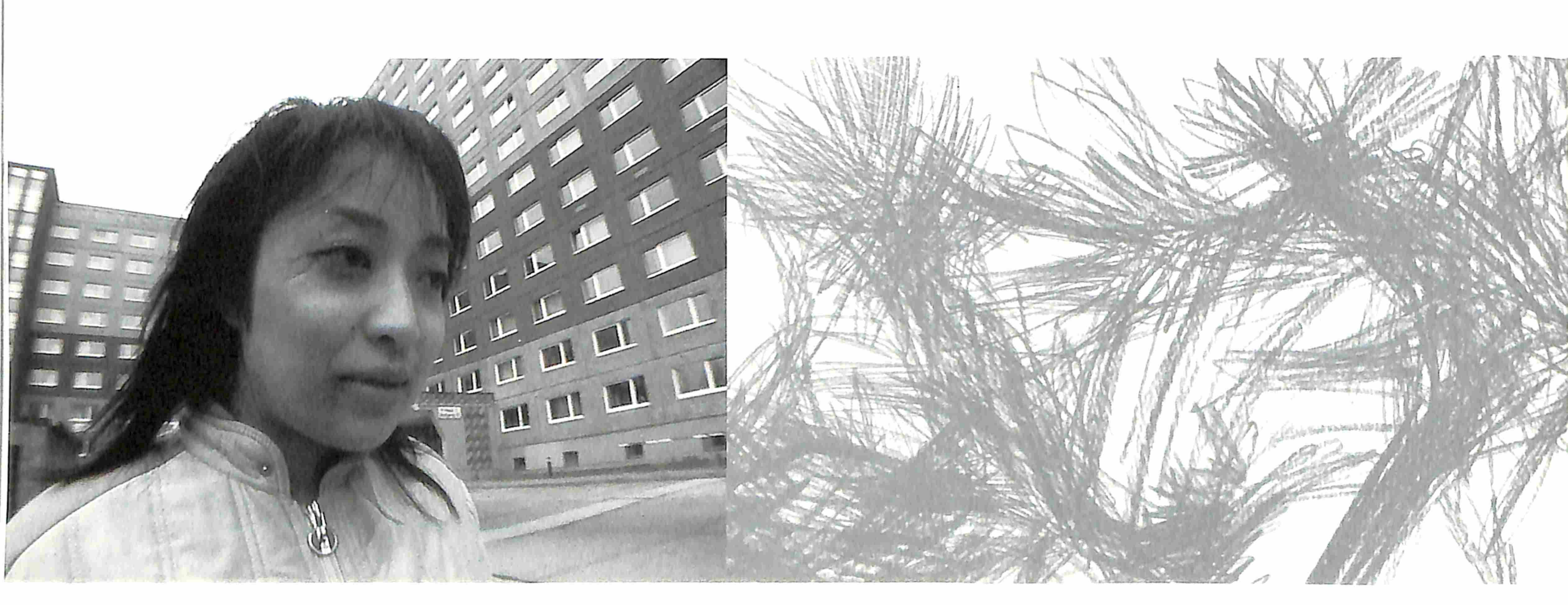
Dieses Jahr war für Südafrika zugleich ein Jahr der Reflexion und des Feierns, gedachte das Land doch der ersten zehn Jahre seiner Demokratie. Passend zum Anlass fanden zum dritten Mal allgemeine, freie und direkte Wahlen statt. Mit ihnen lief, darin waren sich viele BeobachterInnen einig, die dem *African National Congress* (ANC) als der „Partei der Befreiung" gewährte „Gnadenfrist" endgültig ab. Das tatsächliche Wahlergebnis fiel dann aber widersprüchlich aus. Einerseits wurde der ANC in allen neun Provinzen mit überragendem Vorsprung wiedergewählt, andererseits nahm die Zahl der Leute, die sich überhaupt als WählerInnen registrieren ließ, drastisch ab und sank auf nur noch 57% der Erwachsenen. Dennoch wuchs unterm Strich vor allem auf dem Land und hier besonders unter den Frauen die absolute Zahl der ANC-WählerInnen. Angesichts der harten Realitäten fortdauernder ländlicher Prekarität und des zögerlichen Schritts in der Einlösung der vom ANC gegebenen Versprechungen war das für viele politische AnalytikerInnen überraschend. Allerdings wurde die Landfrage während des gesamten Wahlkampfs mit eisigem Schweigen übergangen.

Als Präsident Thabo Mbeki zu Beginn des Jahres 2004 den Wahlkampf des ANC eröffnete, wurde erstmals in aller Öffentlichkeit anerkannt, wie wenig das abgelaufene erste Jahrzehnt der Demokratie an der hohen Rate der Erwerbslosigkeit (40%), den großen Ungleichheiten und der Armut Südafrikas geändert hat.

Das Erbe der Apartheid ...

Obwohl Armut überall herrscht, trifft sie vor allem die ländlichen Gegenden. 2003 belegte eine Studie des Landwirtschaftsamtes zur Ernährungssituation und den Nahrungsmittelpreisen, dass „viele Haushalte noch immer fortgesetzter Ernährungsunsicherheit, Mangelernährung und Erwerbslosigkeit ausgesetzt sind und die Ernährungsunsicherheit insgesamt über 14 Millionen Menschen trifft". Für ein Land, das in derselben Studie belegen kann, die Ernährung seiner Bevölkerung jedenfalls im statistischen Durchschnitt sichergestellt zu haben und darüber hinaus der größte Nahrungsmittelexporteur in die Region des südlichen Afrika und die Europäische Union geworden zu sein, zeigt ein solches Maß tatsächlicher Ernährungsunsicherheit die tiefe Kluft zwischen Reichtum und Armut und die enorme Ungleichheit in der Verteilung der Ressourcen.

Obwohl die Geschichte des Kolonialismus und der Apartheid die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Südafrikas zutiefst prägt, of-



fenbart die Landfrage Dimensionen des Unrechts und der Ausbeutung, die spezifisch aus der Weise resultieren, in der gerade die indigenen Menschen systematisch enteignet, gewaltsam vertrieben und ihrer angestammten Rechte, ihres Lebensunterhalts und ihrer sozialen Bindungen beraubt wurden. Der koloniale Landraub beläuft sich auf nicht weniger als 90% des Gesamtfläche Südafrikas, von der sich noch heute 87% im Besitz weißer kommerzieller Farmer und des Staates befinden. Ein anderer Schlüssel zur Geschichte liegt in der Tatsache, dass die meisten AfrikanerInnen per Gesetz daran gehindert wurden, Land besitzen zu können, und so gezwungen wurden, zu FarmarbeiterInnen, TagelöhnerInnen oder illegalisierten SiedlerInnen zu werden, denen nach wie vor jeder Zugang zu eigenem Land verwehrt wird.

Insofern hatte die ANC-Regierung eine Situation extremer Ungleichheiten und extremer Unterentwicklung zu übernehmen. Ohne jeden Zweifel kann die Herausforderung, das ländliche Südafrika von den Lasten einer jahrhundertealten kolonialen und rassistischen Herrschaft zu befreien, nur mit einem außerordentlichen politischen Willen angenommen werden, der sich in ebenso außerordentlichen Maßnahmen artikulieren muss.

... ist und bleibt unser Erbe

Obwohl die letzten zehn Jahre unserem Land in politischer Hinsicht eine Vielzahl bedeutender und grundlegender Veränderungen gebracht haben, konnte Prof. Fred Hendricks auf dem vom *Trust for Community Outreach and Education* (TCOE) im Dezember 2003 in Port Elizabeth organisierten Peoples Tribunal on Landlessness zu Recht feststellen: „Die ökonomische Struktur und besonders die Eigentumsverhältnisse Südafrikas sind nahezu unverändert geblieben. Auch wenn die politischen und sozialen Fesseln der Apartheid gelöst wurden, haben Jahrzehnte der Unterdrückung eine ökonomische Realität geschaffen, in der nur sehr wenige Schwarze in der Lage sind, Land zu erwerben." (1) Diese Sätze bringen die Tatsache auf den Punkt, dass zwar 52% der SüdafrikanerInnen, also rund 20 Millionen Menschen, auf dem Land leben, zugleich aber nur 26% der afrikanischen Haushalte Zugang zu einem Grundstück haben, das für eine kleine Gemüseproduktion ausreicht, und wiederum nur 24% dieser Haushalte über zumindest ein wenig eigenes Vieh verfügen. In einigen ländlichen Gemeinden der Provinz Eastern Cape liegt die Erwerbslosenrate bei 68%; viele der jungen Männer haben seit ihrer Schulzeit nicht mehr gearbeitet.

Die systematische Unterwicklung vieler Gegenden, vor allem der früheren „Homelands", zeigt sich in der Überbevölkerung, der Überweidung, der Bodenerosion und dem Mangel an trinkbarem Wasser. Deshalb sind viele Leute auf dem Land Wilderer und Viehdiebe geworden, die in ihrem Kampf ums nackte Überleben natürlich auch auf die Umwelt keinerlei Rücksicht nehmen können. Viele Gemeinden verfügen kaum über eine Infrastruktur von Straßen bzw. der Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Ein Hauptproblem ist der Zugang zu einem umfassenden Basisgesundheitsdienst, was gerade angesichts der krassen und entmutigenden Realitäten der HIV/AIDS-Epidemie von Bedeutung ist, die dem Land obendrein die Luft zum Atmen raubt.



„berechtigt zur Wiedererlangung des Besitzes"

Das letzte Jahrzehnt führte im Zuge der Einholung Südafrikas in die globale Ökonomie und seiner Öffnung zum liberalisierten Welthandel zu einer vollständigen Umwälzung der Struktur der Landwirtschaft. Dabei kam es zu großflächigen Vertreibungen von FarmerInnen von ihrem Boden, in deren Verlauf schätzungsweise 300.000 Menschen land- und erwerbslos wurden. Die Restrukturierung, Öffnung und Libera-

lisierung der Landwirtschaft folgte allein den Interessen der Konzerne des Agrobusiness und verspielte die Chance einer Landreform im Interesse derer, die für ihr Überleben darauf angewiesen sind.

Dabei hat es seit 1994 eine ganze Reihe von Versuchen gegeben, die unübersehbare Ungleichheit in den Eigentumsverhältnissen ebenso zu überwinden wie die institutionellen und strukturellen Hindernisse, die das Apartheidregime dem Bedürfnis der Unterdrückten nach einem Zugang zum Land in den Weg gelegt hat.



Den wichtigsten gesetzliche Rahmen, den die ANC-Regierung dafür geschaffen hat, stellt die 1996 verabschiedete Verfassung der Republik Südafrika dar, in der es heißt:

„Der Staat muss nach den ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen angemessene legislative und andere Maßnahmen ergreifen, um Bedingungen zu schaffen, die den BürgerInnen auf gerechter Grundlage einen Zugang zu Land einräumen.

Eine Person oder Gemeinde, deren Landbesitz infolge vergangener Gesetze oder Praktiken rassischer Diskriminierung rechtlich unsicher ist, ist nach Maßen, die eine Entscheidung des Parlaments festzulegen hat, berechtigt zu einem gesicherten Besitz oder angemessener Wiedergutmachung.

Eine Person oder Gemeinde, die nach dem 19. Juni 1913 infolge vergangener Gesetze oder Praktiken rassischer Diskriminierung ihres Besitzes enteignet wurde, ist nach Maßen, die eine Entscheidung des Parlaments festzulegen hat, berechtigt zur Wiedererlangung ihres Besitzes oder angemessener Wiedergutmachung." (2)

Tatsächlich aber wurden im Zuge verschiedener Landreformen wie der des 29. Februar 2004 noch nicht einmal 2,5 Millionen Hektar Land umverteilt. Dabei handelt es sich gerade eben um 2,9% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche außerhalb der früheren „Homelands" – nicht einmal ein Zehntel der bis zum Jahr 2015 offiziell anvisierten 30%. Insgesamt beträgt die Fläche kommerziell genutzten Agrarlands außerhalb der früheren „Homelands" geschätzte 86,2 Millionen Hektar, von dem sich das meiste im Besitz von etwa 55.000 weißen Farmern befindet.

Doch schützen sowohl die Verfassung wie der politische Rahmen nicht nur das Privateigentum und erhalten so den durch die Apartheid geschaffenen Status Quo – sie sind darüber hinaus ausdrücklich dem Schutz der weißen Farmer verpflichtet. Die herrschende „neue Politik" verfehlt damit die versprochene Änderung der Besitzverhältnisse und erst recht die versprochene Wiedergutmachung der historischen Enteignung. Statt eine Landreform im Interesse der Massen der ländlichen Armen zu entwerfen, sorgt die Politik der Regierung für den Fortbestand des gegebenen Verhältnisse – noch einmal: 87% des Landes in weißem, 13% in schwarzem Besitz. Sie sorgt damit aber auch für den Fortbestand der ländlichen Prekarität und der Unterentwicklung des ländlichen Südafrika. Hat die Apartheid der Mehrheit der Südafrikanerinnen die Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum verweigert, verfestigt, ja vertieft der Neoliberalismus ihren Ausschluss. So wird Land noch einmal zu einer politischen Frage und der Kampf um Land kehrt auf die politische Agenda zurück.

Übersetzung: **Thomas Seibert**

***Mercia Andrews** lebt in Kapstadt. Sie arbeitet bei der NGO Trust for Community Outreach and Education (TCOE), die im Dezember vergangenen Jahres das Peoples Tribunal on Landlessness organisiert hat. Im Frühjahr 2005 wird in Deutschland eine Ausstellung zum Tribunal zu sehen sein.*

Anmerkungen:

1) TCOE (Hg.), From Dispossession to Repossession. Peoples Tribunal of South Africe. Port Elizabeth, 6. /7. Dezember 2003. Tribunal Report

2) Verfassung der Republik Südafrika, Grundrechte, Sektion 13: Sklaverei, Knechtschaft und Zwangsarbeit (eigene Übersetzung) Vgl. http://www.polity.org.za/html/govdocs/constitution/saconst.html

Baden-Baden
- Bahnhofsbuchhandlung

Berlin
- Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150
- b_book, Lübbener Str. 11
- Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4
- Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16
- Infoladen Daneben, Liebigstr. 34
- Kisch & Co., Oranienstr. 25, 10999 Berlin
- Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99
- O 21, Oranienstr. 21
- Schwarze Risse, Kastanienallee 85
- Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a
- pro qm, Alte Schoenhauser Str. 48

Bielefeld
- Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

Bochum
- Notstand Büchertisch u. Archiv, Uni Bochum

Bonn
- Buchladen 46, Kaiserstr. 46
- Le Sabot, Breite Str. 76

Braunschweig
- Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen
- Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
- Buchcafé Andere Seiten, Brunnenstr. 15/16
- Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12

Bruchsal
- Bahnhofsbuchhandlung

Darmstadt
- Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Donaueschingen
- Bahnhofsbuchhandlung

Dortmund
- Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107
- Taranta Buba, Humboldtstr. 44

Düsseldorf
- Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1
- Büro für ständige Einmischung, Corneliusstr. 108

Duisburg
- Buchhandlung Weltbühne, Gneisenaustr. 226

Essen
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Erfurt
- Bahnhofsbuchhandlung

Flensburg
- Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.
- Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23
- Infoladen Exzess, Leipzigerstr. 91
- Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11
- Uni Buch, Jügelstr. 1
- Land in Sicht, Rotteckstr. 13
- Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18
- Bahnhofsbuchhandlung

Freiburg i.Br.
- Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15
- Bahnhofsbuchhandlung

Giessen
- Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44

Göttingen
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7
- Bahnhofsbuchhandlung

Hagen
- Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Hamburg
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55
- Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 171
- Buchhandlung Nautilus, Friedensallee 7-9
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 28
- Rasta Village, Nernstweg 10
- Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46
- Tabakladen, Spritzenplatz

Hanau
- Buchladen, Am Freiheitsplatz 6

Hannover
- Asta Uni Hannover, Welfengarten 1
- Buchladen Annabee, Gerberstr. 6

Heidelberg
- Bahnhofsbuchhandlung
- Infoladen im Gegendruck, Fischergasse 2

Herford
- Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Karlsruhe
- Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1
- Der andere Buchladen, Marienstr. 15
- Infoladen, Schwarzwaldstr. 79

Kassel
- Bahnhofsbuchhandlung (Hbf + Wilhelmshöhe)

Kiel
- Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln
- Bunt Buchhandlung, Ehrenstr. 86
- Der andere Buchladen, Weyertal 32

Konstanz
- Bahnhofsbuchhandlung

Lübeck
- Infoladen Lübeck, Willy-Brandt-Allee 9

Mannheim
- Der andere Buchladen, M2, 1
- Bahnhofsbuchhandlung

Marburg
- Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

München
- Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster
- Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12
- Infoladen Bankrott, Dahlweg 64
- Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Nürnberg
- Bahnhofsbuchhandlung
- Bücherkiste, Schlehengasse 12

Oldenburg
- Buchhandlung Carl von Ossietzky, Marktstr. 24

Osnabrück
- Infoladen Zett, Alte Münze 12

Paderborn
- Infoladen Paderborn, Borchenerstr. 12

Pforzheim
- Bahnhofsbuchhandlung

Potsdam
- Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28

Rastatt
- Bahnhofsbuchhandlung

Ravensburg
- Kulturladen Karacho, Bachstr. 27

Recklinghausen
- Attatroll, Paulusstr. 2

Saarbrücken
- Der Buchladen, Försterstr. 14

Schwalmstadt
- Buchhandlung Goebel, Hessenallee 9

Siegen
- Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Singen
- Bahnhofsbuchhandlung

Stuttgart
- Infoladen Ludwigstraße 110a

Trier
- Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen
- Der faire Kaufladen, Marktgasse 13

Weimar
- Bahnhofsbuchhandlung

Weinheim
- Bahnhofsbuchhandlung

Wiesbaden
- Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

Würzburg
- Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23/25

Wuppertal
- Autonomes Zentrum, Markomannestr. 3

ÖSTERREICH

Bregenz
- Infoladen, Bahnhofstr. 47

Wels
- Infoladen, Spitalhof 3

Wien
- Infoladen Zehn, Wielandgasse 2-4

SCHWEIZ

St. Gallen
- Comedia, Katharinengasse 20

Zürich
- Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60
- TAT und RAT, Roeschibachstr. 69

***SCHWEDEN*, Stockholm**
- Bokhandeln Info, Tjärhovsgatan 44

NIEDERLANDE

Amsterdam
- Het Fort van Sjakoo, Jodenbreetstraat 24

Groningen
- Boekhandel Rosa, Folkingedwarstraat 16A

Utrecht
- De Rooie Rat, Oudegracht 65

JAHRESABO: 2 X FANTÔMAS UND 11 X AK

O **3 Ausgaben von *ak* für nur 5 €!** (Schein beilegen oder überweisen)
(wenn nicht nach Erhalt der zweiten Ausgabe gekündigt wird, wird dieses Angebot automatisch zum Jahresabo)

Ich will ***ak*** im Abonnement beziehen.

Aboart	**halbjährlich**	**jährlich**
Normalabo (Inland)	O € 27,-	O € 53,-
Normalabo (Europa)	O € 32,-	O € 63,-
Förderabo	ab O € 43,-	ab O € 85,-

(Luftpostzuschlag auf Anfrage)

für Menschen mit geringem Einkommen

Sozialabo	O € 19.-	O € 37.-

Zahlungsweise:

O Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen

O Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 788 836-202
(IBAN: DE 23 2001 0020 0788 8362 02 / BIC: PBNKDEFF)

Das Abonnement ist bis spätestens zwei Wochen vor dem Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

....
Ort, Datum Unterschrift

AbsenderIn: ....

....

....

....

An
analyse & kritik
Rombergstraße 10
20255 Hamburg

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ***ak*** bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kto.Nr. BLZ

bei der

mittels Lastschrift einzuziehen.

.... , den ....
Unterschrift

was tun?

fragt nach dem, was uns bevorsteht und bringt so, in ein und demselben zug, uns und die geschichte ins spiel. die machen menschen zwar, wie marx sagt, nicht aus freien stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten umständen. doch können wir sie dabei, auch das sagt marx, zu unserer eigenen geschichte machen.

- ☐ *sozialistische selbsthilfe mülheim* über eine entgrenzung der arbeit, für die prekarisierung mittel und rohstoff ist.
- ☐ *wompel + hauer + rätz* über den kampf um das, was recht sein soll, für alle, überall.
- ☐ *gesa + heike + natalie + tanja + urs* über den sinn, den es machen kann, prekarität einstweilen als privileg zu nutzen.
- ☐ *bankleer* über künste + politiken in unsicherer zeit, hier und übers ganze heft verteilt.
- ☐ *redaktion fantômas* über dieses heft.

Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft

Ein Gespräch mit der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim

Die Arbeit der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM) in Köln dreht sich seit eh und je um die Prekarität des Lebens und Überlebens unter kapitalistischen Bedingungen. Die SSM ist eine politische Gruppe, ein Wohn- und Lebenszusammenhang – und eine Firma mit Sitz in einer alten Fabrik, die 1979 besetzt, dreizehn Jahren später legalisiert wurde. Alles, was das Kollektiv tut, gilt seinen SozialistInnen als „Arbeit": Umzüge fahren, Möbel restaurieren und verkaufen, Flugblätter schreiben, Häuser (instand-)besetzen, Essen kochen, Kinder betreuen, die Diskussionen auf dem täglichen Plenum. Wie das seit 1969 zusammengeht, darüber sprach *Fantômas* mit Sven Loeffler, Rainer Kippe, Thomas Könermann, Ranne Michels und Heinz Weinhausen.

Fantômas: *Bei einem linksradikalen Projekt, das schon 35 Jahre auf dem Buckel hat, zielt die erste Frage natürlich auf diese außergewöhnliche Geschichte selbst – wie geht so was?*

Rainer: Die Geschichte der SSM fängt mit der Studentenbewegung an, mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und seiner „Heimkampagne". Aus der entstand 1969 eine Gruppe, die sich „Sozialpädagogische Sondermaßnahme Köln" (SSK) nannte und in mehreren Häusern Wohngemeinschaften mit jugendlichen Obdachlosen betrieb. 1974 wurden die Häuser von der Stadt geschlossen und alle Mittel gestrichen. Wir fingen dann als „Sozialistische Selbsthilfe Köln" neu an, besetzten Häuser in mehreren Stadtteilen. Dazwischen lagen die putschartige Auflösung des SDS durch seine Führungsclique, der Abmarsch all der Studierten in ihre „Arbeiterparteien", bald drauf die große Enttäuschung übers Proletariat und der Rückzug und Aufstieg in die Professur oder sonst wohin.
Auch ich hab erst studiert, Jura und orientalische Sprachen, wollte Jurist werden oder in den diplomatischen Dienst. 68 habe ich am Rektorat die Türen eingetreten und hatte 13 Strafverfahren. Das war die eine Seite. Da hab ich geguckt, was die Leute so machen und hab gedacht: Das kann's nicht gewesen sein. Darauf war die SSK eine Antwort. Mit der Alternativbewegung dieser Jahre hatte das aber nur bedingt zu tun, wir hatten und haben ein anderes, ein sozialrevolutionäres Selbstverständnis, beziehen uns nicht nur auf uns selbst, sondern immer auf die Leute, die im kapitalistischen System unter die Räder kommen. Das sind zuerst obdachlose Jugendliche gewesen, später Leute aus der Psychiatrie, auch Behinderte. Zugleich haben wir uns mit der Wonungsnot, der Sanierung, der Vertreibung im Stadtteil auseinandergesetzt. Dass wir dann die politische Arbeit mit Hausbesetzungen und mit Umzügen und Möbelverkauf verbunden haben, hatte mit einem organisatorischen Problem zu tun: Wir mussten an die Stelle der Lohnarbeit was anderes setzen, weil diese Menschen nicht in der Lage wa-

ren, im Lohnarbeitssystem zu funktionieren. Nach dem Verbot haben wir gesagt: Dann machen wir einfach als Firma weiter. Wir haben uns das damals von Emmaus, einem anderen Selbsthilfeprojekt abgeguckt. Wir haben gedacht: Die können das, das können wir auch, für unsere Leute und für uns selbst, als politische und als Lebensperspektive, bis hin zum Kinderkriegen.

Wie viele wart ihr damals, wie viele Häuser hattet ihr?



Ranne: Das ging immer rauf und runter. Wir hatten am Salierring zwei Häuser, auf der Vorgebirgstraße eins, in Ehrenfeld zwei, in Bensberg eins, in Porz mehrere Häuser und in Waldbröl war noch eine Gruppe. Auch die Dortmunder und die Bielefelder Selbsthilfe gingen aus der SSK hervor. Anfangs, als wir Geld von der Stadt bekamen, kamen Hunderte, manchmal Tausende Jugendliche allein nach Köln; viele, die aus Heimen geflohen waren, erwerbslos waren, Drogen nahmen, tranken. Beim Start als Selbsthilfe ist die Gruppe auf zehn, fünfzehn Leute geschmolzen, dann wieder gewachsen, mehrere hundert Leute in mehreren Gruppen. Insgesamt an die zehn Gruppen, von denen heute noch die Hälfte existiert.

Die Arbeit mit Heimzöglingen und Psychiatrisierten, hat sich das einfach praktisch entwickelt oder gab es die strategische Entscheidung, sich an die Ausgeschlossenen zu wenden, um eine andere Form von Politik und auch von Leben zu organisieren?

Rainer: Es war zuerst eher eine praktische Sache; die kamen und wir mussten reagieren. Aber wir standen auch dafür, wir dachten: Die Ausgeschlossenen und die prekären Lebensverhältnisse, das sind die, die Veränderungen in sich tragen. Wir haben dann Texte, auch zwei Bücher geschrieben, eins hieß „Ausschuss“, das war 1970, das andere kam 1975 raus und hieß „Aufbruch“. Da haben wir versucht darzustellen, wie Arbeit in der Gesellschaft anders organisiert werden kann. Wir sind vom Marxismus ausgegangen und haben uns doch vom Marxismus nicht blockieren lassen, da, wo der ganz auf die Lohnarbeit baut. Für die Dogmatiker wurden wir deshalb zu Revisionisten. Wir haben uns dann verrenken müssen, um in der Linken nicht unterzugehen, haben gesagt, dass mit den Heimen, mit der Psychiatrie auch die Arbeiterklasse bedroht wird, dass mit den Ausgeschlossenen zusammen auch die proletarischen Jugendlichen besser kämpfen können usw., wir mussten da schon die Türen offen halten.

Ranne: Uns haben sie in alle Ecken geschoben. Der Sozialdezernent hat gesagt, wir wären Bettelmönche, stand auch mal im Stern. Man hat uns die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft genannt. Weil wir uns immer an den Elendsten orientiert haben, gab's Konflikte auch mit der Alternativbewegung, die schnell erfolgreich und dann behäbig wurde. Wir haben immer am Existenzminimum gekraucht und trotzdem neue Leute aufgenommen, die auch geschädigt waren, uns beklaut haben, mit dem LKW abgehauen sind, die Kasse mitgenommen, uns die Bude angezündet, nachts die Fenster eingeschlagen und auf der Straße gestanden und geschrien haben. Die haben Wahnsinnsanfälle gekriegt. Jede Nacht sind wir durchgegangen und haben geschaut, sind alle Öfen aus? Das war schon dramatisch. Da waren immer zwei Seiten: Das eine, das war ihre persönliche Panik, das Drama. Auf der anderen Seite waren sie auch begeisterungsfähig, veränderungsfähig. Das ist noch heute so.

In der Chronik der SSM heißt es: „1975: Aufhebung der Unterschiede zwischen Betreuern und Betreuten. Alle sind gleichwertige Mitglieder und kämpfen als solche für eine gerechtere soziale Ordnung.“

Rainer: Das war und ist natürlich sehr schwierig für alle Beteiligten und hat eben mit dem politischen Selbstverständnis zu tun. Wir haben zwar viel von Emmaus gelernt, und doch ist der Unterschied der politische: Wir haben nicht Wohltaten vollbracht, sondern die Mächtigen in dieser Stadt angegriffen, haben im Kontext der Stadtsanierung ganze Straßenzüge besetzt und dabei nie nur für uns ein „Autonomes Zentrum“ oder so was haben wollen. Das wirkt dann nach außen und wirkt nach innen. Es ist einfach so: Die hier sind, folgen einem Wunsch nach Freiheit, nach selbstständigem Leben. Das betrifft auch unsere Sitzungen hier, jede Woche, das ist eine Ansammlung von Querköpfen. Wir diskutieren im Konsensprinzip, nicht als Ziel, sondern weil das nicht anders geht. Und wenn man müde ist, dann sagt man, o.k., machen wirs eben so und probieren das mal. Also hier ist Kollektivismus und dahinter ein extremer Individualismus. Allerdings sind wir relativ arm, viel Geld haben wir nicht. Da muss man schon einen Preis bezahlen, anständigerweise.

Hat das auch zum Bruch in der SSK geführt?

Ranne: Also das von der Spaltung her zu betrachten ist schwer, mit etwas mehr Toleranz hätten wir zusammenbleiben können. Es ging um die Selbstständigkeit der einzelnen Gruppen der SSK unter ihren lokalen Bedingungen. Wir haben 1979 hier in Mühlheim die alte Fabrik besetzt, in der wir noch heute leben und arbeiten, die wir fortlaufend ausbauen, um mehr Lebens- und Arbeitsraum zu haben. 1993 ist das endlich legalisiert worden. In der Zwischenzeit sind wir hier zu einer sozialen und politischen Kraft geworden, in enger Kooperation mit anderen, mit den Leuten im Stadtteil, mit der Verwaltung, mit der Kirche, auch mit politischen Organisationen, den Jusos, der DKP, sogar mit der CDU. Denn hier gab's 70% SPD, und die lokale CDU gehörte zum linken Flügel der Partei, da gab's gute Leute, die uns gedeckt haben. Das hat zu Auseinandersetzungen mit anderen Gruppen der SSK geführt, die haben uns dann den Namen streitig gemacht, und deshalb firmieren wir seit 1985/86 als „Sozialistische Selbsthilfe Mülheim" (SSM).

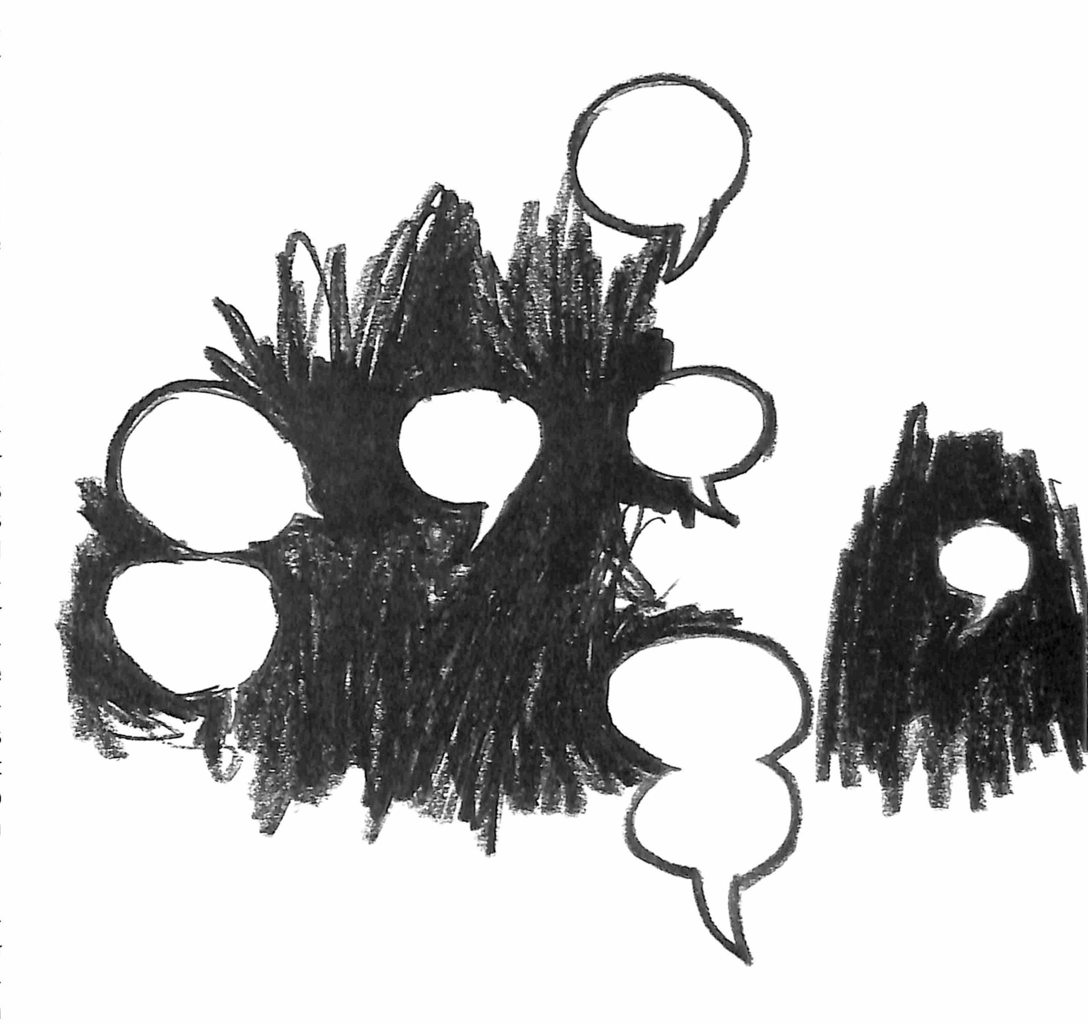
Rainer: Wir haben immer gesagt, wer in praktischen Fragen ähnliche Auffassungen hat, mit dem machen wir ein Bündnis. Hier nebenan war ein Fabrikant, der gehörte zu einer Baptistengemeinde, war von der Sanierung bedroht und hat uns Wasser und Strom gegeben. Der hat uns respektiert und seine Arbeiter auch. Und dass wir nicht geräumt wurden über Jahre, hing auch an einem CDU-Mann in der Verwaltung, der hat unsere Räumungsakte auf den Tisch bekommen und hat sie dann immer wieder unter die anderen Akten geschoben, „auf Wiedervorlage". Das gehört zum politischen Kampf: Du musst immer den Schlüssel finden. Das ist Mao Tse Tung: Schwimmen wie der Fisch im Wasser.

Heinz: Die SSM hat stets Projekte mit anderen gemacht, auch im Unterschied zur SSK. Wir haben uns an einem biologischen Landbauprojekt beteiligt, haben den „Kulturbunker" in Mülheim zehn Jahre lang mit auf den Weg gebracht. Wir haben Aufgaben für andere übernommen, uns dann aber auch wieder zurückgezogen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Mieterprojekten. Wenn Häuser besetzt wurden, haben wir Gespräche mit der Verwaltung geführt, haben von Anfang an drauf geachtet, dass dafür Bereitschaft bestand. Wir haben mit dafür gesorgt, dass die Leute einen Verein gegründet haben, sich Modernisierungsmittel beschafft haben. Die sind jetzt als Erbpächter praktisch Eigentümer ihrer Häuser. Dann haben wir ein Wohnraumprojekt mit Obdachlosen auf der anderen Rheinseite begonnen. Solche Projekte gibt man dann aus der Hand, und das schließt ein, dass sie nicht so laufen, nicht so werden, wie man das wollte.

Rainer: Wir geben Anstöße, aber wir können und wollen nicht bestimmen, was draus wird. Jetzt sind wir an was Größerem dran, das nennen wir „Industriebrache". Ein großes Gelände, 11 Hektar, wo Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten für die Leute geschaffen werden können auch kommen, da kann ein Konflikt draus werden, der über uns rausgeht.

Passen solche Projekte der Abfederung der Ausgeschlossenen nicht ganz gut in die aktuelle gesellschaftliche Situation?

Heinz: Nee, wir setzen ja auf eine andere Lebensqualität. Deshalb ist in Verhandlungen mit der Stadt auch immer unser Punkt, dass wir zwar Unterstützung wollen – aber kein Geld, sondern Ressourcen, das Gelände der SSM zum Beispiel. Das ist ja immer noch nicht ganz sicher, da



jenseits von Lohnarbeit, wo die Leute sich selber Häuser bauen und sich Werkstätten schaffen können, um mit weniger Geld auszukommen, auch durch Subsistenzproduktion. Wir propagieren das politisch, haben dafür lokale Vereine, auch Künstler angesprochen, erst mal zum Herbst hin, da findet dort eine „Architekturwoche" statt, organisiert vom Architektenbund BDA. Wir wollen, dass die Menschen auf das Gelände gehen und damit in Kontakt kämpfen wir jetzt noch drum. Die Frage nach der Lebensqualität ist die Leitfrage auch in der Firma. Das Besondere ist eben, dass wir nicht unbedingt mehr Umsatz haben müssen, weil wir nicht so in den Marktzwängen, nicht in dieser Wachstumsschiene sind. Wir müssen nicht die neuesten Maschinen abbezahlen, sind nicht in der Kreditfalle drin. Dadurch kommen wir über die Runden, können sogar überlegen, nehmen wir den Auf-

trag oder nehmen wir ihn nicht. Wir müssen nicht auf Teufel komm raus auf dem LKW sein. Der fährt fast jeden Tag, aber wir können das Team wechseln. Wir können sorgsamer miteinander umgehen. Das hängt auch mit den Behinderten zusammen, die mit uns leben und arbeiten, Freddy und Peter zum Beispiel. Wenn wir was Neues anfangen, kommt immer die Frage: „Ist das auch was für Freddy und Peter? Können die da mit?" Das kann ein Grund sein, Sachen sein zu lassen, die sich rechnen würden, die wir aber als Kollektiv nicht wollen.

Was das Schwimmen im Wasser angeht, konkret ökonomisch: habt ihr eine soziale Absicherung?

Heinz: Keine wirkliche. Wir haben eine günstige Krankenversicherung, aber die Rente, die wir zu erwarten haben, kannst Du nicht ernst nehmen. Wir haben aber gelernt, anders zu leben, kommen mit viel weniger Geld aus, nutzen die Sachen anders. Wir haben unseren gemeinsamen Wohn- und Arbeitsraum, und gleichzeitig hat jeder seinen eigenen Wohnraum, wir brauchen keine Kleidung zu kaufen, die SSM stellt Telefon, zusammengebastelte Computer samt Internet. Darüber hinaus erhält jeder dasselbe Geld ausgezahlt, nicht sehr viel natürlich, aber immerhin. Es geht nur so: Entweder Du bleibst hier, auch wenn Du alt bist, hast eine Grundrente, kannst hier wohnen, noch ein wenig mitmachen und lebst vergleichsweise überm Durchschnitt. Oder Du gehst hier raus und musst mit Sozialhilfe auskommen.

Es gibt also eine Abhängigkeit von der Gruppe, oder?

Ranne: Für mich gilt das nicht, eben weil ich hier ein reiches Leben führe und mir deshalb ein Leben außerhalb der SSM gar nicht wünsche. Bevor ich hergekommen bin, hab ich ganz normal gearbeitet, seit ich hier lebe, kann ich jeden Tag selber bestimmen – zusammen mit den Leuten hier. Es hat mich immer interessiert, eine andere Ökonomie, eine andere Politik, ein anderes Leben auf die Beine zu kriegen. Als ich Kinder kriegen wollte, konnte ich Kinder kriegen, sie sind hier aufgewachsen. Das war wunderbar. Zwischendurch haben wir Landwirtschaft gemacht. Das hat mich total interessiert. Jetzt bin ich 56, bin seit dreißig Jahren dabei und hatte immer das Gefühl, dass die SSM mit meinen Leben gewachsen ist, immer die Antwort auf meine jeweilige Lebenssituation war. Bis ins Spirituelle, das einem vielleicht wichtiger wird, wenn man älter geworden ist. Ich kann hier Yoga machen, wir haben regelmäßig einen Zen-Buddhisten zu Gast. Das hängt auch mit unserer Mischung von Kollektivismus und Individualismus zusammen.

Erfahrt ihr das auch so, als Leute, die zwar hier arbeiten, doch nicht hier wohnen oder ein Praktikum absolvieren?

Thomas: Ich bin erst seit fünf Wochen dabei. Ich bin einfach vorbeigekommen und hab gefragt, ob ich mitmachen kann. Jetzt arbeite ich hier jeden Tag, wohne aber nicht auf dem Gelände. Die Miete für meine Wohnung decke ich aus einer Unfallrente, die ich wegen einer Knieverletzung beziehe. Wenn hier Räume frei werden, könnte ich mir gut vorstellen, ganz herzuziehen.

Sven: Ich studiere Sozialpädagogik und mache hier seit drei Wochen ein Praktikum. Das ist natürlich eine kurze Zeit, reicht aber schon, um mitzubekommen, was ein Arbeitszusammenhang ohne hierarchische Zwänge ist, wenn es keinen Chef gibt, der sagt, das ich das und das zu machen habe. Das ist eine neue, für mich sehr wichtige Erfahrung.

Heinz: Die SSM ist kein geschlossener Laden, der nur mit sich gluckt oder sich auf Mülheim beschränkt. Wir haben Kontakte mit rund zwanzig anderen Kommuneprojekten, wobei wir die einzigen sind, die so offen für Neueinsteiger sind: In Niederkaufungen zum Beispiel gucken die sehr viel genauer, wenn da jemand einsteigen will, das ist ein politischer Unterschied. Dann gibt es den Förderverein „Mach mit!", von Leuten, die uns unterstützen. Der Verein gibt vier Rundbriefe im Jahr heraus, auch ein Benefiz-Projekt wurde schon organisiert. Über „Mach mit!" bekommen wir zur Zeit um die 10.000 Euro Spenden jährlich, die fließen in Reparaturen oder Neuanschaffungen. Und schließlich betreiben einige von uns das „Institut für Neue Arbeit" (INA), in dem wir unsere Erfahrung reflektieren und Öffentlichkeit schaffen, durch Seminare, Artikel und Vorträge, was zusätzlich etwas Geld bringt. Eine Zeitlang haben wir so auch mit der Krisis-Gruppe zusammengearbeitet. Übrigens fassen wir das auch als Arbeit auf. Das ist es eben: die Gruppe als Gruppe bestimmt, was sie als Arbeit ansieht. Natürlich hängt das auch davon ab, wie viel Geld wir verdienen und davon, wie die Gesamtsituation ist. Wenn die gut ist, sind die Freiheiten des Arbeit-Bestimmens größer ...

Wir danken für das Gespräch, für Essen und Trinken und die Fahrt auf dem Firmen-LKW!

*Das Gespräch führten **Erika Feyerabend** und **Thomas Seibert**.*

Texte zur SSM über
http://www.thur.de/philo/ina/ina.htm
Kontakt: 0221/6403152
(Abzugsfähige) Spenden über: Mach mit e.V.,
Stadtsparkasse Köln, Kto. 1011 342 704,
BLZ 370 501 98



Um soziale Rechte kämpfen, heißt für eine radikale Linke kämpfen

Was einfacher klingt, als es ist. Eine Maildebatte

Dass „die" soziale(n) Frage(n) inzwischen wieder auch im linken programmatischen Repertoire Eingang gefunden hat, ist sicherlich uneingeschränkt zu begrüßen. Nur, was heißt das konkret? Das wollte *Fantômas* von drei ausgewiesenen AktivistInnen wissen: Mag Wompel von LabourNet Germany, Dirk Hauer von der Hamburger Gruppe Blauer Montag und Werner Rätz (vom attac-Koordinierungskreis Deutschland). Die E-Mail-Debatte moderierte Georg Wißmeier.

***Fantômas:** Existenzgeld, Mindestlohn, Grundeinkommen, Aneignung, globale soziale Rechte sind einige Schlagwörter, die (nicht nur) die radikale Linke seit einiger Zeit umtreiben. Welche Erfahrungen habt ihr mit Diskussionen diesbezüglich in euren Zusammenhängen gemacht?*

Werner Rätz: Die Debatte um soziale Fragen wurde in Attac Deutschland zwar von Anfang an geführt, war aber lange Sache einer Minderheit. Wir hatten mit der Kritik an der Rentenprivatisierung durch Riester zwar ein typisches Attac-Finanzmarktthema als Einstieg genommen, aber die internationalistische Dimension wurde intern kaum wahrgenommen. Die Koordination des Sozialkahlschlags in der EU durch den Gipfel von Lissabon im Jahr 2000 oder die entsprechenden Erfahrungen in Lateinamerika konnten wir damals nicht ausreichend vermitteln. Mit der Entwicklung des Schwerpunktes „Es ist genug für alle da" haben wir auf diese Erfahrungen reagiert. Von Anfang an ging es dabei zentral um die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ist ein Menschenrecht, das man sich nicht verdienen muss, weder durch Arbeit noch durch Wohlverhalten. Noch immer gibt es die tief verwurzelte Erwartung, dass „Sozialpolitik" ein innenpolitisches, ein nationalstaatliches Thema sein muss, sowohl bei den gewerkschaftlichen UnterstützerInnen unserer Kampagne, als auch bei den internationalistischen GlobalisierungsgegnerInnen.

Nur in weltweiter Gestaltung kann die Möglichkeit erneuerter sozialer Sicherung gefunden werden. Das ist keine Frage der Moral, sondern eine Frage ökonomischer und politischer Realität.

Übereinstimmung besteht inzwischen im Schwerpunkt (keineswegs in Attac insgesamt) darüber, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen – und ohne Arbeit auch. Dafür sind Mindestlöhne und bedingungsloses Grundeinkommen/Existenzgeld notwendige Forderungen. Die



Konkretisierung ist dabei ebenso umstritten, wie die Rolle und Funktion des Sozialstaats. Auch wenn die Debatte inzwischen nicht mehr nur darum geführt wird, welche Forderungen an den Staat zu richten sind, lösen sich Denken und Handeln nur langsam von der nationalstaatlichen Ebene. Dabei kann so etwas wie transnationale soziale Rechte durch nationalstaatliches Handeln gar nicht mehr realisiert werden – etwa eine halbwegs angemessene Gesundheitsversorgung für alle Menschen, wo immer und unter welchen Umständen auch immer sie sich gerade befinden. Zwar wächst diese Einsicht allmählich, aber über praktische Vorschläge, wie das aussehen könnte, verfügen wir im Moment nicht.

Dirk Hauer: Bei der Frage nach einer Zwischenbilanz der Kämpfe um soziale Rechte stellt sich für mich die Frage der historischen Perspektive. Die Gruppe Blauer Montag ist aus den sozialrevolutionären Jobber- und Erwerbsloseninitiativen der 80er Jahre hervorgegangen, also aus einer Zeit, in der Aneignungskämpfe auch hier zu Lande durchaus Massencharakter angenommen hatten. Ich erinnere an die Häuserbewegung, an Mietstreiks oder die verschiedenen Nulltarif-Aktionen. Zumindest in den Schwarze-Katze-Gruppen ging es dabei immer um ein unbedingtes und unteilbares Existenzrecht für alle, um den Kampf gegen die (Lohn-)Arbeit, um ein garantiertes Einkommen/Existenzgeld unabhängig von der Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt – um nur einige Punkte zu nennen, die heute unter dem Begriff der sozialen Rechte wieder auftauchen.

Vor diesem zeitlichen Horizont sehe ich die positivste Entwicklung derzeit darin, dass sich die Orientierung auf soziale Grundrechte zumindest in der Linken verbreitert hat. Es ist noch nicht lange her, da war eine solche Orientierung und die damit verbundene Sozialstaatskritik von links auch innerhalb der Linken marginalisiert.

Wichtig finde auch ich, soziale Rechte nicht in erster Linie als Forderungen an den Staat oder sonst wen zu adressieren. Ich habe nichts dagegen, wenn die Bewegungen so stark werden, dass soziale Rechte, Existenzgeld etc. auch institutionell verankert werden. Aber in erster Linie gilt es doch, eine Praxis zu entwickeln, die von dem schönen Satz ausgeht: „Wir nehmen uns, was wir brauchen." In diesem Zusammenhang sehe ich in den „Umsonst"-Kampagnen sehr viele positive Anknüpfungspunkte.

Ein großes Manko sehe ich jedoch darin, dass der Diskurs um soziale Rechte immer noch sehr stark um die Frage der sozialen Reproduktion kreist. Das Thema „Arbeit" und Widerstand gegen die entgrenzten kapitalistischen Verwertungsanforderungen bleibt merkwürdig unterbelichtet. Diese Leerstelle in der linken Debatte ist kein neues Phänomen, doch dadurch wird es nicht besser. Es wäre in meinen Augen fatal, soziale Rechte auf Alternativen zur sozialen Sicherung und zur sozialstaatlichen Regulierung zu verkürzen. Zu den sozialen Rechten gehört auch der Kampf um die ganze verdammte Bäckerei und um die Veränderung der Rezepte, nach denen gebacken wird. Nicht umsonst kommt die Parole „Wir wollen alles" aus den militanten Betriebskämpfen der 1960er und 1970er Jahre.

Wir stehen vor der merkwürdigen Situation, dass die Verbindung von individueller Selbstbestimmung, Menschenwürde und Autonomie einerseits und gesellschaftlicher Solidarität, kollektiver Aneignung des materiellen Reichtums andererseits in der Linken verbreiteter sind als selten zuvor. Allerdings fehlen die organisatorischen Schritte, mit denen der Kampf um soziale Recht alltagsmächtig werden könnte.

Mag Wompel: Um einer historischen Debatte um die „Bürgerlichkeit" der sozialen Rechte zu entgehen, will ich die Frage nach der Zwischenbilanz als eine nach dem aktuellen Stand interpretieren. Und der ist in der Tat ambivalent.

Positiv scheint mir, dass Fragen des gesetzlichen Mindestlohns und einer Grundsicherung inzwischen von einer breiteren Strömung aufgegriffen werden. Dass diese bisher von einer sozialpolitischen linken Minderheit vertretenen Forderungen nun breiter diskutiert werden, liegt daran, dass erkannt wird: Angesichts der grenzenlosen Gier des Kapitals müssen Grenzen nach unten gezogen werden.

Diese Diskussion in der Gesellschaft enthält jedoch – die Linke eingeschlossen – einige Momente, die dringend unserer Aufmerksamkeit und Gegensteuerung bedürfen. Erstens das reichlich relative Gerechtigkeitsempfinden. Hartz I – III war kein Thema, Hartz IV ist nun die Höhe.

Auch innerhalb sich links nennender Kreise wird Verzicht dann „gerecht", wenn der Manager auch auf zehn Prozent verzichtet oder die Steuervergünstigungen für die Reichen etwas kleiner ausfallen als geplant. Viele der (noch?) Beschäftigten sind deshalb so schwer gegen die Hartz-Gesetze oder für ein bedingungsloses Grundeinkommen zu mobilisieren, weil sie es für „gerecht" halten, wenn Erwerbslose, „die von meinem Geld leben", in Arbeit gezwungen werden sollen. Dass das Kapital auch „auf meine Kosten" lebt, wird dagegen gern vergessen.

Zweitens – und eng damit verbunden – der Charakter der sozialen Rechte: In den wenigsten Fällen werden sie als unveräußerlich und bedingungslos begriffen. Hier hat der so oft beschworene Neoliberalismus ganze Arbeit geleistet und in vielen Köpfen das „Fördern, wenn gefordert" und „Essen, wenn gearbeitet" durchgesetzt. Die Empörung über Hartz IV und damit über Zumutungen, die für SozialhilfebezieherInnen schon lange gelten (von MigrantInnen ganz zu schweigen!), ist nicht nur deshalb so groß, weil sie viel mehr Menschen betrifft, sondern auch, weil diese Menschen teilweise jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Jetzt auf die gleiche Stufe wie SozialhilfebezieherInnen gestellt zu werden halten sie für ungerecht.

Sehnsüchtig muss ich da an KollegInnen der sans papiers in Frankreich denken, die selbstverständlich davon reden, was „ihr Recht als Mensch" ist. Der Sozialneid innerhalb der Klasse und das mangelnde Selbstbewusstsein für sich und andere steht einer Solidarisierung und Internationalisierung entgegen – ohne dies keine wirklichen sozialen Rechte geben wird.

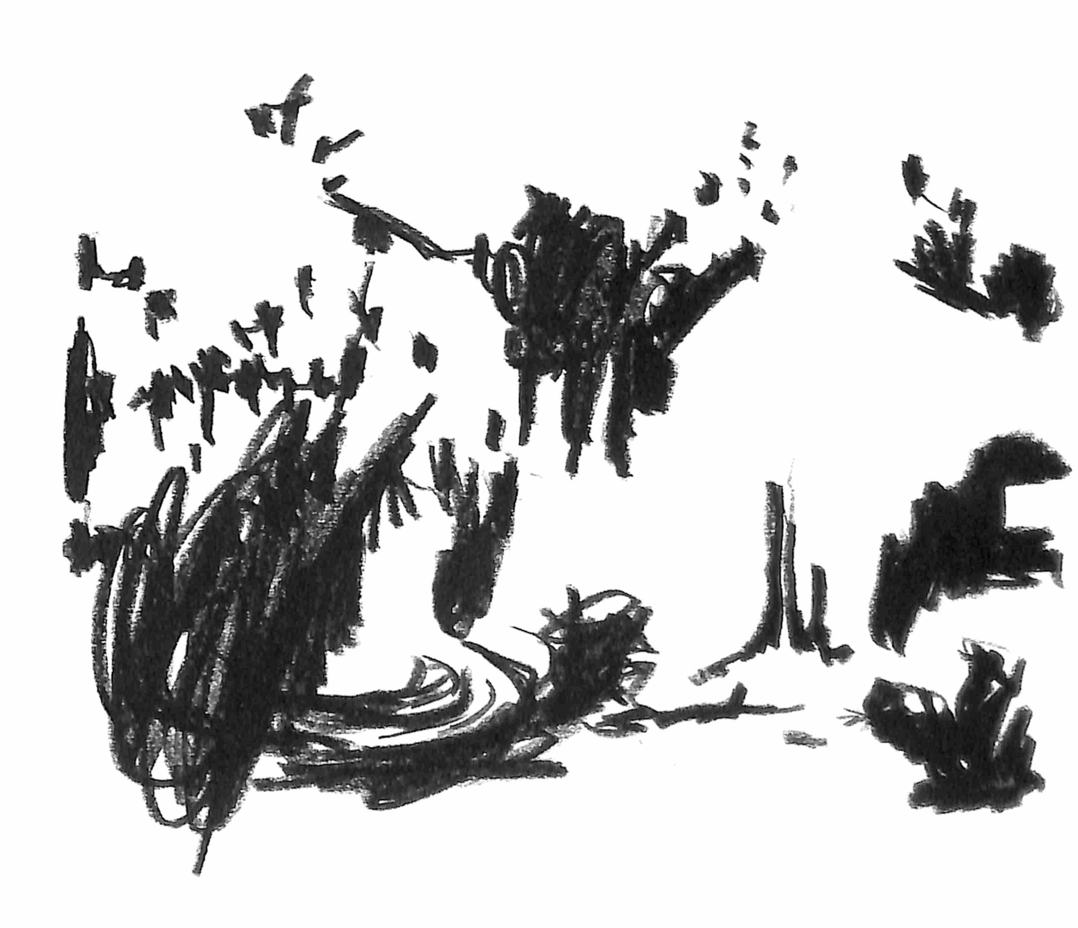
Offensichtlich seid ihr selbst überrascht, dass Forderungen nach bedingungslosem Grundeinkommen und nach globalen sozialen Rechten im Moment auf größere Resonanz stoßen. Bei den Protesten und Aktionen in Deutschland scheint es aber vorrangig darum zu gehen, wie Mag es schreibt, „angesichts der grenzenlosen Gier des Kapitals Grenzen nach unten zu ziehen." Handelt es sich also vorrangig um Verteidigungskämpfe (nicht des Bestehenden, sondern ums Überleben)? Wie könnte es einer radikalen Linken gelingen, die diversen Spaltungslinien „innerhalb der Klasse" national und international zunächst einmal zu benennen – und gegebenenfalls zu überwinden?

Dirk Hauer: Zunächst einmal hast du völlig recht: Das, was wir zur Zeit in Deutschland (und nicht nur hier) an sozialen Kämpfen erleben, sind in erster Linie Verteidigungskämpfe. Und ich glaube auch, dass es darum gehen muss, in diesen Kämpfen Spaltungslinien zu erkennen und zu überwinden. Dazu gehört für mich aber auch, dass diese Abwehrkämpfe nicht vorschnell denunziert werden. Gerade die (radikale) Linke ist fix dabei, die Nase zu rümpfen, wenn Menschen „für das Bestehende" kämpfen. Vielen wird es mit Hartz IV und der Agenda 2010 tatsächlich schlechter gehen als vorher, viele haben sehr berechtigte Ängste um Arbeitsplätze, vor Lohndumping. Viele wehren sich auch gegen Entrechtung, drohende Verarmung und neue Zumutungen. In diesem Sinne „für das Bestehende" zu kämpfen, finde ich völlig legitim und auch richtig.

„Überwindung der Spaltung" wäre für mich deshalb eine Politik, die sich gegen die „Hierarchisierung des Elends" wehrt, wie wir das mal genannt haben, eine Politik, die alte Rechtsansprüche als Rechte für alle verteidigt und nicht als ausschließende Privilegien für bestimmte Gruppen. Ich finde es z.B. völlig legitim, wenn sich ArbeiterInnen und Gewerkschaften gegen Lohndrückerei wehren. Der springende Punkt ist aber der, dass die eigenen Löhne nur verteidigt werden können, wenn sich die Kampfbedingungen und damit die Löhne von ArbeitsmigrantInnen, Prekären, Zwangsdienstlern, SozialhilfebezieherInnen etc. verbessern. Das ist nicht nur eine Frage der Glaubwürdigkeit, sondern auch der Wirksamkeit. Gerade in der Auseinandersetzung mit rechten und rechtspopulistischen Vereinnahmungsversuchen wird das eine zentrale Rolle spielen.

Mag Wompel: Ich bin mir nicht sicher, ob der pure Kampf ums Überleben optimistisch betrachtet werden kann, ist es doch ein zivilisatorischer Rückschritt um Jahrhunderte.

Aber in der Tat stehen die Chancen für die Überwindung der sozialen Spaltungen und Konkurrenzkämpfe national und international nicht schlecht. Zwar werden mehr denn je soziale Gruppen und Beleg-



schaften in – teilweise künstlich inszenierte – Konkurrenzen gedrängt, doch wächst einerseits das Bewusstsein für die langfristige Sinnlosigkeit dieses Verdrängungswettbewerbs und haben andererseits unsere „KonkurrentInnen" durch virtuelle wie faktische Vernetzung ein Gesicht bekommen.

Was die „Globalisierung" der Forderung nach sozialen Rechten angeht, bin ich immer wieder überrascht, dass sie sich so spät und so langsam durchsetzt. Und zwar gerade aus der Abwehr heraus. Denn um die Standards zu halten und Zumutungen abzuwehren, hat der von mir bereits angesprochene Sozialneid noch nie Sinn gemacht. Selbst aus den niedrigsten ökonomischen Erwägungen heraus war es aus der Sicht von Beschäftigten absolut kontraproduktiv, sich nicht um die soziale Absicherung im Falle von Erwerbslosigkeit zu kümmern oder gar zu verlangen, dass die „Faulen" noch weniger bekommen. Denn die bisherige Ignoranz gegenüber allen Verschlechterungen, denen Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen ausgesetzt sind, hat doch die Belegschaften erst in den Sachzwang gebracht, für den Arbeitsplatzerhalt auf Lohn, Pausen etc. zu verzichten. Komfortable Lebensbedingungen auch ohne Erwerbsarbeit und/oder die von mir geforderte Finanzierung der Erwerbslosigkeit durch das Kapital ließen Verzichtsforderungen lächerlich erscheinen – doch leider kämpfen die meisten Belegschaften (noch?) lieber um den Arbeitsplatz „um jeden Preis" als gegen die Hartz-Gesetze.

Werner Rätz: Ich würde nur sehr zurückhaltend von „realen Kämpfen" reden. Ich sehe da wie Dirk eher zeitlich und inhaltlich relativ isolierte Proteste entlang einzelner Ungerechtigkeiten. Dahinter steht meist keine Vorstellung davon, wie eine Gesellschaft insgesamt aussehen müsste, in der nicht einige auf Kosten der anderen leben, weder im nationalen und noch viel weniger im internationalen Rahmen. Noch sind wir weit davon entfernt die neoliberale Hegemonie zu brechen.



Aber wir kratzen dran. Noch vor wenigen Monaten schien der Versuch von Olaf Scholz Erfolg versprechend, Gerechtigkeit umzudefinieren in eine Situation, in der alle je für sich und mit ihren je real vorhandenen Möglichkeiten ausgestattet auf dem Markt gegeneinander antreten dürfen. Der freie Fuchs im freien Hühnerstall sozusagen als Leitbild sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik. Die Einsicht, dass das zumindest für einige eine unakzeptable Ausgangsituation ist, ist gewachsen. Auch wenn sie vermutlich vor allem durch die Befürchtung gefördert wurde, selbst zu den Verlierern zu gehören.

Die Gefahr der – eigenen – Prekarisierung wird als umfassende wahrgenommen. Das gibt natürlich die Möglichkeit, die Notwendigkeit umfassender Solidarität als denkbare Gegenposition zu benennen: Es ist genug für alle da, und zwar weltweit. Das konnte man tatsächlich noch vor einem Jahr kaum sagen ohne ausgelacht zu werden. Insoweit ist die Linke wieder in der politischen Debatte.

Über den (Kampf-)Zustand der Belegschaften und der Gewerkschaften zu klagen ist das eine, die politische Praxis der (radikalen) Linken das andere. Und da gibt es doch sehr oft eine große Diskrepanz zwischen dem Anspruch nach Wirkungsmächtigkeit und der Realität. Wie sieht, bezogen auf das Ziel, „soziale Rechte alltagsmächtig" werden zu lassen, eure konkrete soziale Praxis aus?

Mag Wompel: Sichtbar an der Arbeit des LabourNet Germany wird eigentlich nur das Veröffentlichte. Ich darf an dieser Stelle einmal mit stabil über 100.000 BesucherInnen pro Monat kokettieren. Fast noch wichtiger ist aber die redaktionelle Arbeit im Hintergrund in den Auseinandersetzung mit AutorInnen und ZusenderInnen. Unsere Praxis ist die der Einflussnahme. Wir nehmen dadurch Einfluss, dass wir nach Möglichkeit Arbeitskämpfe „um jeden Arbeitsplatz" in unserer Veröffentlichungspraxis ignorieren. Für diese politische Grenzziehung zwischen egoistischen Verteidigungskämpfen zu Lasten anderer und emanzipatorischen/solidarischen Kämpfen um Rechte für alle gibt es viele Beispiele: den DaimlerChrysler-Kompromiss auf Kosten der „indirekten", „unproduktiven" KollegInnen; die unzähligen Standortsicherungsverträge mit „Bestandsschutz" auf Kosten der künftig neu einzustellenden KollegInnen; die Kämpfe gegen Offshoring/Outsourcing ins Ausland, die mit nationalistischem Zungenschlag geführt werden etc. In all diesen Fällen bemühen wir uns um Kritik und versuchen Debatten darüber anzustoßen und positive Gegenbeispiele „in die Köpfe" zu bringen. Spaltungen und Ausgrenzungen beginnen im Kopf, in Nebensätzen und im Alltag.

nerhalb der Gewerkschaften manches simple Horrorbild über die radikale Linke bekämpfen.

All dies darf man nicht überschätzen. Das ist kein Ersatz für wirkliche Kämpfe, das sind erste Schritte dahin. In dieser Praxis geht es nach wie vor vorrangig um die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie. An deren Hegemonie wir gerade erst kratzen. Das wichtigste Ziel meines eigenen Engagements besteht nach wie vor darin, sie zu brechen.

Dirk Hauer: Spaltungen überwindet man nicht von außen. Man überwindet sie nur dann, wenn man sich dort bewegt, wo sie täglich produziert werden. Das geht über einen simplen Begriff von „Intervention" hinaus. Eigene Statements auf Demos, eigene Blocks, „Bevölkerungsflugblätter", Bündnisarbeit etc. – dies alles ist wichtig und notwendig. Es ersetzt aber nicht die Frage der Alltagsorganisierung.

Der erste Schritt dazu wäre, dass die Linke selbst aufhört, die Spaltungslinien und -mechanismen in ihrer Teilbereichfixiertheit nachzuvollziehen und zu verfestigen. Das Gemeinsame muss aktiv gesucht werden. Dafür muss man den eigenen Arbeitsbereich nicht aufgeben, aber man muss schon mit Neugier über den eigenen Tellerrand schauen.

Wir stehen vor der paradoxen Situation, dass Prekarisierung und die Angriffe der Agenda 2010 faktisch Ebenen der sozialen Reproduktion verallgemeinert haben, die früher strikt getrennt waren. Andererseits bedeutet das aber keineswegs eine Vereinheitlichung in der subjektiven Verarbeitung: Die prinzipielle Unwägbarkeit der individuellen Reproduktionsbedingungen führt zu widersprüchlichen Reaktionsweisen. Doch da, wo sich Leute täglich im Gewirr von „oben" und „unten" verhalten müssen, ist die Linke politisch nicht präsent. Wenn überhaupt werden aber hier solidarische Verhaltensweisen und Emanzipationsvorstellungen alltagsmächtig und nicht in isolierten Kampagnen. Doch selbst in der Linken ist die Frage, wie das eigene Leben und Überleben täglich organisiert wird, kaum Gegenstand politischer Auseinandersetzung. Es ist verblüffend, wie wenig sich die politische Linke selbst als Teil der ausgebeuteten Klassen begreift.

Was wir zur Zeit mit unseren bescheidenen Kräften pushen, ist der Vorschlag, gemeinsame Bezugspunkte außerhalb subkultureller linker Nischen zu organisieren; Orte und soziale Räume, in denen die eigene Lage z.B. als prekäre JobberIn oder als Hartz-IV-Betroffene kollektiv diskutierbar wird und in Alltagshandeln umgesetzt werden kann. Dabei ist es relativ egal, ob es sich dabei um JobberInnenläden, Soziale Zentren, selbstorganisierte Beratungsinis, Ich-AG-Cafés oder Volksküchen etc. handelt.

Auf die Resonanz auf eure Vorschläge und Aktivitäten sind wir gespannt und bedanken uns für die Teilnahme an dieser Mail-Debatte.



Werner Rätz: Da eröffnen sich allerhöchstens minimale Ansätze. Wirkliche Kämpfe, gar auf Massenebene, kann man sich nicht ausdenken oder inszenieren. Die Art und Weise, wie einige wenige von uns seit Anfang 2000 an versucht haben, das Sozialthema in Attac Deutschland zu besetzen, ist ein Beispiel. Von Beginn haben wir auf Chile als Musterbeispiel hingewiesen. Auf die oben angesprochenen Schwierigkeiten haben wir mit einer deutlicheren Herausarbeitung der internationalistischen Dimension geantwortet. Der aktuelle Versuch, eine Kampagne zum Schuldenerlass für Argentinien in die Arbeit des „Genug-für-alle"-Schwerpunktes zu integrieren, ist nur ein Element darin. Wäre Sozialabbau stärker als globalisierungskritisches Thema etabliert und weniger als nationales, wäre das durchaus ein Fortschritt.

Die Zusammenarbeit innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung halte ich für einen zweiten äußerst wichtigen Punkt. Die Praxis aller Strömungen der Linken ist an den Notwendigkeiten der letzten Jahrzehnte gescheitert, so dass niemand heute mehr ernsthaft beanspruchen kann, die richtigen Einsichten zu haben und die führende Rolle spielen zu müssen. Diese grundsätzliche Einsicht muss aber erst einmal in eine tatsächliche gleichberechtigte Zusammenarbeit übersetzt werden. Dazu gehört z.B., dass niemand sich selbst mit der gesamten Bewegung verwechselt. Dazu gehört auch die Kooperation mit ungewohnten PartnerInnen. Was wir etwa im Bündnis für eine soziale Bewegung in NRW probieren, wo Gewerkschaften, Sozialverbände, Arbeiterwohlfahrt, Teile der Kirchen, Attac und andere bewegungsorientierte Gruppen dauerhafte Bündnisse eingehen, fordert sehr viel an Lernbereitschaft und aktivem Aushalten von Widersprüchen. Gerade gegenüber den Gewerkschaften ist die Versuchung einfacher Schwarzweißwahrnehmungen groß. Umgekehrt muss man in-

Zwischen Wahl und Zwang

Prekarität als Lebensweise: Protokoll eines ExpertInnen-Gesprächs

Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis – verordnet und/oder individuelle Wahl linker Subkultureller? Wir wollten wissen, was das konkret bedeutet. Und so entstand ein Text. Ein Text, in dem fünf Menschen über ihre Erfahrungen mit Prekarisierung sprechen, über prekäres Leben zwischen nonkonformen Lebensentscheidungen, politisch-korrektem Bewusstsein und der schwer bezwingbaren Macht des Faktischen.

Tanja: „Prekarität" beschreibt aus meiner Sicht zuallererst eine Spannung – zwischen der eigenen Entscheidung für ein unreglementiertes Leben und der jetzigen Situation, in der Prekarisierung als staatliches Programm von oben verordnet und durchgesetzt wird. Was bedeutet das für Lebensentwürfe, die gezielt darauf gesetzt haben, sich nicht den herrschende Idealen von Leistung, Normalarbeitsverhältnis, Normalalltag zu unterwerfen – und dies vielleicht immer noch tun? Vielleicht können wir uns dieser Frage über die Beschreibung unserer jetzigen Lebenssituation nähern.

Gesa: Ich arbeite im Moment auf einem Einjahresvertrag in einer NGO – nach einem Jahr Sozialhilfe im Anschluss ans Studium. Ich bin ziemlich froh um diese Stelle. Ich mach Sachen, die ich politisch vertreten kann und mir Spaß machen. Zudem bin ich erst mal aus der Arbeitslosigkeit raus. Vor fünf Jahren dachte ich noch, dass ich die Kombination aus bezahlter Arbeit, Arbeitslosengeld, politischer Arbeit innerhalb und außerhalb politischer Projekte machen werde – aber inzwischen ist mir diese Option im Rahmen der allgemeinen Verunsicherungsdebatte verloren gegangen. Der jetzige Diskurs lässt mich fürchten, dass mich das Arbeitsamt irgendwann nach Tokio vermitteln wird. Es bekommt sehr irrationale Züge, dennoch hat diese Drohung „Tokio" einen starken Einfluss auf meine psychische Verfassung. Das JobberInnenmodell ist für mich letztlich bloß eine Erzählung geblieben. Leute, die wie ich so Ende Zwanzig sind, machen das nach meiner Beobachtung nicht mehr – auch wenn sie aus einer linken bis linksradikalen Ecke kommen.

Urs: Ich bin seit dreieinhalb Jahren auf Arbeitslosenhilfe. Nebenbei korrigiere ich etwa zehn bis zwölf Stunden in der Woche unter der Hand Zeitungen und Doktorarbeiten. Und ich mache auch mal den einen oder anderen Job – aber ich suche nicht wahnsinnig danach. Ich hatte bislang einmal eine reguläre Arbeit über zwei Jahre, in der ich als Politologe gearbeitet habe. Die Arbeitslosigkeit ist für mich auch ein Lernprozess: ich habe zunehmend akzeptiert, dass ich ganz offensichtlich für Lohnarbeit nicht geeignet bin. Ich dachte immer, wenn ich „erwachsen" bin, lerne ich das. Die Grenze des Erwachsenwerdens habe ich lange rausgeschoben, bis ich irgendwann merkte, mittlerweile 37 Jahre zu sein. Mit der Zeit bin ich wesentlich ruhiger geworden und denke, dass es wohl so weiter gehen wird in meinem Leben. Nach meinem Studium wollte ich nicht lohnarbeiten, habe mich aber geschämt, Sozialhilfe zu beantragen. Mein Prozess des Erwachsenwerdens ist es inzwischen, dieses Geld anzunehmen, da



ich die Angst, nicht zu wissen, wovon ich im nächsten Monat leben werde, nicht mehr haben will. Ich mache mir keine Sorgen darüber, wie es in ein paar Jahren sein wird. Das muss sich immer wieder neu finden. Ich habe keine Ahnung, was Hartz IV konkret bedeutet – das weiß auch mein Sachbearbeiter nicht. Ich habe allerdings schon das Bedürfnis zu wissen, wie ich im nächsten halben Jahr auskomme. Diese Sorge entspannt sich aber dadurch, dass ich in einer Finanz-Coop bin, denn da kann ich auch mal drei Monate kein Einkommen haben.

Nathalie: Zur Zeit bekomme ich Sozi, weil ich als alleinerziehend gelte. Aus meiner Sicht ist das ein Freiraum, um Dinge zu machen, die mich interessieren – aber auch eine Übergangszeit. Ich würde mich selbst nicht als prekarisiert verstehen, sondern eher als privilegiert. Auf Dauer Sozialhilfe zu bekommen hätte ich ein schlechtes Gewissen – vor allem weil das mit der Alleinerziehung nicht richtig stimmt. Und ich habe Zukunftsängste. Nachdem ich die Schule abgebrochen hatte, machte ich viele unangenehme Jobs. Ich merkte aber, dass mich die auf Dauer krank machen: Ich musste immens viel arbeiten, um genug Geld zum Leben zu haben. Dann habe ich das Abi nachgemacht und studiert. Jetzt versuche ich, als Lehrerin in einer Regelschule unterzukommen. Geldverdienen bedeutet für mich auch Sicherheit und Unabhängigkeit. Hinzu kommt, dass ich meinem Kind die Studiengebühren bezahlen können will, wenn es denn mal studieren möchte. Auf der anderen Seite schreckt es mich aber auch, in die Institution Regelschule reinzugehen und ich bezweifle, dass ich das auf Dauer schaffe.

Tanja: Ich hatte eine Stelle an der Uni, aus der ich im Moment noch Arbeitslosenhilfe beziehe. Ich melde mich regelmäßig ab und arbeite dann als freie Journalistin. Nebenbei schreibe ich an meiner Doktorarbeit. Ich empfinde meine Situation in mehrfacher Hinsicht als paradox: viel Arbeit, viel Verantwortlichkeit und Eingebundensein, hohe Anforderungen, die andere, aber vor allem auch ich selbst an mich stellen. In puncto Absicherung, Geld oder eindeutige Berufsbezeichnung krieg ich im Gegenzug: fast nix. Trotzdem macht mir alles, was ich tue, viel Spaß und ist mir wichtig. Das unangenehme Gefühl, mich für irgendwas zu verkaufen, habe ich nicht. ALG II ist für mich indiskutabel. Deshalb werde ich wohl das „Angebot" mit der Ich-AG annehmen. Und tatsächlich beschreibt dieser Begriff schon sehr treffend letztlich die Form, in der ich meine Existenz halbwegs sichere – obwohl ich in diverse kollektive Arbeitsstrukturen eingebunden bin.

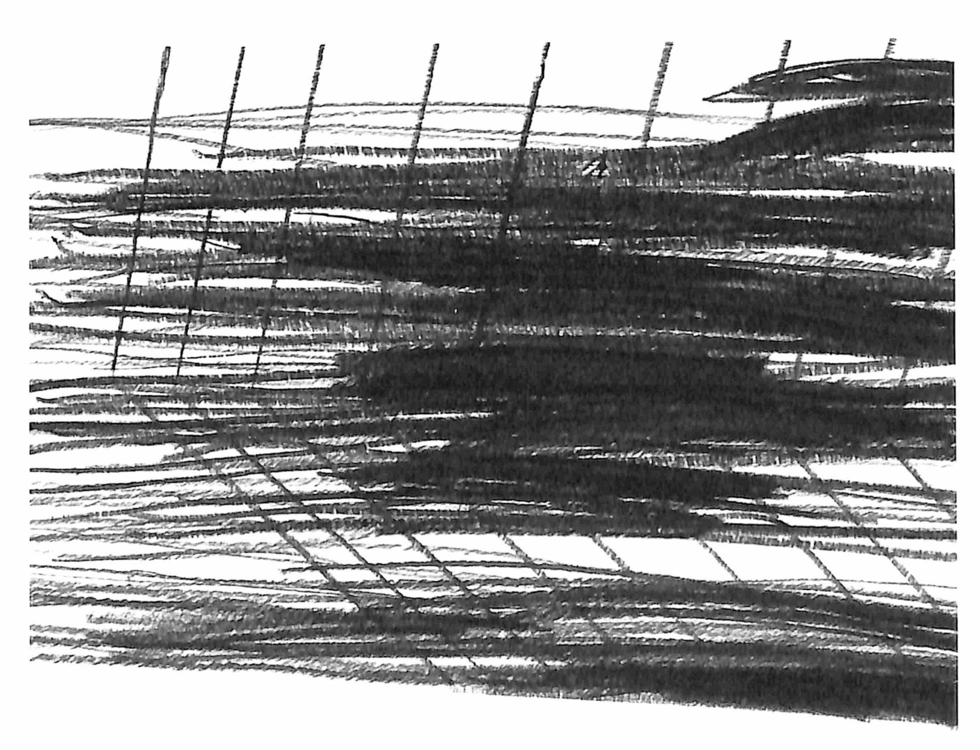
Heike: Ich bin 41 und lebe seit 11 Jahren von Arbeitslosenhilfe. Von dem Geld kann ich noch ganz knapp leben. Seit sechs Jahren habe ich eine offizielle Nebenbeschäftigung. Ich selber habe für mich den Begriff Prekarität nie angewendet, auch ich habe es eigentlich immer eher als Privileg begriffen. Mir war aber auch immer klar: Der Staat steht auf der anderen Seite, ich bin ihm nichts schuldig und ich habe ein Recht auf Kohle. FreundInnen fragen mich oft, wie ich das mit so wenig Sicherheit und so wenig gesellschaftlicher Anerkennung aushalte. Auch gerade von Jüngeren werde ich oft gefragt, wie ich das so manage mit meinem Arbeitslos-Sein. Umgekehrt sehe ich die oft sehr schnell in Jobs verschwinden. Sich vor elf Jahren arbeitslos gemeldet zu haben, ist natürlich was ganz anderes als heute. Das Gefühl zum JobberInnendasein hängt von so vielen Faktoren ab: wo und wann du dich arbeitslos meldest, was du biographisch, emotional und politisch mitbringst.

Ich habe nichts dafür getan, dass ich ein relativ schwach ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis habe. Das ist eines der vielen Privilegien, die ich qua Herkunft mitbekommen habe. Und so zu leben wie ich in den letzten Jahren, geht nur, wenn dieses Bedürfnis nach Sicherheit nicht so da ist.

Urs: Das stimmt nicht! Ich zum Beispiel habe durchaus ein Bedürfnis nach Sicherheit.

Heike: Und was machst Du damit?

Urs: Für mich ist es eher ein Summenspiel. Ich krieg mehr raus aus der Arbeitslosigkeit als aus der Lohnarbeit. Dass ich z.B. Zeit zum Schreiben habe ist nur positiv. Trotzdem: Die Frage, ob ich trotz der Arbeitslosigkeit eine „guter Sohn" bin, bleibt aktuell. Die beantworte ich zwar zunehmend offensiver, aber ein Rest Zweifel bleibt und wird wohl auch immer bleiben. Aber inzwischen habe ich einfach gemerkt, dass es sich mehr lohnt, mein Leben auf diese Weise zu leben.



Heike: Sicherheit ist aber was anderes als gesellschaftliche Anerkennung durch einen Beruf. Anerkennung – das hat was damit zu tun, dass du zum 70. Geburtstag deines Vaters kommst und dann nicht sagen magst, das du arbeitslos bist oder dir irgendeinen Beruf ausdenkst.

Urs: Zum „richtigen Leben" gehört aber diese bestimmte Vorstellung von Arbeit. Und gerade die schafft Sicherheit, nämlich in der Frage, wer ich bin. Aber das Leben lebt sich auch ohne diesen Begriff und die entsprechende Selbstdefinition.

Gesa zu Heike: Hast du weder das Gefühl, du hättest gerne eine Berufsbezeichnung, noch machst du dir Sorgen um deine Altersversorgung?



Heike: Doch. Manchmal denke auch ich, dass ich gerne „was wäre". Aber dann frage ich mich, was ich denn nicht bin oder wie ich denn anders sein will. Wenn du dich nicht über Arbeit definierst, musst du es eben anders machen – und das ist anstrengend. Aber letztendlich ist es klar, dass ich so sein will und da nichts zu klären habe. Zukunftsängste habe ich bisher relativ wenig gehabt. Erst jetzt, wo mir langsam klar wird, was Hartz IV bedeuten könnte, mache auch ich mir manchmal Sorgen. Aber für relativ privilegierte, wenig im Focus von Ämtern liegende und „fitte" Arbeitslose wie uns wird es immer Nischen geben. Auch weil wir soziale Netze haben – seien es FreundInnen oder Finanz-Coops.

Urs: Nochmal zu dem Begriff „Privileg": Ich glaube, hier sind zwei verschiedene Ebenen davon im Spiel. Privileg als etwas, dass einer/m nicht zusteht und das du deshalb möglichst schnell wieder loswerden möchtest oder Privileg als Vorteil, den du bewusst nutzt.

Nathalie: Einerseits denke ich schon, dass ich doch lieber Sozialhilfe bekomme, Politik mache, mein Kind erziehe und in meiner WG lebe, bevor ich Rüstungsteile zusammenschraube. Andererseits habe ich dieses Gefühl, nichts vom Staat fordern zu dürfen. Ich bin nie mit dem Gefühl zum Amt gegangen, dass mir die Bezüge zustehen. Ich hatte immer viel Angst, mit denen zu telefonieren. Dabei bin ich ansonsten eigentlich gar nicht so autoritätshörig.

Tanja: Glaubt ihr eigentlich, dass diejenigen mehr Schwierigkeiten mit dem JobberInnen-Konzept haben, die aus einem proletarischen Haushalt kommen?

Heike: In der Tendenz. Wobei in den Mittelschichts-Familien die protestantische Arbeitsmoral eine Rolle spielt, aus der auch ein Bedürfnis nach Sicherheit resultiert. Aber die, in deren Familien es permanent um Geldnöte ging, die brauchen dann endlich auch mal Sicherheit und einen Job. Für mich war „Amt" ein Fremdwort, aber wenn du damit aufgewachsen bist, willst du davon weg – so stelle ich es mir jedenfalls vor.

Tanja: Um noch mal auf das Thema Altersversorgung zurückzukommen: Als mein Vater zu Beginn meines Studiums sagte, Philosophie, das sei eine brotlose Kunst, war ich empört über diese Art des Verwertungsdenkens. Jetzt, wo viele meiner Freunde ihren mehr oder weniger entsetzlich geringen Rentenbescheid bekommen, macht mir die Angst vor der Altersarmut doch was aus. So verstehe ich auch den Begriff Prekarität: die grundlegende Verunsicherung darüber, was jetzt und vor allem später sein wird. Heike, ich finde es bewundernswert, dass Du kein Gefühl der Unsicherheit hast. Aber ich merke, an mir gehen sowohl die Diskussionen als auch die Realität nicht vorbei.

Heike: Ich will ja nicht sagen, dass ich damit gar nichts zu tun habe. Aber ich mache mir immer klar, dass ich mich eh nicht gegen alles absichern kann. Diese Durchplanbarkeit ist auch für uns als Privilegierte nicht drin.

Aber auch wenn ich z.B. nicht viel erben werde, erben aber eine Freundin und ein Freund von mir. Wenn's mir mal scheiße geht, dann wird er was von dem Geld abdrücken müssen. Ob's dann auch so passiert, weiß ich natürlich nicht.

Tanja: Spielt eure Finanz-Coop in Punkto Sicherheit für euch eine Rolle?

Urs: Ja. Einkommenslose Orientierungsphasen sollten sich eigentlich alle mal leisten können.

Tanja: Wie geht das praktisch?

Urs: Die anderen müssen mal für mich arbeiten gehen oder ihre anderen Einkünfte mit mir teilen – und umgekehrt. Überbrückungen finde ich einen positiven Begriff. Überbrückung gehört zum Leben. Dadurch, dass es Leute gibt, die sich auch um meine Zukunft Gedanken machen, brauch ich mir weniger Sorgen machen.

Tanja: Aus einer bewussten JobberInnenperspektive heraus kannst du dir szeneintern über unbezahlte politische Arbeit Anerkennung holen. Spielt dieser Zusammenhang in euerm Alltag eine Rolle?

Nathalie: Ich fühle das manchmal ganz stark, dass es zwei verschiedene Anerkennungssysteme gibt – auch in mir. Das eine ist die Außenwelt, die „Lehrerin" einen sehr zu begrüßenden Beruf findet. Viele

meiner Freunde halten davon aber weit weniger – zumal in einer Regelschule.

Heike: Mein Arbeitslos-Sein und das Politikmachen sind eher irgendwann zufällig zusammen gekommen. Und es tut mir gut, Politik zu machen und das nicht noch hinter einen Job zu quetschen. Aber diese Zufälligkeit unterscheidet mich von den „Sozialrevolutionären" der 80er Jahre. Andere haben sich über Lohnarbeit rausgezogen – weil es da dann doch mehr Anerkennung gab. Oder es hieß: „Ich mache die politische Arbeit in den Projekten". Ich finde das falsch – meine politische Arbeit mit Lohnarbeit abzudecken. Ich wollte für meine politische Arbeit nie bezahlt werden.

Gesa: Wieso?

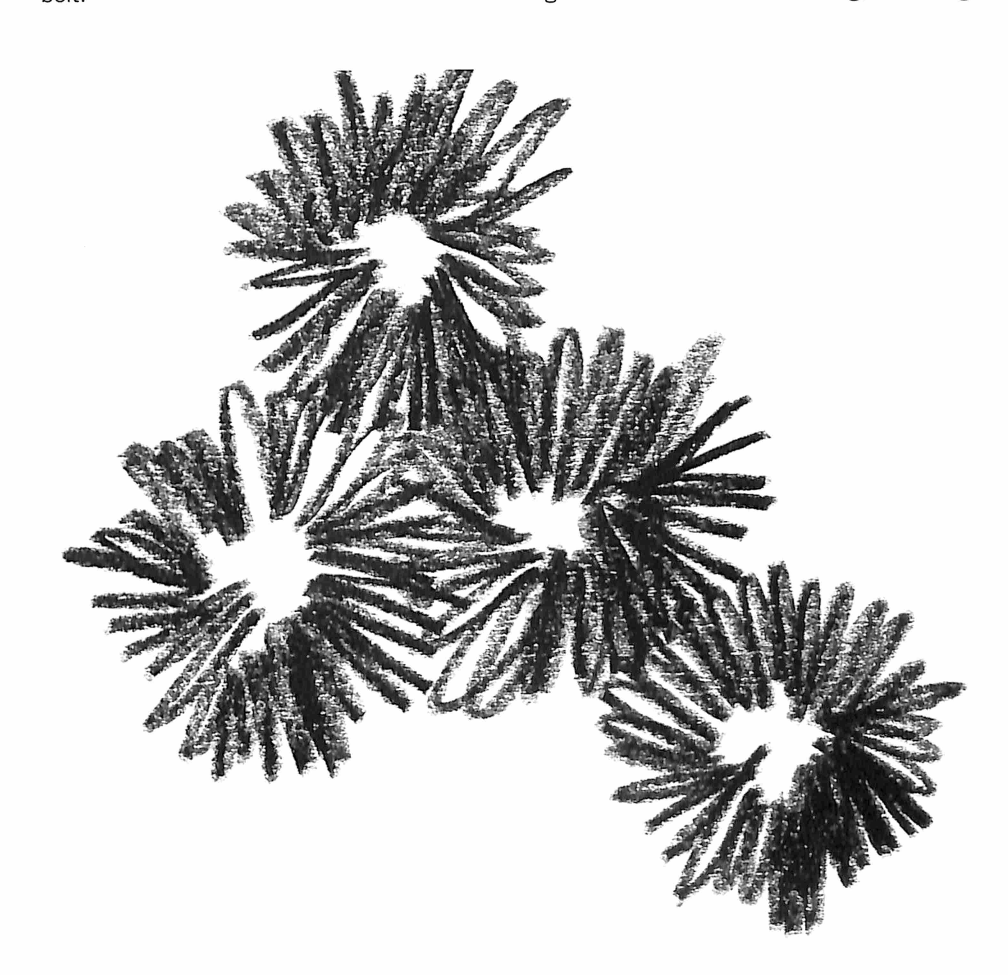
Heike: Weil Lohnarbeit was komplett anderes ist.

Gesa: Das sehe ich nicht so. Mir geht es zwar auch um eine Bezeichnung für das, was ich tue, mir geht es aber vor allem um einen gesicherten Rahmen für mein politisches Projekt. Und den sehe ich ohne eine Überschneidung mit meiner Lohnarbeit nicht. Das war vor ein paar Jahren noch anders. Da dachte ich, es gibt für mich Räume, in denen ich an meinem Projekt arbeiten kann – ob ich dafür bezahlt werde oder nicht, aber es gibt genug Stabilität, um mich zu entwickeln, gute Sachen zu machen und meine Leidenschaft dort einzubringen. Die Verhältnisse sind jetzt andere. Um diese Arbeit, die ich mache, unbezahlt zu machen – dafür fühle ich mich gerade zu unsicher. Außerdem will ich nach meinen letzten entwürdigenden Erlebnissen auf dem Sozialamt erst mal nichts mehr mit denen zu tun haben. Ich will gerne Politik machen, aber ich will keinen Stress haben: Politikmachen, wenig Geld, Ämterstress, ewige Jobsuche, unter der Hand arbeiten. Ich brauche Stabilität – auch und gerade fürs politische Arbeiten. Und das kann ich teilweise auch bezahlt machen.

Heike: Die Leute, die in den 80er/90er Jahren über ABM z.B. in Projekte gegangen sind – die mussten viele Kompromisse machen. Es ist einfach nicht die gleiche Arbeit, wie das, was du auf der Straße machen kannst.

Gesa: Die Arbeit, die ich gerade mache, ist natürlich auch ein Kompromiss. Aber sie gibt mir einen Rahmen – sei es in der Organisation oder durch Kontakte in andere Projekte, zu anderen Leuten. Befriedigende und politisch akzeptable Arbeit zu finden wird immer schwerer und in manchen NGOs kann ich weichere Überschneidungslinien finden zu linkerer politischer Arbeit. Das heißt nicht, dass ich mich nur noch darauf konzentriere, ich will keine NGO-Karriere. Übrigens ist auch die politische Arbeit auf der Straße immer ein Kompromiss, Politik lässt sich nun mal nicht alleine machen.

Heike: Dieses bezahlte Arbeiten in Projekten ist für mich nicht originär politische Arbeit.



Gesa: Es gibt keine Reinform politischer Arbeit.

Urs: Für mich kommt es auch nicht in Frage, Lohn zu bekommen für etwas, das mich wirklich interessiert. Wenn ich mit Politik Geld verdienen würde, würde ich mich viel schwerer tun, eine Krise zu haben.

Heike: Wir wollen alle einen Job machen, der uns inspiriert, vielleicht einen, mit dem wir sogar was bewegen können – aber das ist was anderes, als zu sagen, die Verhältnisse hier finde ich zum Kotzen und ich will sie grundsätzlich verändern.

Gesa: Ja, das muss woanders stattfinden – da hast Du völlig Recht. Und deswegen will ich in diesem Job auch nicht alles hergeben – um eben noch Zeit zu haben, außerhalb politisch zu arbeiten. Diese Jobs sind aber immer schwerer zu finden!

Tanja: Noch einmal zur Frage des Privilegs: Ich finde es erstaunlich, dass ihr eure Situation alle als Privileg versteht. Wenn ich mich nicht gerade darüber freue, dass mich das Arbeitsamt in Ruhe lässt, fühle ich mich eigentlich nicht besonders privilegiert. Es ist doch kein Privileg, so wenig Geld zu bekommen und gleichzeitig so viel unbezahlt zu arbeiten – denn das tue ich nun mal – und völlig unabgesichert zu sein. Und deshalb fühle ich mich von Leuten, die in irgendwelchen schlecht bezahlten Jobs sitzen und von dort aus kämpfen, gar nicht so besonders weit weg.

Heike: Für mich liegt die Verbindung nicht in der wenigen Kohle. Ich glaube, die Lebenserfahrung von zig Jahren Lohnarbeit ist etwas komplett anderes, und diese Erfahrung werde ich auch nie aufholen. Deswegen fühle ich mich von diesen Leuten manchmal so weit weg – neben dem, dass sie teilweise auch andere Forderungen haben, die ich vermutlich auch gar nicht verstehe.

Urs: Das Privileg – das vielleicht immer kleiner wird, mal abwarten –ist die Wahlmöglichkeit, so zu leben, wie du möchtest und für diesen Raum zu kämpfen.

Tanja: Aber zwischen was kannst Du denn wählen?

Urs: Du kannst jederzeit entscheiden, dass Du jede Woche 50 Stunden arbeiten willst. Ich glaube, wenn du es wirklich ein Jahr lang versuchst, dann bekommst du einen Job.

Heike und Gesa (gleichzeitig).: Als „irgendwas" oder wie?

Nathalie: Das stimmt doch nicht, diese Parole: „Jeder, der arbeiten will, findet auch was"! Und je älter wir werden, desto weniger wird die Rechnung aufgehen.

Urs: Wir sind aber noch nicht „älter"!

Gesa: Na ja, du bist schon ein „schwer vermittelbarer Langzeitarbeitsloser"!

Tanja: Dass du in irgendwelche working-poor-Jobs reinkommst, glaube ich auch. Aber dass alle, wenn sie nur wollten, in einen Job kämen, wo das Preis-Leistungs-Verhältnis halbwegs stimmt, ist einfach nicht Realität.

Heike: Ich glaube schon, dass Urs auch Recht hat. Wir, die wir so guten Zugang zu Ressourcen haben – im Gegensatz zu vielen anderen Menschen, auch in diesem Staat – werden immer irgendwo Ecken und Nischen finden. Das soll jetzt kein naiver Glaube an irgendwas sein, ich finde, das ist eine realistische Einschätzung. Vielleicht rede ich da nicht über die nächsten 20 Jahre, aber für die nächsten zehn glaube ich das schon.

Nathalie: Es ist halt die Frage, wie diese Nische dann aussieht. Übers Überleben brauchen wir uns alle keine Sorgen machen, bei allem anderen bin ich eher pessimistisch.

Urs: Alle von uns könnten zwei Jahre den miesesten Job machen. Aber wir wissen, dass es nicht das Ende ist. Ich könnte mich in dieser Zeit auch umorientieren. Der Druck ist zwar größer, aber das Gefühl, dass ich es nicht alleine schaffen muss, ist eine kulturelle Leistung, die viele Linke hinbekommen haben. Das heißt, dass ich immer auch auf die Ressourcen von anderen zurückgreifen kann.

Gesa: Ich habe keine Angst, dass ich nichts zu essen bekomme, sondern dass ich etwas machen muss, zu dem ich keine Lust habe. Ich habe eine Vorstellung von dem, was ich machen will, das kann ich politische Arbeit nennen. Und damit will ich auch teilweise ein bisschen Geld verdienen. Da sich das politische Umfeld sehr verändert hat, die Möglichkeiten, an öffentliche Gelder heranzukommen, immer geringer werden etc. habe ich das Gefühl, mich sehr anstrengen zu müssen und bin nicht mehr so optimistisch. Hinzu kommt natürlich, dass ich den protestantische Arbeitsethos tief verinnerlicht habe ...

Heike: Ich war nie bereit, so viel für meinen Beruf zu tun – ich hätte einen Verlag aufmachen, hätte Journalistin werden können. Aber ich arbeite trotzdem sehr viel: politische Arbeit, Beziehungsarbeit etc. Und da geht es auch um Anerkennung. Wenn ich in den letzten 13 Jahren keine politische Arbeit gemacht hätte, hätte ich schon Legitimationsschwierigkeiten. Dieser Nützlichkeitsgedanke erschreckt mich immer wieder.

Tanja: Trägt das Konzept der Anerkennung über politische Arbeit denn eigentlich noch von Bewegungsseite? Bist du denn noch genug eingebunden, damit sich nicht die Sinnfrage stellt? Je älter die Leute werden, die das JobberInnenprinzip verfolgen, desto isolierter sind sie auch, weil ihr Umfeld eben doch lohnarbeitet oder in Familie drin ist.

Heike: Stimmt, ich bekomme eine andere Rolle in diesen Zusammenhängen – ich bin das Lebenskorrektiv: Es ist gut, mich zu kennen, dann kann es mit meinem Gegenüber politisch noch nicht ganz zu Ende sein.

Gesa: Macht das Spaß?

Heike: Nein. Es führt dazu, dass ich oft politische Diskussionen meide, weil ich nicht deren Infostelle sein will. Ich möchte nicht, dass sie die Flugblätter als Politdeko auf dem Küchentisch liegen haben, wenn ich zu Besuch komme. Aber ich fühle mich auch nach wie vor eingebunden, auch wenn es sich mit den Jahren verändert.

Gesa: Hast du Sorge, dass es irgendwann wegbricht?

Heike: Ja.

Gesa: Und was heißt das dann?

Heike: Keine Ahnung. Aber mein Denkradius geht auch gar nicht so weit. Bei sechs Monaten hört's bei mir auf.

Gesa: Bei mir leider erst in 20 Jahren.

Heike: Das ist ein richtiges Problem ... Ich bin wahnsinnig froh, dass ich das nicht habe.



Raus aus der Arbeit, rein mit der Realität

Interview mit der Künstlergruppe *bankleer*

In der aktuellen *Fantômas* zeigt das Künstlerduo *bankleer* Videostills (Original in Farbe) ihrer Performances in und vor den Arbeitsämtern Berlin im November 2003 und Stuttgart im Mai 2004. Schnelle Zeichnungen mit schwarzem Buntstift brechen die digital erstellten Videobilder und nehmen deren Stimmungen als persönlicher Kommentar auf. *bankleer* arbeitet seit 1997 zusammen. Damals gründeten und betrieben sie mit befreundeten KünstlerInnen den selbstorganisierten Projektraum Sedan 20 unter dem Motto „Gegen Ausgrenzung, Privatisierung und Sicherheitswahn" in München: ein lebendiger Ort gegen den marktförmigen Umbau der Innenstädte. 1998 sind sie nach Berlin gezogen und produzieren seither dokufiktionale Filme, Performances und Installationen zu den Themen Medien-Kritik, Militarisierung, Ökonomie und Arbeit. Mit *bankleer* sprachen Petra Gerschner und Michael Backmund.

Fantômas: *Was ist da eigentlich genau passiert im Stuttgarter Arbeitsamt?*

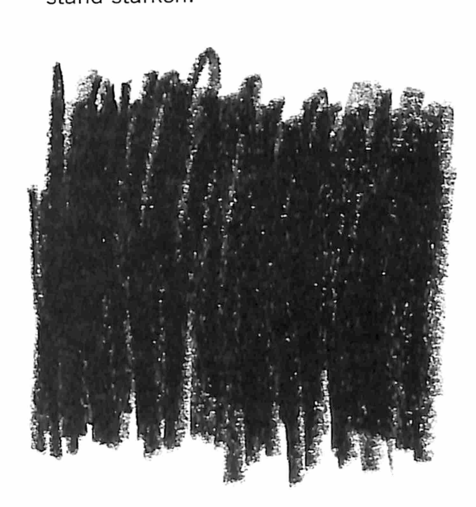
bankleer: In der so genannten „Erstkontakt-Zone" haben wir einen Raumteiler aus zwei Wänden aufgebaut und mit alten Büromöbeln aus dem Lager des Amtes gefüllt. Beim Gestalten der Außenwände haben wir die Farben und Maße der Umgebung aufgenommen, so dass sie erst mal nicht als Einbau zu erkennen waren. Die Rauminstallation war angefüllt mit den Möbeln eingesparter Arbeitsplätze und mit drei Videomonitoren, Transparenten, Demoschildern und einer kleinen Präsenzbibliothek mit Büchern zum Thema Arbeit, Ökonomiekritik und alternative Modelle. Wir haben sozusagen eine Büro-Simulation direkt im Betriebsalltag des Amtes platziert. Im Vorfeld dazu gab es mehrere Treffen mit diversen Arbeitloseninitiativen vor Ort und das Angebot, die Installation für eigene Aktionen zu nutzen. So gab's ein täglich wechselndes Programm. Zum Beispiel einen Zombie-Schwarm und Polit-Hip-Hop-Karaoke. Es liefen ständig Filme, darunter „Widerstand gegen Agenda 2010 + Hartz IV" von kanalB/laborB*. Und wir haben einen selbstgemachten Aufruf zur 1. Mai-Demo in Stuttgart ausgelegt („Give brain a chance") sowie Hintergrundinformationen zu den Protesten gegen Sozialabbau.

Auf einigen Bildern raucht es ...

Die Nebelmaschine war Teil der Installation. Von Zeit zu Zeit haben wir einen dichten Nebel in der ganzen Etage erzeugt – Nebel, der zwischen den ausrangierten Möbelstücken heraustritt und auf einen Ein-/Ausgang des Verdrängten verweist.

Bei eurer Performance gab es ein großes Angebot zum Mitmachen.

Während den Indoor-Demos, die von der Arbeitsloseninitiativen Wut und der Frauengruppe Salz veranstaltet wurden, ging es zu wie auf vielen Gegenveranstaltungen mit Flugblätter-Verteilen und Transparente-Entrollen. Dazu kamen Befragungen zur Hilfsbedürftigkeit. Das Widerstands-Yoga war sozusagen unser Aufwärmtraining für die Woche. Es ging darum, mittels Körperarbeit aufzuzeigen, welche Deformationen unser System an unseren Körpern hinterlässt und sich des Alleingelassenseins vom Staat bewusst zu werden, den aufkommenden Stress von sich weg zu halten, das Versagen nicht sich zuzuschreiben und die hemmenden Anspannungen für ein Entgegentreten zu mobilisieren. Dazu wurden Bilder aus der indischen Yogalehre mit dem Umbau des Wohlfahrtsstaates kurz geschlossen: Deformationen aufzeigen, Deformationen lösen, Widerstand stärken.



Wie war die Stimmung im Arbeitsamt?

Einige Angestellte waren schon während des Aufbaus sauer auf uns, weil wir ihre Routine störten. Manche MitarbeiterInnen haben sich nach den offiziellen Besuchszeiten sofort eingesperrt. Die „KundenInnen" selbst haben sich sehr zögerlich mit der neuen Situation auseinandergesetzt. Das hat uns überrascht. Nach Berlin hatten wir mit viel mehr Reaktionen gerechnet. Da spielt dann die Arbeitslosenrate von sechs Prozent in Stuttgart gegenüber der offiziellen 19 Prozent in Berlin sicher eine Rolle. In Stuttgart ist es noch viel geläufiger, sich als Verlierer/in zu fühlen und nicht als Betroffene/r eines Nebeneffekts des Neoliberalismus.

Wie ist die Aktion ausgegangen?

Die ganze Aktion war eine Art Reality-Check. Auf der Pressekonferenz zu diesem Projekt musste sich die gesamte Vor-

standsetage die Kritik an ihrer Illusionsmaschine anhören, die von Staat, Ökonomie und Medien am Laufen gehalten wird: Der Diskurs um „Arbeitsmarktreformen" hält immer noch an Vollbeschäftigung als Lösung fest und leugnet, dass die Krise auf dem Arbeitsmarkt Symptom der neoliberalen Gesellschaftsform ist. Es erstaunt uns immer wieder, wie es gelingen kann, Themen wie Existenzgeld, Grundeinkommen oder Vier-Stunden-Tag so komplett rauszuhalten. Spannend war allerdings, dass die ArbeitsamtmitarbeiterInnen ja selbst nicht mehr daran glauben, dass es in zehn bis 15 Jahren überhaupt noch Arbeitsämter gibt.

Und in Berlin?

In Berlin war überhaupt nicht daran zu denken, irgendeine Erlaubnis zu bekommen. So hat die Zombie-Attacke im Außenbereich des Arbeitsamtes in Lichtenberg stattgefunden. Nach 45 Minuten mussten wir den Ort verlassen, weil die Polizei kam.



In den 1990er Jahren, dem Jahrzehnt der „institutional critic", wurden Verwaltungen, Behörden und Institutionen von KünstlerInnen kritisch kommentiert. Ihr aber habt euch dazu entschieden mit direkten Aktionen zu intervenieren.

Unser Background sind genau diese 90er Jahre. Direkte Aktionen gehören zu unserer Praxis, weil wir darin verschiedene Ebenen wie Installation, Performance, Kunstinstitution und eben konkrete Politik miteinander verweben können. Von unseren offenen und bühnenhaften Installationen ist es nur noch ein kurzes Stück zu den Erscheinungen des realen Lebens. Eingetaucht in medialisierte Arbeit und einem oft fiktionalisierten Diskurs, ist es uns aber auch ein Bedürfnis, mit dem Körper Erfahrungen zu machen und diese mit anderen Menschen zu teilen.

bankleer führt Interventionen durch – wo liegt für euch der Unterschied zur politischen Aktion?

Eigentlich ist eine Unterscheidung für uns irrelevant.

In Frankreich gab es letztes Jahr monatelange militante Streiks, Besetzungen und Demos der „Kulturschaffenden" (1) für ein gesichertes Existenzgeld unabhängig von aktuellen Aufträgen. Welche Erfahrungen habt ihr selbst als KünstlerInnen mit prekären Arbeitsverhältnissen gemacht? Welche Strategien des Überlebens habt ihr im Laufe der Jahre entwickelt?

Wir beide sind als Arbeitlose und prekär Beschäftigte direkt von der derzeitigen Krise betroffen. In Berlin haben wir immer größere Mühe, mit sinkenden Löhnen und Arbeitslosengeld bei gleichzeitigem Anziehen der Kosten wie Miete usw. unseren eigentlichen Berufen als Kunstschaffende nachzugehen. Gerade sind wir in der sehr glücklichen Situation, mit Hilfe eines Stipendiums dieses Projekt bis Ende des Jahres durchzuführen. Unsere Zusammenarbeit als Künstlerpaar oder in größeren Zusammenhängen ist in der sich verschärfenden Situation ein großer Schutz: sich in einer Art Familien-Substitution aufzuhalten und mit einem sozialen Mini-Netz ausgestattet zu sein.

Welches Verhältnis hat der Kunstmarkt zu euren Projekten?

Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass Institutionen einen Vorteil aus der Vermittlung zwischen ökonomischen Kapital (über das sie selbst verfügen) und dem kulturellen Kapital (das sie bei der radikaleren Fraktion im künstlerischen Feld zu erlangen suchen) ziehen. KünstlerInnen, deren echte Radikalität zugleich eine verlockende Chance für den Aufstieg auf der Karriereleiter bedeutet, werden von Institutionen und Konzernen instrumentalisiert, um ihrer neoliberalen Politik eine größere Legitimität zu verleihen. Für unsere Arbeit als KulturproduzentInnen ist es daher sehr wichtig, künstlerische Interventionen immer mit politischen Aktionen kurz zu schließen.

In der jetzigen gesellschaftlichen Situation haltet ihr es für relevant, euch künstlerisch mit Prekarisierung auseinanderzusetzen.

Niedrig entlohnte, befristete und unregulierte Arbeitsverhältnisse gab es schon immer. Was über Jahrzehnte hinweg Realität vor allem für Frauen und MigrantInnen sowie freiwillige AussteigerInnen war, wird gerade für immer mehr Menschen Alltag.

Nur ein Prozent unserer KollegInnen kann von Kunst leben. Das heißt: Wir arbeiten per se unter prekären Verhältnissen. Unser prekäres Künstlerdasein wird derzeit als cool verkauft und auch dazu benutzt, unterbezahlte Tätigkeiten als neues Gesellschaftsmodell zu rechtfertigen. Im Zuge der allgemeinen Verbreitung neoliberalen Gedankenguts ist die Figur des „kreativen Individualisten" zum Leitbild des postfordistischen Kapitalismus geworden. Im 13. Kapitel der offiziellen Hartz-Papiere ist von den „Profis der Nation" die Rede – worunter auch KünstlerInnen subsummiert werden, von denen radikale und mutige Impulse sowie engagierte Solidarität erwartet werden „Jeder Arbeitslose ein Künstler!".

Seit längerem thematisiert ihr intensiv Produktions- und Arbeitsverhältnisse und speziell die Verwaltung der „Statistik-Leichen" – wie kam es dazu?

Ausgangspunkt unserer Überlegungen war der Versuch, die gegenwärtige durchkapitalisierte Politik mit der Vorstellung einer Exzessiven, nicht funktionalen Grausamkeit als Merkmal des gegenwärtigen Lebens zu verbinden. Der Zombie-Link soll sichtbar machen, dass die Gewalt den sozialen Bedingungen des globalen Kapitalismus innewohnt und die automatische Schaffung ausgeschlossener entbehrlicher Individuen (obdachlos – arbeitslos – illegal) bedingt.

Mit der Einführung des Zombies, als deplaziertes Element, das der gesellschaftlichen Wirklichkeit angehört, aber eigentlich kein Teil davon ist, schimmert eine allgemeine gesellschaftliche Dimension durch, die als solche darauf hinweist, dass etwas nicht stimmt.

Das Künstlerduo ***bankleer*** *lebt und arbeitet in Berlin.*

Kontakt und Infos: www.bankleer.org

Anmerkung:
1) Die „Intermittents", s. *Fantômas* 5, S. 52-53

Prekäre Zeiten – vorläufige Bilanzen

Von der Redaktion *Fantômas*

Dass derzeit so viele und eben auch wir über Prekarisierung sprechen, hat mit Veränderungen zu tun, denen wir in diesem Heft genauer auf die Spur kommen wollten. Inspiriert von den *precarias a la deriva* (vgl. *Fantômas* 5) begannen wir eine eigene Untersuchungsarbeit, deren vorläufiges Ergebnis dieses Heft und deren vorläufige Bilanz dieses Nachwort ist. Dabei wollten wir dem durch viele Debatten und Kongresse geisternden Begriff der Prekarisierung nachgehen, ohne sein ambivalentes, sein gespenstisches Potenzial zu verspielen. Denn wir suchen nicht endgültige *Definitionen*, sondern strategische, konzeptionelle, praktische *Möglichkeiten*, in die gegenwärtigen Kämpfe um Arbeits- und Lebensverhältnisse zu intervenieren. Eben deshalb sind Prekarisierung und Prekarität Begriffe, die gar nicht anders können, als selbst prekär zu sein.





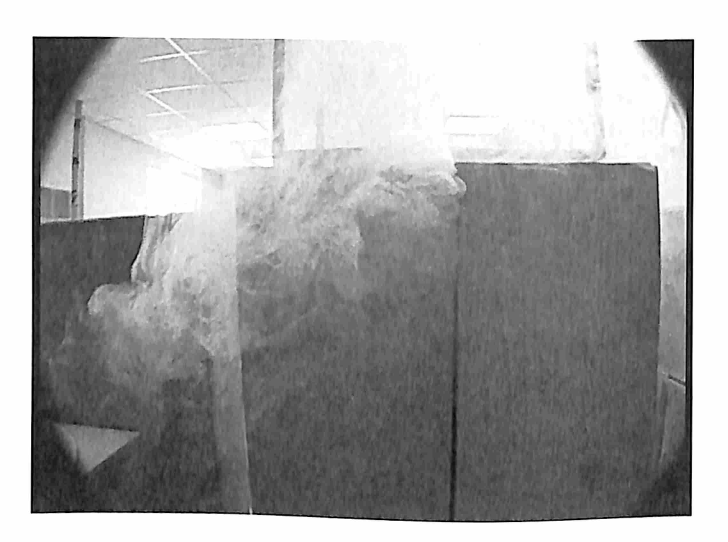
Prekäre Verhältnisse, d.h. ent-garantierte, materiell und existenziell verunsichernde Weisen der Reproduktion des eigenen Lebens, sind als solche keineswegs neu. Denn wer sich durch eigene Arbeit reproduzieren muss, ohne ein regelmäßig entlohntes und verrechtlichtes Normalarbeitsverhältnis zu haben, der oder die lebte im Kapitalismus immer schon unsicher (vgl. S.26ff.). Neu ist jedoch, dass prekäre Lebensrealitäten immer mehr Menschen und darum auch immer mehr Linke betreffen. Die Politisierung von Prekarität kann deshalb zur Politisierung unserer eigenen Existenzweisen werden (vgl. S.21ff.). Um herauszufinden, wie das geht, haben wir die Reflexion auf den „subjektiven Faktor" in den Mittelpunkt unserer Untersuchung gestellt. Dass Prekarisierung als politische Kategorie die Fragestellungen linker Debatten streut, bündelt und zuspitzt, verweist allerdings nicht nur auf eigene Betroffenheiten, sondern auch auf die Neuaufnahme der so genannten „sozialen Frage(n)", die wir in *Fantômas* 4 diagnostizierten und begrüßten. Daraus folgt: Wenn Prekarität uns einerseits unmittelbar betrifft und sich uns andererseits als soziale Frage stellt, die auf die gesellschaftlichen Verhältnisse im Ganzen zielt, dann öffnet sich die Möglichkeit einer Politik in erster Person, die auf selbstbezogene Bedürfniskultur nicht zu reduzieren ist. Dem entspricht, dass wir im Durchgang durch die Erfahrung verunsicherter Existenzbedingungen keine atomaren Individuen, sondern eine Vielzahl widersprüchlicher und unterschiedlichster sozialer Verhältnisse gefunden haben.

Im Blick auf die eigene Geschichte und die eigenen Träume wird außerdem schnell deutlich: Die eigene Lebenssituation als zunehmend prekär zu bezeichnen ist nicht nur eine unvermeidliche Reaktion auf gesellschaftlichen Ausschluss, auf Hierarchisierung und Entrechtung. Im Adjektiv „prekär" liegt auch das Begehren nach einem nicht normalisierten, nicht standardisierten, nicht eindimensionalisierten Alltag, wider den Normalarbeitstag, die Normalfamilie, das Normalleben. Dieses Begehren verband die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 80er Jahre und zieht sich als roter Faden durch individuelle Biographien. Doch ist das Freiheitsversprechen gewollter Prekarität ausgesprochen zweischneidig (vgl. S.18ff.), weil es zugleich eine ständige Drohung impliziert. Besonders sichtbar wird das natürlich in und an Arbeitsverhältnissen. Wo alle Angst haben, ihren Job zu verlieren, traut sich keiner, den Mund aufzumachen (vgl. S. 7ff.). Doch betreffen ent-garantierte Existenzgrundlagen nicht nur arbeitende Subjekte, sondern auch jene, die nicht lohnarbeiten wollen (vgl. S.5ff., S.56ff.) und erst recht die, die das gar nicht (mehr) können (vgl. S. 30ff.).

Das doppelte Spiel von Verheißung und Drohung wird aber auch dort sichtbar, wo in der (Selbst-)reflexion über Prekarität explizit oder implizit um *Distinktion* gerungen wird: dort vor allem, wo sich die „freiwillig" Prekären

von „unfreiwillig" Prekarisierten oder von denen abgrenzen, die, aus welchen Gründen auch immer, am Normalarbeitsverhältnis oder -leben festhalten. Allerdings können Taktiken der Abgrenzung nicht einfach aus der Perspektive eines besonders aufgeklärten Bewusstseins denunziert werden. Denn tatsächlich liegt im gegenwärtigen Umgang mit dem Begriff Prekarität das Problem, dass er zu schnell zu viele in fast jeder Hinsicht völlig unterschiedliche Realitäten zusammenfasst. Wenn sich etwa Linke als privilegierte Prekäre (vgl. S. 5ff., 56ff.) oder arbeitslose Greencard-InhaberInnen als privilegierte MigrantInnen verstehen (vgl. S. 10ff.), dann ist damit sicherlich zunächst eine soziale Grenze nach unten aufgerufen. Daran zeigt sich jedoch auch, wie notwendig auch in Sachen Prekarität der sorgsame Umgang mit Begriffen ist, die gerade durch ihre Allgemeinheit soziale Grenzen zu verschleiern und damit zu verstärken drohen. Während das Verschwinden des Normalarbeitstages samt seinen Sicherungen und spezifischen Privilegien einigen zwar keinen Wohlstand, dafür aber kreative Möglichkeiten bietet und ein libertäres Selbstbild erlaubt, nötigt Prekarität andere zum ständigen Kampf um Un-/Sichtbarkeit und Überleben (vgl. S. 15ff.). Der Sachverhalt verkompliziert sich weiter, wenn deutlich wird, dass für ein und dieselbe Person beides zutreffen kann. Die Perspektive auf Prekarisierung ist also, gerade *weil* sie so viel umfasst, nie mehr als eine Teilperspektive. So gehen, ein Beispiel, Prekarisierung und Rassismus zwar ein „produktives Verhältnis" ein, aber nicht ineinander auf. Auch gleichen sich die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse vieler Frauen nicht einfach den allgemeinen Verunsicherungen an, sondern behalten ihre eigene sexistische Kontur.

Kurz: Auch wenn richtig ist, dass das prekäre Doppelspiel von Drohung und Verheißung immer mehr Menschen betrifft, meint Prekarisierung im Konkreten doch nie dasselbe: die der Westdeutschen ist nicht die der Ostdeutschen, die im Norden Europas nicht die im Süden (vgl. S.34ff.) oder gar im Süden der Welt (vgl. S.38ff., 42ff.), die von Menschen mit Papieren nicht die von Papierlosen, die von un- oder schlecht bezahlten Reproduktionsarbeiterinnen nicht die der vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelklasse und die Selbstentwürfe prekärer AkademikerInnen sind nicht dieselben wie die der working poor.



Daraus folgt, die Begriffe der Prekarität und Prekarisierung nach ihrem strategischen Einsatz zu verstehen, als Begriffe, die auf die Notwendigkeit verweisen, radikal veränderte politische Bedingungen zur Kenntnis zu nehmen. Denn politische Praktiken, die Tendenzen der Distinktion unterstützen, werden für linke Gesellschaftsentwürfe so wenig hergeben wie solche, die auf nationale oder identitäre Grenzen zurückführen. Und: Auch wenn sich das so leicht und so allgemein wie eh und je sagt – es geht um nicht weniger als die Entwicklung und Durchsetzung neuer und anderer Re-/Produktionsbedingungen. Deshalb kommen wir – um den Preis auch der eigenen Prekarität – gar nicht umhin, soziale Alltagspraxen zu erinnern, zu entwerfen und auszuprobieren, die dem Begehren nach umfassender Ent-Normalisierung ebenso gerecht werden wie sie die Re-/Produktion des individuellen und sozialen Lebens ermöglichen und sich der eingeforderten totalen Selbst-Ökonomisierung entziehen. (vgl. S. 38ff., 47ff, 56ff., 61ff.) Dabei geht es um neue Weisen, als einzelne bewusst und gewollt in Gesellschaft zu sein und sich dabei zugleich der Herrschaft durch Individualisierung wie der durch Normalisierung zu erwehren. Das schließt ein, dass sich vielfältige subjektive Alltagspraxen in einer Bewegungspraxis austauschen und zum Medium und zur Ressource sozialer Kämpfe werden, die auch auf institutionelle Veränderungen zielen. Ein Brennpunkt dafür ist und bleibt die Forderung nach einem bedingungslosen Existenzgeld und nach der Geltung der sozialen Rechte für alle, die hier sind. (Vgl. S.51ff.) Vor dem Hintergrund einer derart ausdifferenzierten Prekarisierung werden weder Alltags- noch Bewegungspraxis frei von Ambivalenzen und Widersprüchen sein, werden folglich nur erst Versuche sein können, die immer wieder neu aufgenommen, weiterentwickelt und überarbeitet werden müssen. Wie dieses Heft.

Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag: analyse + kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Tel. Redaktion/Verlag: 040-401 701 74 Fax: 040-401 701 75 E-Mail: fantomas@akweb.de
Tel. Aboverwaltung: 040-401 701 73 Internet: www.akweb.de

Redaktion: Frauke Banse, Erika Feyerabend, Stefanie Graefe, Moe Hierlmeier, Thomas Seibert, Georg Wißmeier

Bildredaktion: Petra Gerschner, Michael Backmund

Titelgestaltung und Bildkonzeption: bankleer

V.i.S.d.P.: G. Wißmeier, Verlagsanschrift – *Fantômas* erscheint halbjährlich.

Einzelpreis: 4,50 €

Auflage dieser Ausgabe: 2.800
Die nächste Ausgabe von *Fantômas* erscheint Mitte April 2005. Anzeigenschluss: 20. März
Anzeigenpreisliste bitte über die Redaktionsadresse anfordern.

Abonnement: 2 Ausgaben *Fantômas* und 11 Ausgaben *ak* – analyse + kritik. Jahresabo 53 €. Förderabo jährlich 85 €.
Sozialabo jährlich 37 €. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt erfolgt keine Entschädigung.

Bankverbindung: aki-Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kt.-Nr. 788 836-202

+++ **dank an** +++ hans-hermann +++ ib. +++ ingrid +++ jo +++ js. +++ norbert +++ renate +++ th. +++ unsere autorinnen und autoren